



**Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Halle**

# Menschenwürdige Wirtschaftsordnung

– Beiträge zur Tagung 2005 in Tutzing –



AKADEMIE FÜR  
POLITISCHE  
BILDUNG TUTZING

3/2006

**Sonderheft**



# **Menschenwürdige Wirtschaftsordnung**

**– Beiträge zur Tagung 2005 in Tutzing –**

Herausgeber:

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE - IWH

Hausanschrift: Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)

Postanschrift: Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)

Telefon: (0345) 77 53-60

Telefax: (0345) 77 53-8 20

Internetadresse: <http://www.iwh-halle.de>

Alle Rechte vorbehalten

Druck bei Druckhaus Schütze GmbH,

Fiete-Schultze-Str. 6, 06116 Halle (Saale)

ISBN 3-930963-85-X

## Vorwort

Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitische Antwort auf die Verheerungen des Zweiten Weltkriegs und auf autoritäre Wirtschaftsverfassungen im zeitgeschichtlichen Kontext definiert einen Anspruch der Bürger auf eine „menschenwürdige Wirtschaftsordnung“. Als deren wesentliche Determinanten können gelten:

- Primat des Individuums,
- Wertorientierung,
- Kreativität,
- Beschäftigung,
- Fairness.

Diese Determinanten lassen sich philosophie- und wirtschaftsgeschichtlich begründen. Im politischen und ökonomischen Kontext entfalten sie unterschiedliche, teils widersprüchliche Wirkungen, die auszubalancieren sind. Beispielsweise entsprechen dem Primat des Individuums in der Wirtschaft Dezentralität und Konsumentensouveränität, in der Politik Freiheit und Demokratie. Individualität erfordert Selbstverantwortung und ermöglicht damit selbstgestaltete und -verantwortete „pursuit of happiness“.

Offensichtlich hat die Wirtschaftsordnung in Deutschland über weite Strecken ihren Anspruch, Menschenwürde zu gestalten oder zu ermöglichen, verloren. Diese These wird im folgenden auf den Prüfstand gestellt.

Die Akademie für Politische Bildung Tutzing hat in Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle und der Hanns Martin Schleyer-Stiftung vom 30. Juni bis zum 2. Juli 2005 eine wissenschaftliche Tagung veranstaltet, bei der unter dem Titel „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“ die Thematik unter verschiedenen Blickwinkeln diskutiert wurde. Der hier vorliegende Tagungsband dokumentiert ausgewählte Beiträge.

Eine Fortsetzung erfährt die Diskussion mit der nächsten Tagung unter dem Titel „Liberalismus, Sozialismus, Sozialstaat: Überlegungen anlässlich des 200. Geburtstages von John Stuart Mill“, am 23. und 24. Juni 2006.

Halle (Saale), im Mai 2006

Prof. Dr. Ulrich Blum  
Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle

Tutzing, im Mai 2006

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter  
Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing



## Inhaltsverzeichnis

Einführung in das Thema <i>Prof. Dr. Ulrich Blum</i> , Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle .....	7
Was heißt menschenwürdige Wirtschaftsordnung? <i>Nikolaus Piper</i> , Ressortleiter Wirtschaft der Süddeutschen Zeitung, München .....	15
Menschenwürde und der „Irrtum des Sozialen“ <i>Prof. Dr. Josef Schmid</i> , Universität Bamberg .....	25
Was macht Ökonomie so grausam? <i>Prof. Dr. Rudolf Hickel</i> , Direktor des Europäischen Instituts für Wirtschaft, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik .....	37
Menschenwürde und Arbeitsgesellschaft <i>Prof. Dr. Michael Aßländer</i> , Universität Kassel .....	49
Ökonomische Transformation und Menschenwürde <i>Prof. Dr. Kajo Schommer</i> , Sächsischer Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit a. D., Dresden .....	67
Wozu Ordnungsethik? Normative Grundlagen der Wettbewerbsordnung <i>Dr. Nils Goldschmidt</i> , Walter Eucken Institut, Freiburg .....	81



# Einführung in das Thema

*Prof. Dr. Ulrich Blum\**

Die Idee einer Sozialen Marktwirtschaft oder die Idee einer menschenwürdigen Wirtschaftsordnung basiert nach unserer Vorstellung auf fünf Dingen:

- (1) dem Primat des Individuums, also einer grundlegenden Individualorientierung, die auf einer Wertorientierung basiert,
- (2) der Forderung nach Kreativität und
- (3) Innovationsbereitschaft der Menschen,
- (4) der Sinnerfüllung von Arbeit und
- (5) dem Erfordernis von Fairneß im Umgang miteinander.

Weshalb wir lieber von einer „menschenwürdigen Wirtschaftsordnung“ und nicht von „sozialer Marktwirtschaft“ sprechen, liegt daran, daß mit „Sozialer Marktwirtschaft“ inzwischen Beliebiges identifiziert wird: Wir haben eine neue Bewegung, die sich „Neue Soziale Marktwirtschaft“ nennt (ob diese sich jedoch wirklich so einfach auf die soziale Marktwirtschaft berufen kann, wäre zu diskutieren). In jeder großen Partei haben wir inzwischen Vertreter der sozialen Marktwirtschaft.

Wenn ein Begriff so zur Beliebigkeit geworden ist, sollte man lieber zu den Wurzeln zurückgehen und sich die Frage stellen, warum wir das diskutieren. Wir diskutieren vor dem Hintergrund eines Bildes von Menschenwürde, das uns unsere Geschichte gegeben hat. Es gibt somit staatsphilosophische, aber auch wirtschaftsgeschichtliche Determinanten.

Ich wurde letztes gefragt, was für mich eines der interessantesten Wirtschaftsbücher sei. Ich habe ganz kess die Bibel genannt. Sie zeigt, wie man erfolgreich Gesellschaften organisiert, die über tausende von Jahren überleben können. Die Bibel ist rein ökonomisch gesehen ein Buch zur Kontrakttheorie. Es gibt kaum ein Werk, in dem so viele Verträge ständig geschlossen werden und die Probleme zumeist das Ergebnis von gebrochenen Verträgen sind.

## Das Primat des Individuums

Das Primat des Individuums in der Gesellschaft spiegelt sich in der Wirtschaft im Konzept der Dezentralität von Entscheidungen wider. Dieses politische Freiheitskonzept

---

\* Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle.

finden wir auch im Wettbewerb um Mandate im demokratischen Prozeß und im Konzept des Wettbewerbs und eng damit verbunden in dem der Begrenzung von Marktmacht im ökonomischen Bereich.

Die Art und Weise, wie wir versuchen, es den Menschen darzubieten, ist gesellschaftspolitisch und auch historisch hochinteressant.

Schauen Sie sich einfach einmal die zehn Gebote an. Da steht „Du sollst nicht ...“, (wirklich heißt es, „Du wirst nicht ...“, aber wir übersetzen das falsch) und dann kommen die Anforderungen an die Menschen.

Im Kartellrecht steht: „Du sollst nicht fusionieren“, „Du sollst nicht Marktmacht mißbrauchen wider deinen Nächsten.“<sup>1</sup> Genauso, wie es in der Religion üblich ist, sind diese Regeln vor allem negativ formuliert, um damit den Freiheitscharakter von Systemen offenzuhalten.

Das amerikanische Kartellrecht begründet sich zentral durch den Sherman Act. Wenn wir, so führt er aus, als Gesellschaft die Freiheit des Individuums, also die Freiheit des einzelnen, in das Zentrum unserer Verfassung stellen, dann können wir, ökonomisch gesehen, nicht ein anderes Regelwerk für die Wirtschaft akzeptieren.

In der Datenbank von Baroich wird der Versuch unternommen, die historische Wirtschaftsleistung weltweit anhand von Daten nachzustellen. Bei einem Blick in diese Datenbank stellen Sie fest, daß China bis 1500 unendlich reich war und daß der Abstand zwischen Afrika und Europa bis zur Jahrtausendwende – also kurz nach Karl dem Großen – nicht so gewaltig groß war. Seit der Zeit von Karl dem Großen kann man eine expandierende europäische gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung beobachten, die sich letztlich nach 1500 richtig beschleunigte.

Wir wissen z. B., daß sich China im 15. Jahrhundert als damals größte und bedeutendste Macht der Welt von der Weltpolitik verabschiedete, indem es seine ganze Flotte verbrannte. Das ist gesellschaftspolitisch eines der verrücktesten Ereignisse. Das ist so, als würden die Amerikaner heute sagen, wir verbrennen die Flotte, wir zerstören alle unsere Atomraketen und wir interessieren uns für den Rest der Welt nicht mehr. Das führt zu einer kulturgeschichtlich hochinteressanten Debatte: Weshalb hat China das gemacht?

Die zweite Frage ist: Was hat Europa stimuliert? Vielleicht war es die einzigartige Kombination jüdischer, hellenistischer und christlicher Elemente unserer Geistes- und Kulturgeschichte, die diese Aufbruchstimmung erzeugt hat.

---

<sup>1</sup> Hierbei weiß natürlich keiner, was im einzelnen gemeint ist. Was ist denn eigentlich Marktmacht? Und was ist wirklich Stehlen? Wenn Sie jemandem etwas weggenommen haben, ist das gleich Stehlen? Kann es sein, daß es Mundraub ist oder Notwehr oder irgendetwas anderes?

## Forderung nach Kreativität und Innovationsbereitschaft

Die Kreativität im Schöpfungsakt der Bibel entspricht unmittelbar dem Auftrag an den Menschen, selbst kreativ zu sein. Damit ist ein Wirtschaftssystem an seiner Fähigkeit zu messen, Kreativität zu ermöglichen.

Johannes Paul II. trifft hierzu präzise Aussagen in seiner Enzyklika Centesimus Annus, die letztlich Sozialismus und Kommunismus die Grundlage entzogen haben. Die Russen hatten fortan ein echtes Problem, da die Polen den Kreativitätsanspruch von Individuen als eine moralische Begründung von Freiheit einforderten. Ich halte dies wesentlich für die moralische Begrenzung staatlicher Macht. Hierbei geht es um die Art, wie wir zwischen Legitimität und Legalität von staatlichem Handeln abwägen.

Ich erwähnte bereits, daß der Dreiklang aus Kreativität, Leistungsanforderung und Gnade bzw. Sozialverpflichtung maßgeblich für einen Sozialstaat oder einen sozialen Staat ist. Auf der einen Seite steht die Verpflichtung des Menschen zu Leistung, auf der anderen auch die Fähigkeit, ihm unverdient Gutes zukommen zu lassen und schließlich den Bessergestellten auch eine moralische Verpflichtung zu geben, aus eigenem Antrieb den schlechter Gestellten zu unterstützen.

Drei Bilder aus der Bibel verdeutlichen dies:

(1) für die Kreativität und Leistungsentlohnung: Die Geschichte mit den Knechten,

in der der Knecht, der seine Talente gut genutzt hat, gelobt und der Knecht der alles vergraben hat, getadelt wird. Das gipfelt dann in dem Satz: „Dem, der hat, dem wird gegeben werden und er wird die Fülle haben und dem, der nichts hat, wird alles genommen werden.“ Ökonomen würden sagen, das ist die Entlohnung nach der Leistungsfähigkeit.

(2) für die Gnade: Das Bild des Weinbergs,

in dem bis zur letzten Stunde des Arbeitstages immer wieder Leute zur Pflege und Aufrechterhaltung des Weinberges herangeholt werden und dann der Herr allen den gleichen Lohn gibt. Einige sind darüber frustriert und sagen, so kann es doch nicht sein. Das ist das Prinzip der Gnade. Auf Gnade hat man keinen Anspruch. Man kann sie, muß sie aber nicht bekommen.

(3) und für die Sozialverpflichtung bzw. das Erbarmen: Das Bild des Lazarus,

der vor dem Haus des reichen Kaufmanns liegt, nichts zu essen bekommt und schließlich stirbt. Kurz darauf stirbt auch der reiche Kaufmann und kommt zu Abraham. Lazarus liegt bequem in Abrahams Schoß. Der reiche Kaufmann wird jedoch abgewiesen. Auf seine Frage nach dem Warum bekommt der Reiche die Antwort, daß die Verdammnis nicht daher komme, daß er nicht geteilt hat, sondern daß er von

dem Überschüssigen lieber wegwarf, als es dem Armen zu geben. Dies ist die Essenz: Sie haben nicht die Verpflichtung, immer zu teilen, sondern Sie sollen vom Überschuß abgeben, bevor Sie ihn entwerten. Das heißt, Sie haben, wenn Sie besser gestellt sind, eine moralische Verpflichtung, sich um die schlechter Gestellten zu kümmern, aber es heißt nicht, daß die schlechter Gestellten ständig Forderungen an Sie stellen können und ein Recht auf zwangsweise Umverteilung haben.

Ein ergänzender Punkt ist die Transzendenz. Man kann sie so verstehen, daß der Mensch auf eine höhere moralische Funktion, möglicherweise auf ein Jenseits verpflichtet wird.

Sie können dann über Gott reden, Sie können aber auch ganz einfach über drei oder vier Generationen eines Waldbauern nachdenken, der für seine Enkel bzw. Urenkel den Wald anpflanzt. Dieser weiß nämlich genau, das, was er heute nicht in den Wald pflanzt, seine Enkel oder Urenkel nicht ernten können – auch dies ist ein einfacher Aspekt von Transzendenz, einer sehr materiellen Transzendenz.

Inzwischen nimmt sich die Soziobiologie diesem Aspekt sehr stark an. Heckerthorn zeigt in einem spieltheoretischen Kontext, wie Gesellschaften lernen, mit der Problematik umzugehen, daß die Ressourcen der Gemeinschaft nicht übermäßig geplündert werden und wofür letztlich Eigentumsrechte einzuführen sind. Gewisse Affenarten definieren für ihre Gruppe diese Eigentumsrechte, indem sie diejenigen, die plündern ab einem gewissen Niveau ausschließen. Sie lassen etwa fünf Prozent Trittbrettfahrer zu, da vorher der Aufwand, sie rauszuwerfen, größer als der Ertrag ist.

## **Sinnerfüllung von Arbeit**

Die Welt ist als Arbeitsgesellschaft definiert. Auch das gehört zu unserer Vorstellung von Menschenwürde – spätestens seit Thomas von Aquin, Calvin, Luther, aber auch Karl Marx.

## **Erfordernis von Fairneß im Umgang miteinander**

In der Demokratie wird dieses Problem immer vor dem Hintergrund des Gefangenendilemmas betrachtet. Alle wollen das Beste und mit diesem Willen, weil das Beste zunächst einmal für einen selbst ist, manövrieren sie sich in eine völlig inferiore Situation.

Das erleben wir täglich in den großen staatlichen Organisationen, wie der Sozialversicherung. Die DDR ist letztlich an Rationalitätsfallen zugrundegegangen oder andersherum gewendet, der Bürger war klüger als das System, und wenn ein Bürger permanent klüger als das System ist, dann bricht irgendwann das System zusammen. Man benötigt offensichtlich eine gemeinsame Struktur. Die Erfahrung lehrt, daß es am besten ist, wenn

keine Zwangsstruktur, sondern eine Wertestruktur diesen Unsinn, daß alle das Beste wollen und das Schlechteste erzielen, beendet.

Das wurde in vielen Gesellschaften sehr nachhaltig exerziert. Dafür steht das Beispiel des unehrlichen Zunftmitarbeiters. Was tat der Meister bzw. der Zunftmeister im Mittelalter, wenn sich einer aus seiner Zunft unehrlich verhalten hat? Man hat einfach seinen Ohrring herausgerissen und von da an war er ein „Schlitzohr“. Man konnte damit kenntlich machen, daß es sich bei dem Betreffenden um keinen ehrenhaften Mann handelte. Der Begriff des „Schlitzohrs“ ist einfach eine brutale Brandmarkung ökonomisch nicht reputierlichen Verhaltens. Denken Sie einmal an Amerika: Wenn Sie in einem Kaufhaus gestohlen haben, kann es passieren, daß Sie in dem Laden in einem T-Shirt putzen müssen, auf dem steht „Ich habe in diesem Laden geklaut“. Das wird Ihnen dann vom Richter für einen Tag auferlegt. Die Angst – vor allem von wohlhabenden Leuten – in dieser Form in ihrer Gesellschaft vorgeführt zu werden, ist so groß, daß nur noch die wirklichen Kleptomanen tätig werden.

Wir müssen den Zwang akzeptieren, Systeme nur so rational zu gestalten, daß wir sie aufrechterhalten können. Das Spannende an der modernen Ökonomie ist, daß wir die Rationalität des Systems in den Augen der Menschen ständig erhöhen. Wir sagen den Leuten immer deutlicher, was richtiges, was rationales Verhalten ist. Daraus resultiert die Konsequenz, daß das System möglicherweise immer leichter ausbeutbar wird, da die Individuen das System besser kennen und klüger werden. In einem trial-and-error Prozeß fahnden alle nach Lücken, die es erlauben, das System auszubeuten. Auch das ist ein Problem, über das wir zu reden haben.

Wodurch werden wir aber beschränkt? Das ist ökonomisch das, was wir die Restriktionen, die Nebenbedingungen nennen. Es sind vor allem andere Länder, die uns zunehmend deutlich machen, daß herausragende Wirtschaftsleistungen nicht immer aus Europa kommen müssen. Wir müssen letztlich – und das ist auch ein schwieriger Lernprozeß – den Sozialstandard unseres Landes auf dem Weltmarkt verdienen. Und das berühmte Buch von Francis Fukuyama „Konfuzius und die Marktwirtschaft“ – der englische Originaltitel heißt „Trust“, nämlich einfach „Vertrauen“ – zeigt uns, daß möglicherweise auch der Erfolg ganz zentrale kulturelle Ursachen hat.

## **Wertorientierung in der Gesellschaft**

Wir werden in dieser Veranstaltung diskutieren, wie wir die kulturellen Grundlagen bei uns so verbessern, daß wir als Vertrauensgesellschaft erfolgreich die nächsten schwierigen Zeiten überwinden können. Ich sage immer, daß Bildung mit Werten und Ausbildung etwas mit Verwertung zu tun hat. Man kann einen ökonomischen Prozeß perfekt verwerten, wenn die Grundlage, nämlich die Bildung, die Wertestruktur bekannt ist.

Die soziale oder menschenwürdige Wirtschaftsordnung ist eine wertorientierte Veranstaltung. Wir wissen, daß 90 Prozent der Bevölkerung mit den Begriffen „Markt“ und „Wettbewerb“ zunächst nichts Positives verbinden. Dabei ist der Wettbewerbsmarkt eine wunderbare Sache, er ist nämlich anarchisch, herrschaftsfrei und keiner kann ihn manipulieren. Anstatt auf die Frage, wie wir mit unseren Vorstellungen von „Markt“ und „Wettbewerb“ umgehen, einzugehen, sagt man den Leuten, daß wir die Technik des Marktes besser beherrschen müssen. Also kreierte man für die Schüler Wirtschaft und Recht als Lehrveranstaltung. Wenn sie dann gleich im ersten Kapitel die „Kreislaufanalyse von Karl Marx“ behandeln, wird den Kindern sehr effizient gezeigt, daß 50 Prozent des Überschusses der Gesellschaft den Kapitalisten zufließt. Das ist jedoch in der Realität nicht der Fall – 50 Prozent des Überschusses der Gesellschaft fließt aktuell dem Staat zu. Die wahren Heuschrecken sitzen also in Berlin und nicht in den Unternehmenszentralen. Damit bekommt Markt gleich einen negativen Beigeschmack, obwohl er eine Kulturbestimmung ersten Ranges ist.

Ich werde also darüber zu reflektieren haben, wie wir den Menschen die Rahmenbedingungen effizienten Handelns, also des relevanten Wertesystems, als Grundlage beibringen können.

## **Ablauf der Tagung**

Dieses Seminar wollen wir vor dem oben skizzierten Hintergrund durchführen. Das wird immer vor einem Dreiklang von Theorie, Empirie und Werten geschehen. Damit haben wir Grundannahmen auf der einen Seite und auf der anderen Seite Erfahrungen, die wir in der Realität sehen, aus denen wir letztlich ein Konstrukt ableiten können, das uns allgemein im Sinne der Theoriebildung dazu befähigt, aus gewissen Grundannahmen auch Handlungsanweisungen zu formulieren.

Wir – Herr Professor Oberreuter und ich – haben versucht, den angesprochenen Dreiklang auch in der Auswahl der Referenten dieser Veranstaltung widerzuspiegeln.

Insofern starten wir zunächst mit einer wirtschaftspolitischen Ansicht, nämlich Herrn Nikolaus Piper. Er wird gleich zur Frage der Fundamente der sozialen Marktwirtschaft Stellung beziehen. Herr Piper kreierte in der Süddeutschen Zeitung eine wunderbare Serie über die soziale Marktwirtschaft, die ich als ausgesprochen lesenswert empfehlen kann.

Wir werden anschließend mit Herrn Kollegen Schmid auf Nietzsche, vielleicht sogar auf die Frankfurter Schule eingehen, die stark die Ideologisierung von Wertfragen nach dem Krieg beeinflusste.

Danach folgt die Diskussion der Frage, was bei uns eigentlich das Soziale bzw. der Kern des Sozialen ist. Möglicherweise sind wir ja auch in einem Zustand der Verwirrung – dem Irrtum des Sozialen, mit dem sich Prof. Hickel auseinandersetzen wird.

Als nächstes ist der Beitrag von Herrn Dr. Aßländer vorgesehen, der im Dunstkreis des Ökonomischen und des Philosophischen promoviert und habilitiert hat. Ich habe ihn ein Stück des Weges dabei begleiten können, was mir sehr viel Freude bereitet hat. Er wird sicherlich über die Frage sinnieren, ob ohne Arbeit überhaupt Menschenwürde existieren kann. Diese spannende Geschichte wird Frau Dr. Kleinfeld anschließend ganz praktisch durchexerzieren. Konkret geht es um die Frage, wie das Konzept der Menschenwürde/Moral im Betrieb anzuwenden bzw. umzusetzen ist.

Am Abend führt uns dann der ehemalige Wirtschaftsminister des Freistaates Sachsen Kajo Schommer in das praktische Problem ein, wie man mit dem Trümmerhaufen eines zusammengebrochenen Wirtschaftssystems umzugehen hat, wenn man an Menschenwürde glaubt. Die Vereinigung von Wirtschaft und Arbeit in einem Ministerium in Sachsen war ein bewußter Akt, der für die erste sächsische Staatsregierung relativ wichtig war. Er trug die unmittelbare Handschrift von Biedenkopf und Schommer. Das war eine Aufteilung, die damals einzigartig und nicht unproblematisch war, da aus der DDR-Zeit ein falsches Echo herüberkam, nämlich die Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Für Ostdeutschland war das eine kritische Angelegenheit, und wir werden von ihm hören, wie er diese Zeit aus heutiger Sicht sieht.

Am Folgetag haben wir einen Vortrag von Herrn Dr. Goldschmidt vom Walter Eucken Institut, der uns noch einmal mit der Frage, warum wir eine Ordnungsethik brauchen, in die Höhen der ordnungsökonomischen Debatte führen wird.

Danach wollen wir dann die Runde mit einer Synopse schließen. Als Ergebnis werden wir hoffentlich mit besseren Voraussetzungen als die meisten Politiker in die Entscheidungen des Septembers (Bundestagswahl 2005) hineingehen.



## Was heißt menschenwürdige Wirtschaftsordnung?

*Nikolaus Piper\**

Als ich Professor Oberreuter zugesagt habe, über das Thema „menschenwürdige Wirtschaftsordnung“ zu sprechen, war ich möglicherweise etwas voreilig. Erst bei genauem Nachdenken entdeckte ich die Tücken des Themas: Es stecken Begriffe drin, die auf den ersten Blick gar nicht unbedingt etwas miteinander zu tun haben. Zum Beispiel: die Menschenwürde.

Mit der Menschenwürde beginnt das Grundgesetz: Im Artikel I heißt es:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung jeder staatlichen Gewalt.“

Der Satz ist uns vertraut, aber er hat auch etwas Ungeheuerliches. Insofern er als erstes dem Staat nicht etwa aufträgt, den Menschen oder die Bürger zu schützen, sondern eben deren Würde. Erst aus dieser heraus begründen sich dann die Grundrechte:

„Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage menschlicher Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

In der Weimarer Verfassung war dies noch scheinbar einfacher. In Artikel 151, Abs. 1, hieß es dort:

„Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziel der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen.“

Wir haben uns in Deutschland so daran gewöhnt, von Wirtschaftsordnungen zu reden, daß es uns gar nicht mehr auffällt, daß das nicht selbstverständlich ist. Die Ordnung des Wirtschaftslebens im Sinne der Weimarer Verfassung ist etwas anderes als die Wirtschaftsordnung, von der wir heute reden, und die mir für dieses Referat vorgegeben wurde. Sie ist mit wesentlich weniger Ansprüchen behaftet – etwa so ähnlich, wie wenn wir von der *Ordnung unseres Familienlebens* sprechen. Ins Englische wäre das Thema meines Vortrages im Wortsinne gar nicht zu übersetzen. Wenn ein Amerikaner überhaupt von *economic order* spricht, dann meint er damit etwas eher Unspezifisches. Und mein Vortrag hieße, würde er, sagen wir, in Massachusetts, gehalten, vielleicht so:

„Which Economic System fits best to Human Needs?“

---

\* Ressortleiter Wirtschaft der Süddeutschen Zeitung, München.

Es fällt sofort auf, daß da deutlich weniger Pathos drin ist: *System* statt *Ordnung*, *Bedürfnisse* statt *Würde*.

Die sprachlichen Überlegungen an dieser Stelle haben durchaus ihren Sinn, denn sie weisen darauf hin, daß wir in Deutschland über Staat und Wirtschaft in einer Art und Weise denken, die nicht selbstverständlich ist und uns von anderen Nationen unterscheidet.

Diese Besonderheit ist unserer Geschichte geschuldet. Natürlich ist der Pathos des Grundgesetzes in Sachen Menschenwürde der Katastrophe des Dritten Reiches geschuldet. Als der Parlamentarische Rat im Bonner Museum König zusammentrat, war es gerade drei Jahre her, daß in Deutschland die Menschenwürde in einem Ausmaß verletzt wurde, wie man sich das vorher nicht vorstellen konnte.

Aber auch der Begriff der *Wirtschaftsordnung* ist historisch erklärungsbedürftig. Die deutschen Wirtschaftswissenschaftler haben das Denken in Ordnungen von Walter Eucken gelernt, dem Haupt der Freiburger Schule, der Ordoliberalen. Eucken war tief erschüttert vom Zusammenbruch der bürgerlichen Ordnung Europas im Ersten Weltkrieg. Nach seiner Meinung hat der alte Liberalismus, also auch und im besonderen der Wirtschaftsliberalismus versagt, weil er das Problem wirtschaftlicher Macht nicht lösen konnte. Kartelle und Syndikate haben den Wettbewerb unterdrückt, wodurch die Marktwirtschaft nach und nach ausgehöhlt wurde. Den Raum füllte der Staat mit einer willkürlichen und interventionistischen Wirtschaftspolitik, bis ins Extrem getrieben durch die Nazis.

Euckens Antwort darauf war eine veränderte Sichtweise auf Markt und Staat. Die Marktwirtschaft wurde nicht mehr nur einfach hingenommen, sie wurde zu einer gesetzten Ordnung, die der Staat mittels „Ordnungspolitik“ garantierte. Er hatte den Wettbewerb und den Geldwert zu sichern und die Menschen durch eine marktkonforme Sozialpolitik vor Not zu bewahren. Mit Bezug auf unser Thema: Der Staat sollte nicht einfach ein menschenwürdiges *Leben* sichern, er sollte eine menschenwürdige *Ordnung* schaffen.

Hier sei in Parenthese hinzugefügt: In der Debatte um die Globalisierung fordern viele Kritiker eine Art globaler Wirtschaftspolitik, oder eine „globale soziale Marktwirtschaft“. Dabei unterliegen sie jedoch einem Mißverständnis. Die Globalisierungskritiker wollen mit ihrer globalen Ordnungspolitik den Kapitalismus zügeln, also den Wettbewerb bremsen. Walter Eucken wollte das genaue Gegenteil mit seiner Ordnungspolitik: Den Wettbewerb sichern, oder anders ausgedrückt, dafür sorgen, daß der Kapitalismus sich entfalten kann.

Wir alle haben also eine sehr hohe Erwartung an den Staat. Und zwar nicht nur jene Deutschen, die von einer Vollkasko-Gesellschaft träumen, sondern auch jene, die über-

zeugt von der Marktwirtschaft sind. Das Thema, das dem Vortragenden heute abend vorgegeben wurde, belegt dies.

Dies festzustellen, heißt nicht, den hohen Anspruch aufzugeben. Es wäre aber nützlich, sich ab und zu dessen bewußt zu sein. Vielleicht wäre dies auch ein Rezept gegen den verbreiteten Mißmut in unserem Land. Wenn wir wissen, daß wir überdurchschnittliche Anforderungen an unser Gemeinwesen stellen, dann ist es vielleicht ein bißchen weniger schlimm, wenn diese Anforderungen einmal nicht erfüllt werden. Wenn man für die Lkw-Maut das ausgefeilteste System der ganzen Welt einführen will, dann sollte man gnädig mit sich selbst sein, wenn es nicht gleich auf Anhieb klappt.

Der Begriff der Menschenwürde hat seine Wurzeln in der Antike. In der Renaissance verfaßte der Philosoph Giovanni Pico della Mirandola eine Schrift unter dem Titel *De hominis dignitate*. Danach gründet sich die menschliche Würde auf dem freien Willen und der Fähigkeit, das Leben selbst zu gestalten. Kant schreibt in der *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*:

„Autonomie ist also der Grund der Würde der menschlichen und jeder vernünftigen Natur.“

Laut Grundgesetz-Kommentar von Maunz und Düring gehört zur Menschenwürde auch der Schutz vor willkürlicher Ungleichbehandlung. Das Bundesverfassungsgericht hat den Staat verpflichtet,

„... Mindestvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein zu sichern.“

Die Norm begrenzt einerseits die Höhe der erlaubten Besteuerung und verpflichtet gleichzeitig den Staat, den Bedürftigen nicht nur die nackte Existenz, sondern darüber hinaus ein menschenwürdiges Dasein zu sichern.

All das sagt etwas darüber aus, wie sich die Regierung zu verhalten hat, aber sie definiert noch keine Wirtschaftsordnung. Vor dem Fall der Berliner Mauer hätte man es sich noch ein wenig einfacher machen können. Man hätte darauf verwiesen, daß die Marktwirtschaft auf jeden Fall menschenwürdiger ist als die Zentralverwaltungswirtschaft. Und sei es nur aus dem Grund, den der große katholische Soziallehrer Oswald v. Nell-Breuning genannt hat: In der Marktwirtschaft müssen die Menschen weniger lügen als in der Planwirtschaft.

Die Aufgabe heute ist komplizierter: Wir müssen eine vom Sozialstaat überlagerte Marktwirtschaft reformieren und suchen dafür klare Kriterien. Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff sagte vor kurzem, man dürfe bei den Sozialreformen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Genau darum geht es.

Aber was ist in dem Bilde das Kind und was ist das Badewasser? Welche Reformen gefährden die Menschenwürde? Was gefährdet im bisherigen Sozialstaat die Menschenwürde? Gibt es also Reformen, die vielleicht sogar Sozialabbau gebieten? Ich denke, aus

dem bisher Gesagten ergeben sich für eine menschenwürdige Wirtschafts- und Sozialordnung zwei klare Leitlinien:

1. Die Ordnung muß den Menschen ihre Autonomie lassen, ganz im Sinne Kants. Sie müssen, soweit sie nicht die Rechte anderer verletzen, ihre wirtschaftlichen Belange in eigener Verantwortung regeln können. Und das bedeutet zuallererst eines: Freiheit. Und das führt direkt zu den Wurzeln unseres Staates. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft sei *primär wertverpflichtet*, und zwar *dem Wert der individuellen Freiheit* schrieb der Ökonom Egon Tuchtfeldt. Freiheit sei etwas *Ganzes und Unteilbares*, meinte Ludwig Erhard. Und das erfordert die Begrenzung von Macht, staatlicher Macht ebenso wie privater Macht. Es bedeutet die Selbstbeschränkung des Staates.
2. Die Wirtschaftsordnung muß sicherstellen, daß jeder Bürger, auch wenn er in Not ist, die Mittel für ein menschenwürdiges Leben erhält. Dieses *menschenwürdige* Maß ist abhängig von der Lebensumwelt eines Bedürftigen. Was in Rumänien vielleicht Normalstandard ist, wird in Deutschland als menschenunwürdig empfunden. Aber das Niveau der sozialen Absicherung kann nicht unbegrenzt wachsen. Spätestens dann, wenn die Finanzierungskosten für den Sozialstaat die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der anderen Bürger gefährdet, bedroht der Sozialstaat die Menschenwürde. Sozialabbau ist dann ein Beitrag zur Menschenwürde. Anders ausgedrückt und mit den Worten von Otto Schlecht, dem langjährigen Kopf des Bonner Wirtschaftsministeriums: Sozialpolitik hat immer subsidiär zu sein.

Eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung muß, ganz allgemein dafür sorgen, daß jeder Bürger sein Leben in eigener Verantwortung und aus eigener Kraft führen kann.

Dazu gehört es, sicherzustellen, daß menschliches Handeln wirksam ist, daß ein Unterschied besteht zwischen Handeln und Nichthandeln, zwischen dumm und gescheit, zwischen gut und böse. Eine der schlimmsten Formen menschlicher Erniedrigung ist es, nicht wirken zu können. Eine Mutter kann ein Kind kaum schlimmer strafen, als wenn sie beleidigt ist und tagelang schweigt, so daß das Kind das Gefühl hat: Ich kann tun und lassen, was ich will – es ist alles sinnlos.

Im Jahre 1989, in den letzten Tagen des Kommunismus, hatte ich Gelegenheit, ein paar sowjetische Industriebetriebe zu besichtigen. Der Direktor einer Schuhfabrik im damaligen Leningrad sagte zu mir, daß ich mir wahrscheinlich gar nicht vorstellen könnte, wie unwürdig es sei, ein Leben lang zu arbeiten und zu wissen, daß dies völlig sinnlos ist.

Effizienz hat also etwas mit Menschenwürde zu tun. Ein ineffizienter Staat bedroht durch bürokratischen Leerlauf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit die Würde ihrer Bürger. Man sollte in diesem Zusammenhang einmal darauf verweisen, daß unsere Verwaltung im internationalen Vergleich gar nicht so schlecht ist. Das weiß je-

der, der sich schon einmal in Rom um eine Aufenthaltsgenehmigung oder einen Gewerbeschein bemüht hat. Aber zumindest anekdotische Erfahrung lehrt, daß diese Errungenschaft nicht gesichert ist. Die Klagen über die Bürokratie nehmen zu, und sei es nur deshalb, weil andere Länder die inhärenten Probleme der Bürokratie besser gelöst haben. Es ist halt ein Unterschied, ob man vierzig oder ob man fünf Tage braucht, um ein neues Unternehmen anzumelden.

Oder: ist unser Steuersystem wirklich noch menschenwürdig, wenn die Ermittlung der Steuerschuld ein Vabanque-Spiel ist, dessen Ergebnis niemand vorhersagen kann? Hier liegt eine starke Verpflichtung zur radikalen Vereinfachung des Steuersystems, was bedeutet, daß viele liebgeordnete Vergünstigungen entfallen müssen. Es ist nicht wenig übertrieben zu behaupten: So wie unser Steuersystem heute beschaffen ist, bedrohen die Kilometerpauschale und die Eigenheimzulage die Menschenwürde.

Überhaupt ist zu fragen, inwieweit der Staat mit Steuern das Verhalten seiner Bürger steuern darf. Der Staat muß seinen Bedarf durch Zwangsabgaben bei den Bürgern decken. Damit beeinflußt er nolens volens deren Verhalten. Aber kommt die Regierung nicht irgendwann mit der Menschenwürde in Konflikt, wenn sie mit bewußter Steuerungsabsicht in immer neue Bereiche des menschlichen Lebens vorstößt? Die Ökosteuer soll die Bürger zum Energiesparen anhalten, Steueranreize lenken Geld in den ostdeutschen Wohnungsbau, in die Windenergie und was noch alles. Erstens ist es meistens falsch, wenn ich etwas nur aus steuerlichen Gründen tue. Und zweitens ist es auch irgendwie unwürdig, einfach nur zu tun, was die Regierung will.

In diesem Zusammenhang ist zu unterstreichen, daß auch das Subsidiaritätsprinzip etwas mit Menschenwürde zu tun hat. Es ist klar, daß mein autonomes Handeln durch die Rechte anderer Menschen begrenzt wird, daß ich also Regulierungen jeder Art hinnehmen muß. Aber ich muß diese Einschränkungen verstehen und ich muß sie beeinflussen können. Der Ärger um die Diskriminierungs-Richtlinie der EU ist ja nicht so sehr, daß es vielen Bürgern wichtig wäre, Behinderte, Frauen und Ausländer zu diskriminieren, sondern daß niemand das Entstehen dieser Richtlinie bestimmen konnte, daß sie oktroyiert wird und daß man ihr anmerkt, daß die Autoren der Richtlinie relativ wenig Erfahrung mit dem wirklichen Leben haben.

Zur Autonomie, die die Menschenwürde gebietet, gehört natürlich auch, daß die Eigentumsrechte gewahrt bleiben. *Property Rights* gehören zum Kernbestand der Marktwirtschaft. Deren Wahrung sichert überhaupt erst zukunftsgerichtetes Handeln, Investitionen, Mehrung von Wohlstand. Das Elend Afrikas liegt unter anderem darin, daß es in fast allen Ländern des Kontinents nicht gelungen ist, die Eigentumsrechte zu sichern. Und was für einen Grund hätte ich als Bürger, sagen wir des Kongo, zu investieren, wenn ich damit rechnen muß, daß jeder bescheidene Wohlstand sofort von marodierenden Soldaten konfisziert wird?

Aber die Eigentumsfrage ist auch für uns hier in Deutschland sehr relevant. Bei den Sozialreformen geht es zum Beispiel darum, zu fragen, von welchem Staatsanteil an eigentlich die Enteignung beginnt. Das Bundesverfassungsgericht hat im Urteil zur Vermögenssteuer gesagt: Bei 50 Prozent des Bruttoeinkommens. Ich bin mir da nicht so sicher. Man könnte wahrscheinlich 45 Prozent genauso festlegen wie 55 Prozent. Was man aber ganz sicher sagen kann: Je höher der Staatsanteil, desto höher sind die Ansprüche, die ich als Bürger an die Effizienz des Staates habe. Wenn ich schon die Hälfte meines Einkommens abgebe, dann will ich, daß das Geld sinnvoll verwendet wird. Wenn nicht, berührt auch das meine Menschenwürde.

Die entscheidenden Fragen stellen sich dabei in der Sozialpolitik. Zwanzig Prozent seines Bruttolohnes zahlt der durchschnittliche Facharbeiter für die Rentenkasse. Für diese Zwangsabgabe bekomme ich eigentumsähnliche Ansprüche, die ich nach meinem 65. Lebensjahr einlösen kann. Das Problem dabei ist: Die Ansprüche einlösen muß ich bei Menschen, die unter Umständen noch gar nicht geboren sind. Die demographische Entwicklung führt dazu, daß, wenn alles so weiterläuft, die Rentenbeiträge auf konfiskatorische Höhen steigen müssen, um meine Ansprüche zu befriedigen. Wenn die Beiträge aber begrenzt werden, läuft der Staat Gefahr, die Rentner materiell zu enteignen. Das ist die Heimtücke unseres umlagefinanzierten Rentensystems. Beide Lösungen sind nicht wirklich menschenwürdig.

Für einen Augenblick lohnt es an dieser Stelle, sich vorzustellen, Adenauers Rentenreform von 1957 hätte es nie gegeben und Ludwig Erhard hätte sich mit seinen Vorstellungen, das umlagefinanzierte System auf eine Mindestsicherung zu begrenzen und den durch das Wirtschaftswachstum entstehenden Spielraum für Vermögensbildung der Arbeitnehmer zu nutzen, durchgesetzt. Dann wäre zwar die Altersarmut in Deutschland deutlich langsamer zurückgedrängt worden als dies tatsächlich der Fall war, die Union hätte 1957 nicht die absolute Mehrheit im Bundestag bekommen, aber die Rentenbeiträge wären heute auf einem erträglichen Niveau von vielleicht acht Prozent, der Anteil der Arbeitnehmer am Produktivvermögen wäre erheblich höher und wir müßten heute nicht eine Rentenreform nach der anderen beschließen.

Das ist Schnee von gestern. Aber es lohnt sich schon zu fragen, welcher Weg – der oben skizzierte fiktive oder der, den die Bundesrepublik tatsächlich ging – der menschenwürdigere ist? Ich lasse die Frage offen. Klar ist, daß wir den Weg nicht einfach zurückgehen können. Sonst würde eine ganze Generation doppelt belastet, was mich besonders deshalb ärgern würde, weil ich selbst zu dieser Generation gehöre. Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß unserem Bemühen, die Renten zu Reformzwecken zu manipulieren, Grenzen gesetzt sind. Dann jedenfalls, wenn wir die Sache mit dem Eigentum und der Menschenwürde ernst nehmen. Ich glaube, daß wir die Rente nur in sehr begrenztem Umfang für Familienpolitik verwenden dürfen. Zum Beispiel dadurch, daß wir Kinderlose bestrafen – bei den Beiträgen oder dem, was ausbezahlt wird. Zwar ist es ökonomisch richtig, daß die Altersversorgung immer ein Drei-Generationen-Vertrag ist,

zu dem auch die Arbeit der Eltern für die Aufzucht der Kinder gehört. Aber 1957 haben die Politiker, allen voran Konrad Adenauer, ganz bewußt entschieden, diesen Zusammenhang nicht im Gesetz festzuschreiben. Und diesen Fehler kann man nicht einfach dadurch beheben, daß man heute die Kinderlosen enteignet. Es hilft nichts, als eine Balance durch langsame Senkung der relativen Renten und Anhebung des Rentenalters zu versuchen.

All diese Dinge gehören zu der Norm, daß der Staat den Menschen ermöglichen muß, autonom zu handeln. Nun gibt es Menschen, die nicht autonom sind, weil sie von der Natur oder dem Elternhaus nicht mit dem dafür Nötigen ausgestattet worden sind. Man muß ihnen also erst zu der Autonomie verhelfen. Das gilt im besonderen für Kinder. Kinder können ihrer Natur nach nicht autonom handeln, sie sind auf ihre Eltern angewiesen. Und sie brauchen unter Umständen einen Fürsprecher, der ihre Interessen wahrnimmt, notfalls auch gegen die eigenen Eltern. Das ist die innere Logik der Schulpflicht.

Hier würde einem vielleicht der Satz einfallen, daß der Staat für gleiche Startchancen aller seiner Bürger sorgen muß. Wenn man vorsichtig ist, muß man den Einwand gelten lassen, daß dies schwer möglich ist. Wir alle wissen: Ein begabtes Kind, das in einem sozialen Brennpunkt aufwächst, mit Eltern, die Alkoholiker sind oder nicht richtig deutsch können, ein solches Kind hat niemals die gleichen Chancen wie ein Kind, das behütet aufwächst, dessen Eltern Bücher lesen und mit ihm ins Konzert oder ins Theater gehen. Weil das so ist, sagen manche, der Staat solle für *gerechte* Startchancen sorgen. Das halte ich aber für noch viel problematischer. *Gleiche* Startchancen, das läßt sich wenigstens theoretisch sauber definieren – *gerechte* Chancen, da möchte ich die Regierung sehen, die sich das zutraut.

Mir gefällt am besten der amerikanische Begriff des Empowerments: Der Staat gibt den Menschen, was sie brauchen, um aus eigener Kraft weiterzukommen. Das gilt in der Sozialpolitik, aber auch in der Bildungspolitik. Hier sehe ich eine der wichtigsten Aufgaben des Staates in einer menschenwürdigen Wirtschaftsordnung. Ich teile auch nicht die Meinung einiger liberaler Theoretiker, die in der Bildung eine Dienstleistung sehen, die man am besten privatisieren würde. Bildung ist eine staatliche Aufgabe, und gerade deshalb ist es so verheerend, wie zur Zeit das Bildungssystem in Deutschland verfällt. Wir haben in den siebziger Jahren gesehen, daß wohlmeinende Bildungsreformen, die die Leistungsstandards gesenkt haben, letztlich den Benachteiligten schaden. Ich frage mich aber auch, ob eine permanente Sparpolitik im Bildungssektor nicht die gleichen negativen Auswirkungen haben wird.

Wirksamkeit muß sich aber auch bis in den Sozialbereich hinein durchsetzen. Wir alle wissen, wie Sozialhilfe-Karrieren entstehen: Jemand wird vom Staat versorgt, egal, was er macht, er richtet sich am unteren Ende der Gesellschaft ein, und seine Kinder tun das auch. Er wird nicht mehr gefördert, und er erhält keine Chance mehr. Viele Kritiker sagen, Hartz IV verstoße gegen die Menschenwürde, weil es die Menschen nach einem Jahr auf Sozialhilfe-Niveau zwingt. Ich finde, im Gegenteil, Hartz IV hat sehr viel mit

Menschenwürde zu tun, weil es menschenunwürdig ist, von den Menschen nichts zu fordern und sie auch nicht zu fördern und von den übrigen immer höhere Zahlungen in den Sozialstaat zu fordern. Es muß auch hier ein Unterschied zwischen Handeln und Nichthandeln, zwischen Leistung und Nichtstun geben, selbst wenn dieses Nichtstun nicht selbstverschuldet ist.

Der Begriff der „Sozialen Gerechtigkeit“ ist hier sehr problematisch. Was heißt schon sozial gerecht? Richtig verstanden ist der Sozialstaat eine Art Versicherung. Die Leistungen bestehen in einem unbedingten Versorgungsversprechen, ganz unabhängig davon, ob ich mit oder ohne eigenes Verschulden in eine Notlage gekommen bin. Die Gegenleistung besteht in den Beiträgen zu dem System und in einem sozialverträglichen Verhalten: Ich darf den Versicherungsfall nicht mutwillig herbeiführen oder beibehalten. Solches *moral hazard* muß der Staat durch die Struktur seiner Sozialgesetze bekämpfen.

Oder wie ist das mit dem Arbeitsmarkt? Zur Autonomie, zum Gebot der Wirksamkeit gehört selbstverständlich, daß ich meine Talente, meine Arbeitskraft, mein Können, auf den Markt trage, und zwar zu den Bedingungen, die ich möchte. Ist es dann mit meiner Menschenwürde zu vereinbaren, wenn ich durch Mindestlöhne oder einen Tarifvertrag daran gehindert werde? Und, um es noch zu verkomplizieren: Im Grundgesetz ist von der Würde des Menschen die Rede, und nicht von der Würde des Deutschen. Ist es dann gerechtfertigt, Tschechen, Polen und andere durch Entsende- und andere Richtlinien davon abzuhalten, ihr Glück zu suchen, indem sie ihre Arbeit zu ihren Bedingungen auf unseren Markt bringen?

Man muß diese Fragen stellen, auch wenn man hinterher einräumt: Ganz so einfach ist es nicht. Zu den Menschenrechten gehört auch die Koalitionsfreiheit, und die marktwirtschaftliche Ordnung muß auch von den Menschen akzeptiert werden. Deshalb wird es bei der Osterweiterung der EU ohne Übergangsregelungen nicht gehen. Deshalb gibt es Gründe für Tarifverträge, solange sie die Menschen nicht in die Arbeitslosigkeit treiben. Aber, und darauf kommt es hier an: Wenn man es mit der Menschenwürde ernst meint, sind offene Grenzen und offene Märkte nicht eine Option unter vielen, sie sind Pflicht.

Vielleicht ist dies der richtige Augenblick, um das Gebot der Menschenwürde noch durch einen weiteren Begriff zu konkretisieren: Eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung muß fehlertolerant sein: Menschen sind aus krummem Holz geschnitzt, sie sind nicht perfekt, sie lernen dadurch, daß sie Fehler machen. Deshalb darf eine Wirtschaftsordnung nicht beim kleinsten Fehler an die Wand fahren. Sie muß eine schlechte Regierung eine Zeitlang aushalten – vorausgesetzt natürlich, die Bürger haben die Möglichkeit, diese Regierung bei der nächsten Wahl wieder loszuwerden, damit die neue Regierung dann die Konsequenzen aus den Fehlern der alten ziehen kann.

In diesem Zusammenhang muß man von einem Instrument reden, das wir in der Bundesrepublik haben, und das theoretisch geeignet wäre, die Fehlertoleranz ganz erheblich zu erhöhen: den Föderalismus. Föderalismus bedeutet Wettbewerb im Bundesstaat, die

Möglichkeit, von anderen zu lernen, sich an Benchmarks zu orientieren. Außerdem ist er gelebtes Subsidiaritätsprinzip: Die Entscheidungen werden, wo immer das möglich ist, auf der unteren Ebene getroffen.

Wir alle wissen, daß der Föderalismus diese Rolle derzeit nicht spielt, daß die Landtage fast nichts zu sagen habe, daß die Gemeindeautonomie ausgehöhlt wird, daß der Bundesrat sich zu einem Blockadeinstrument entwickelt hat. Daher ist der Föderalismus für mich der Lackmestest für die Führungsqualität der nächsten Bundesregierung. Gesetzt den Fall, sie wird unionsgeführt sein, dann hätte die Kanzlerin die historisch einmalige Chance, mit einer breiten Mehrheit in Bundestag und Bundesrat zu regieren. Wenn die Union das nicht zu einer echten Föderalismusreform nutzt, dann ist wirklich Hopfen und Malz verloren. Es kommt dabei gar nicht so sehr darauf an, ob der Bund nun auch Kompetenzen im Bildungsbereich hat oder nicht. Entscheidend sind die Finanzen, und die sind bisher in der Föderalismus-Kommission noch nicht behandelt worden. Bund, Länder und Gemeinden müssen wieder handlungsfähig werden, zum Beispiel durch eine Gemeindefinanzreform, die den Bürgern die Möglichkeit gibt, über das Angebot an öffentlichen Gütern ebenso zu entscheiden wie darüber, wie diese finanziert werden. Ganz konkret heißt das: Abschaffung der Gewerbesteuer und deren Ersetzung durch einen Zuschlag auf die Einkommenssteuer. Und was für den Wettbewerb im Inneren gilt, gilt natürlich auch nach außen. Eine Wirtschaftsordnung wird nur dadurch fehlertolerant, indem sie sich dem internationalen Wettbewerb stellt. Dazu gehört, neben anderem, auch der Wettbewerb der Steuersysteme.

Aber die Fehlertoleranz gilt auch für jeden einzelnen. Wer etwas wagt, macht Fehler und kann scheitern. Deshalb muß jeder eine zweite Chance bekommen. Das ist eine Frage des modernen Insolvenzrechts ebenso wie der Kultur in Wirtschaft und Verwaltung. Sind Chefs bereit, Menschen mit biographischen Brüchen zu akzeptieren? Dazu gibt es einen interessanten Gedanken, den Friedrich von Hayek in der Verfassung der Freiheit äußert: Wären alle Chancen wirklich exakt gleich unter den Menschen verteilt, dann würden alle Einkommensunterschiede allein und ausschließlich auf das Können, das Geschick und die Talente des einzelnen zurückzuführen sein – eine sozialpsychologisch bedrückende Situation. Das bedeutet: Toleranz mit dem Scheitern und jedem die Chance für einen Neustart geben und notfalls ein menschenwürdiges Auskommen sicherstellen.

Und schließlich ein letzter Punkt. Eine menschenwürdige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung muß verlässlich sein: Die Welt ändert sich, Märkte ändern sich noch schneller, um so wichtiger ist es, daß der politische Rahmen, an dem ich mein Handeln ausrichten habe, einigermmaßen gleich bleibt. Walter Eucken hat dafür die Forderung nach Konstanz der Wirtschaftspolitik aufgestellt. Vor dem Hintergrund der Menschenwürde gilt diese Forderung in einem sehr umfassenden Sinn. Es schränkt meine Autonomie ein, wenn ich mein Sinnen und Trachten nicht auf meinen Markt richten darf, sondern wenn die Spenzen der Steuer- und Sozialpolitik mein Handeln bestimmen.

Es ist klar, daß die Forderung nach Konstanz nur zu erfüllen ist, wenn sich der Staat in seinen Aufgaben bescheidet.

Und mehr noch: Jeder weiß aus eigener Erfahrung, daß der eigenen Flexibilität und Veränderungsbereitschaft Grenzen gesetzt sind, vor allem, wenn man älter wird. Ein Teil des Veränderungsdrucks ist unvermeidbar, um so wichtiger ist es, das, was verlässlich ist, auch verlässlich zu lassen. Es ist letztlich die Forderung, die Kirche im Dorf zu lassen. Und ich denke gerade in Bayern wird diese Forderung verstanden.

## Menschenwürde und der „Irrtum des Sozialen“

*Prof. Dr. Josef Schmid\**

Wenn aus dem Titel eines Vortrages sein Inhalt nicht eindeutig hervorgeht, erhebt sich der Verdacht der Polemik. Doch stellt man ihn in den Rahmen des Tagungsthemas, dann kann es sich nur um eine Konfrontation handeln: zwischen dem Rationalitätskern der Ökonomie und – besonders im deutschen Fall – der Bewältigung kultureller und sozialer Aufgaben, die man von einer Ökonomie erwartet. Noch pointierter könnte man von einer Konfrontation von rationalem Handlungsmodell und einer irrationalen Wirklichkeit sprechen. Beide gehören nicht getrennten Welten an, vielmehr müssen sie in tiefinniger Beziehung zueinander stehen, – zumindest in der Tradition einer historischen Sozialökonomik. Es geht also um unbeabsichtigte Folgen absichtsvollen Handelns, um die verzweifelten Versuche der deutschen Sozialökonomik, ihre Welt der Gedanken mit der des Tuns, Eingreifens und Ausrichtens zusammenzuführen, Wirtschaftsdenken und Gesellschaft auf einen erwünschten Nenner zu bringen. Veranlaßt wird dies immer durch einen Einbruch der Wirklichkeit in Theoriegebäude, die eine Zukunft gestalten wollen (*Visionen* sagen wir heute), etwa *Wohlstand für alle* oder bescheidener: *Existenzsicherung für alle*. Und der Einbruch zeigt sich in verschiedensten Formen:

- (1) Konsumenten oder Produzenten lassen sich nicht zu jenen Handlungen verleiten, zu denen sie eingeladen werden oder aufgefordert sind (Zinssenkung und Investieren bzw. Kaufkraft stärken und Konsumieren usw.);
- (2) Wenn ein gesellschaftlicher Zustand, den ein theoretisch begründetes Maßnahmenpaket versprochen hat, nicht erreicht wird.

Bei der Gelegenheit sei ein erweiterter Theoriebegriff eingeführt. Theorie wird nicht mehr den strengen Regeln einer Verfahrenslogik unterworfen, sondern als nationalstaatlich geborener *Wirtschaftsgeist* aufgefaßt, wie er deutlich sichtbar durch die Sozialgeschichte bis in die wirtschaftspolitische Buntheit der Europäischen Union wandert.

Wir kennen Theorien, die es zeitweilig zur Herrschaft bringen (Paradigmen), weil sie glaubhaft die Probleme der Zeit erklären und lösen. Sie unterliegen dem Produktzyklus, stehen in Streit mit rivalisierenden Schulen und danken einmal ab. So geht es der Nachfrageorientierung, der Angebotsorientierung, der Fiskalpolitik und Ordnungspolitik, dem Keynesianismus. Vielleicht ist der Theoriebegriff hier falsch oder irreführend, denn gemeint ist ein geschichtlich gewordener Wirtschaftsgeist, in dem nationale Ziele, kulturbedingte Erwartungen, große Teile von Weltanschauung und die Idee der Menschenwürde aufgehoben sind.

---

\* Universität Bamberg.

Die gegenwärtigen ideologischen Debatten drehen sich

- um angelsächsischen Neo- oder gar Ultra-Liberalismus, der sich des Globus bemächtigt,
- um eine französische, ständisch gerichtete, staatlich gestützte Stützung der Produktionssektoren;<sup>1</sup>
- wenn die durchgeschüttelten deutschen Sozialdemokraten von „Heuschrecken“ sprechen, einer biblischen Plage also, nur um das Wort „Raubkapitalismus“ nicht aussprechen zu müssen, was sie eigentlich meinen.<sup>2</sup>

Wenn wir uns all dies vor Augen halten, dann stoßen wir bei den europäischen Nationen auf die wirtschaftswissenschaftlichen Leitgedanken, die auch den Paradigmenwechsel trotzen: sie sind die in Kultur- und Geistesgeschichte herangezüchteten Ideen, die sich recht dauerhaft erweisen; auch wenn sie in Krisen- und Umbruchszeiten große Erschütterungen erfahren, kommen sie immer wieder zum Vorschein, sobald sich Rauch und Nebel verzogen haben.

Ich möchte also anstatt von Theorie lieber von einem *dauerhaften Wirtschaftsgeist* sprechen, den wir bei bestimmenden Staaten in Europa vorfinden. Es gibt keinen Wirtschaftsgeist, der nicht Soziales impliziert, im gezielten Handeln oder als reparaturbedürftige Nebenveranstaltung. Selbst das Verschweigen oder Verleugnen des Sozialen enthält eine klare Aussage oder bewußte Ideologie.

## **Wirtschaft und Soziales in europäischer Perspektive**

Für die USA, die erst 1895 die freie Landnahme eingeschränkt haben, ist Sozialpolitik, die über Welfare hinausgeht, ein Unding – daß von 200 Millionen Menschen 40 Millionen keine Krankenversicherung haben, ist dort normal. Die Namen Jefferson, Lincoln („Ich will niemandes Herr sein, so wenig wie ich jemandes Sklave sein will.“), stehen für Klassischen Liberalismus eines Einwanderungskontinents. Erst seit der Weltwirtschaftskrise und Franklin Roosevelts „New Deal“ werden soziale Probleme anerkannt, aber mit ökonomischen Mitteln, wie etwa Keynes'scher Konsumanstachelung, gelöst. Und schließlich kennen wir noch „Reagonomics“ als eine Art Beschäftigungspolitik, die vom Rüstungskomplex und vom Niedriglohnsektor ausgeht. Wer in diesem Land nicht seine Hütte und sein Auskommen hat, ist selber schuld, heißt es.

---

<sup>1</sup> Sie steckt hinter dem Kampf um die hohen EU-Agrarsubventionen für die französische Landwirtschaft; den hohen Staatsgarantien für ihre Export- und nach wie vor existente Kolonialwirtschaft in der frankophonen Welt.

<sup>2</sup> Sie verschweigen damit den Anteil, den sie selbst daran haben: großzügiges Übersehen von im Ausland erwirtschafteten Gewinnen, Arbeitsgenehmigungen für ausländische Dumpinglohn-Bezieher etc.

England war immer Zwei-Drittel-Gesellschaft und findet bis heute nichts dabei. Die Namen sind hier: David Ricardo noch vor Adam Smith; er ist der eigentliche und erste Brutalo der Nationalökonomie – die Löhne werden nicht viel übers Existenzminimum klettern. Hierbei pflichtete ihm Robert Malthus von demographischer Seite her bei. Sie formulieren ein *Ehernes Lohngesetz*, das bis ans Ende des 19. Jahrhunderts halten und nach dem Zweiten Weltkrieg für die Entwicklungsländer neu aufgelegt wird: das soziale Elend ist naturgegeben, denn jede Besserung der Zustände vermehrt den Nachwuchs der Unterschichten (die *proles*), erhöht dann das Arbeitskräfteangebot, womit die Löhne wieder sinken. Dieser Mechanismus des Elends wird als „Malthusianismus“ bezeichnet. In einer zeitgenössischen Karikatur unterhalten sich zwei Fabrikherren. Sagt der eine, „... ich stelle gern Kinder an, sie drücken die Löhne ihrer Eltern.“ Von der Schreckenswelt des Oliver Twist, den Zuständen in Londoner Armenvierteln über 1900 hinaus, dem Besuch Malvidas von Meysenbug bei deutschen Handwerkern mit vier bis sechs Kinder, von denen zwei im Sterben lagen, können wir noch heute lesen.

Die Reaktion darauf kam erst mit Ende des Zweiten Weltkriegs. Da wurde ein totaler Sozial- und Gewerkschaftsstaat, der „*Beveridge-Plan*“ wie ein Fremdkörper dem Liberalismus aufgesetzt. Er war eine Art Entschädigung für die Opfer während des Zweiten Weltkriegs, für *Blut, Schweiß und Tränen*, wie Churchill sagte, und der selbst – zum Staunen der Welt – damit abgewählt wurde.

Es bedurfte dann der *Eisernen Lady*, Margret Thatcher, um dieses „Labour“-England aus der Umklammerung und Fesselung eines totalitären Sozialstaats zu befreien. Dies ist gründlich gelungen, und zwar mit dem Rückgriff auf die Zwei-Drittel-Taktik: zwei Drittel der Wählerschaft, die für eine Wiederwahl ausreichen, können sich wohltuend bedient fühlen, das vernachlässigte Drittel wird dafür nicht benötigt.<sup>3</sup> Ohne diese Leistung der Eisernen Lady, ohne dieses Zurück der Briten zur nationalökonomischen Identität, hätte Labour II unter Tony Blair keine Handlungsfreiheit.

Auf dem Kontinent weht ein anderer sozialer Wind. Der republikanisch-französische Paternalismus besteht auf Staatstätigkeit und sozialer Sicherheit, nicht nur des Einzelnen, sondern von Branchen und ganzer Produktionssektoren, wie der Landwirtschaft.

Ein Geschichtskenner wird Frankreichs Lasten und Schwerfälligkeiten nicht nur der auf dem Kontinent üblichen Sozialpolitik anlasten, sondern sie bis zum großen Colbert, dem Minister des Sonnenkönigs zurückverfolgen. Der Zentralismus des Kardinal Richelieu und des Sonnenkönigs war der Gipfel der Modernisierung im 17. und 18. Jahrhundert. Von dort aus zieht sich eine nationalökonomische Linie bis zur Planification der IV. Republik und der heutigen Staatstätigkeit, die mit dem Aufbrechen der Schutzzäune um nationale Arbeitsmärkte und Finanzeinrichtungen ineffizient geworden sind.

---

<sup>3</sup> Für das vernachlässigte Drittel gilt ein typisch angelsächsisches Erziehungskonzept: *a policy of the benign neglect*.

Sie zeigen sich in Arbeitslosigkeit (20 Prozent der 18- bis 30-jährigen sind arbeitslos) und Straßenschlachten um *acquis sociaux*.

Frankreich zeigt noch mehr Scheu als Deutschland, Reformen, besonders am Arbeitsmarkt, durchzuführen: 25 Prozent der Erwerbstätigen sind Beamte, das allein – so Prof. Gérard Chaliand<sup>4</sup> – verhindert schon Dynamik: *un système qui favorise le conservatisme. L'Etat est trop lourd*. Den Rest besorgt die Angst der Abgeordneten, bei einschneidenden Maßnahmen nicht wiedergewählt zu werden. Gérard Chaliand schlägt vor, das Mandat auf zwei Amtsperioden zu begrenzen so daß der Volksvertreter in seiner zweiten und letzten Amtszeit die Scheu verliert, nach eigener Überzeugung zu handeln.

In einer Zwischenbilanz können wir dahingehend zusammenfassen, daß

- in der angelsächsischen Nationalökonomie der Irrtum des Sozialen darin besteht, das Soziale zum *Gegenstand der Politik* zu machen. Es muß dem Individuum anheimgestellt, ihm sogar aufgegeben werden, im Rahmen privater Vermögensplanung es eigenständig zu bewältigen.
- in der französischen kontinentalen Ökonomie, wie in den übrigen lateinisch-südeuropäischen, wird der Irrtum darin gesehen, im Sozialen ein *bloßes Anhängsel der Wirtschaftstätigkeit* zu sehen. Das Soziale steht im Zentrum einer Wahldeмократie und einer Öffentlichkeit, weit mehr als die Wirtschaft selbst. Der erwirtschaftete Reichtum mißt sich deutlicher am sozialen Wahlgeschenk und den sozialpolitischen Segnungen (*acquis sociaux*) als an der Wirtschaftskraft und ihren Ausstrahlungen. Letztgenannte stehen im Wirtschaftsteil der Tageszeitung, der von den meisten Lesern als erstes herausgenommen und weggeworfen wird.

Wir haben also hier schon zwei unversöhnliche Bilder des Sozialen, die sich wechselseitig und seitenverkehrt als im Irrtum befindlich bezeichnen.<sup>5</sup>

Doch wie steht das zur Zeit angeschlagene „Modell Deutschland“, der „Rheinische Kapitalismus“ – zum Sozialen? Was ist die Rolle des Sozialen in der Sozialen Marktwirtschaft?

Man hatte eine Generation lang den Eindruck, daß sich beide gegenseitig zu Höchstleistungen anspornen. Für das Deutsche Modell besteht der Irrtum des Sozialen darin, zwischen Sozialem und Ökonomie *keinen organischen Zusammenhang* zu sehen, in dem beide miteinander wachsen oder schrumpfen. Sowie das Soziale eine äußerliche politische Hinzutat wird, die sich nicht im Einklang mit den ökonomischen Indikatoren (Produktivität, Effizienz, Arbeitsmarkt, Binnen-Nachfrage, Exporterfolg) befindet, stellt es sich außerhalb der Marktwirtschaft.

---

4 *Le Figaro*, 10.06.2005

5 Chirac erklärte sich das „Nein“ zur europäischen Verfassung mit der Angst der Franzosen, einem angelsächsischen Wirtschaftssystem unterworfen zu werden.

Wenn das Soziale zum Besitzanspruch an staatliches Vermögen wird, der das Prinzip der Eigenvorsorge („Selbstsorge“ nach Ludwig Erhard) außer Kraft setzt, aus den Köpfen der Wirtschaftsbürger, in deren Rang das frühindustrielle Proletariat längst aufgestiegen ist, nicht alsbald hinausspaziert, dann haben wir es mit einer weiteren kontinentalen, eben deutschen Form des Irrtums des Sozialen zu tun, dessen wir uns zur Zeit schmerzlich bewußt werden.

## **Der deutsche Sonderfall – Blick zurück zu den Wurzeln**

Das deutsche Wirtschaftsdenken, das erstmals in Friedrich Lists „Nationales System der Politischen Oekonomie“, 1840, vorgelegen hat, zeigt uns, daß es seine Zeit brauchte, bis in einem deutschen Modell Wirtschaft und Soziales organisch verbunden wurden. Interessante Ansätze waren dabei die folgenden:

- (1) Die frühen Denker sprachen bewußt von Sozialökonomik statt von Nationalökonomie. Sie stellten diese Sozialökonomik in einen historisch-organischen Zusammenhang – ganz im Gegensatz zu den Angelsachsen, die eine Erwerbspsychologie des Rationalen (Homo oeconomicus) annehmen und diese angeblich durchgängige Verhaltensneigung als ewige Gesetzmäßigkeit ihrem Wirtschaftsdenken unterlegen.
- (2) Das deutsche Wirtschaftsdenken bekam erst spät im 19. Jahrhundert seinen Staat. Bis dahin mußte es sich mit einem Volks- und Kulturbegriff begnügen, mußte in parzellierten Wirtschaftseinheiten, die sich in einem vernationalen Zustand befanden, denken. Ein Zusammenwirken von Geist und materieller Tätigkeit war nur im Rahmen der Kulturturnation vorstellbar. Das Frankfurter Parlament von 1848 war die erste Versuchsstation für ein übergeordnetes, größeres Ganzes. Die Kulturturnation durfte kurzfristig Staat spielen. Bald war sie wieder mit sich allein.

Die Angelsachsen dagegen müssen in ihrem Konzept dafür sorgen, daß der Erwerbsgeist alle Individuen ergreift, oder man nimmt einfach hin, daß ein gehöriges Quantum Fußkranker und Faulpelze unter der Brücke landet. Letzteres ist der Augenschein.

Wir haben hier die Grunddifferenz zur deutschen Sozialromantik vorliegen – eine politische Kraft, auf der die Ältere Historische Schule der deutschen Nationalökonomie, einer Nationalökonomie ohne Nation (!), aufzubauen verstand. Wilhelm Roscher, Karl Knies, Bruno Hildebrand haben ihre Denkweise zum englischen Geist hin scharf abgegrenzt. Der einflußreichste war Wilhelm Roscher, der zur Armenfrage noch ein gesondertes Werk schrieb und herausstellte, daß ohne christlichen Hintergrund – ohne Herkunftsmächte, wie wir heute sagen – die Ökonomie ihren Auftrag, das besser Leben aller, nicht erfüllen kann. Eine Weisheit, die erst in unserer Gegenwart mit der Böckenförder'schen These wieder entdeckt wurde: Demokratie und freie Gesellschaft könnten nicht existieren, wenn ihre grundlegenden Verhaltensweisen nicht in vormodernen ethischen

Einstellungen gründen würden. Nach Alfred Müller-Armack ist ihnen die religiöse Herkunft noch anzusehen. Sie sind – wie Menschenwürde – Säkularisierungen dessen, was religiös begründet war und auch heute unverzichtbar ist.<sup>6</sup>

Die moderne Gesellschaft kann sie benutzen, aber selbst nicht hervorbringen. Sie benutzt in schmarotzender Weise vorindustrielle Gefühle: das Pflichtgefühl und die Opferbereitschaft für die Familie, für Blutsverwandte, der Gemeinschaftsgeist und der Altruismus entstammen den Religionen. So gelangte *Treu und Glauben* als typisch vorindustrielle Tugend ins moderne Handelsgesetzbuch. Es braucht also Bereiche, die der privaten Kosten-Nutzen-Rechnung übergeordnet sind.

Bruno Hildebrand, neben Roscher einer der Bedeutendsten, schlug in dieselbe Kerbe. Er war Zögling in Schulpforta. Einer seiner Vorgänger dort war Johann Gottlieb Fichte und der lehrte schon, daß keiner das Recht habe, bloß für den eigenen Selbstgenuß zu arbeiten, denn eben durch die Arbeit der anderen, sei er das, was er darstelle. Der Mensch bedarf der Gesellschaft; sie setzt ein Kulturleben voraus. Es ist älter als die Politik und Politik selbst bleibt machtlos, wo es um geschichtlich gewordenen Gemeinschaftsgeist geht:

- Jeder muß das Unentbehrliche haben – das ist unveräußerliches Menschenrecht.
- „Der Mensch will arbeiten, aber nicht wie ein Lasttier, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt ... . Er will angstlos, mit Lust und mit Freudigkeit arbeiten und Zeit übrigbehalten, seinen Geist und ein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist. ...“<sup>7</sup>

Fichte verband damit das Recht auf Existenz mit der Pflicht zur Arbeit. Damit Arbeit möglich sei, müsse der Staat reglementierend in das Wirtschaftsleben eingreifen. Die Historische Schule übernahm den Staatsdirigismus, wie ihn Fichte vortrug, nicht. Sie übernahm aber sein Menschen- und Gesellschaftsbild. Das führte zwar weg vom „Fichte'schen Sozialismus“, dafür aber hin zu einer ethischen Schule der Nationalökonomie, nach der eine staatliche Fürsorge für die im Lebenskampf Bedrängten eine Selbstverständlichkeit sei. Bruno Hildebrand forderte 1848 als Abgeordneter zum Frankfurter Parlament Sozialreformen zur Minderung der Kluft zwischen arm und reich und einen Pflichtenkatalog zum Recht auf Besitz.

## Ethische Nationalökonomie

Nationalökonomie ist ihrem Wesen nach eine ethische Wissenschaft, wenn sie im Wirtschaftssubjekt den willensfreien Menschen sieht – einen Menschen, der die Welt im

---

<sup>6</sup> Alfred Müller-Armack: Genealogie der Wirtschaftsstile. Stuttgart 1944; derselbe: Das Jahrhundert ohne Gott. Regensburg-Münster 1948.

<sup>7</sup> Hans Gehrig: Schulpforta und das deutsche Geistesleben. Darmstadt 1943, S. 38 ff.

Gegensatz zur englischen Volkswirtschaftslehre, die nur den nach naturgesetzlicher Notwendigkeit wirtschaftenden Menschen kennt, willentlich prägt. Hinter dem angelsächsischen Privatinteresse walten ewige, unwandelbare Naturgesetze, wie *pleasure-seeking* und *pain-avoidance*, die anthropologische Konstanten alles Tuns seien.

Dem setzen die deutschen Historiker die Lehre von der Wandelbarkeit der Umstände und freien Motive des Wirtschaftslebens entgegen (Historischer Relativismus bei kulturellen Konstanten vormoderner Provenienz). Sie gehen damit sowohl gegenüber dem englischen Egoismus wie dem sozialistischen Kollektivismus gleichermaßen auf Distanz:

- Der Egoismus, heute wohlverstandenes Eigeninteresse genannt, wäre auch in der Summe (vgl. Mandevilles Bienenfabel) keinesfalls segensreich, sondern schädlich für das Gemeinwesen und verderblich für den Charakter des Wirtschaftssubjekts.
- Der Kollektivismus, wie der Sozialismus, wären eine Wahnidee und für den ethischen Nationalökonom unakzeptabel, weil seine Durchsetzung das Elend und Leid der Menschen nur vermehrte. Die Wirtschaft braucht den freien Menschen und dazu paßt auf keinen Fall ihre Reglementierung. Im Industrialismus und im technischen Fortschritt wohnen wohltätige Kräfte von weltgeschichtlicher Bedeutung. Sie sind dienlich, wenn es gilt, die unteren Schichten der Gesellschaft hochzuheben, aufsteigen zu lassen, um ein neues Leistungspotential zu erschließen.

Man sieht hier deutlich, wie die Wirtschaft einer geschlossenen Kulturkonzeption, einer sozialen Evolution dient. Die Idee, alle auf einem vorgezeichneten Weg mitzunehmen, trug auch seine Früchte. Die Deutschen waren die gebildetste Nation – der Analphabetismus war weit früher beseitigt als bei allen anderen Europäern.

Die ethische Nationalökonomie ist historisch gerichtet: Zustände sind im geschichtlichen Verlauf Gewordenes. Sie verfolgt daher die Menschheitsentwicklung in Wirtschaftsstufen – historische Methode und statistische Beobachtung wirken zusammen, Hildebrand wird Gründer der *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* und als Jenaer Professor richtet er in Thüringen die statistischen Ämter ein.

Höchst bedeutsam und bis heute fortwirkend ist das soziale Engagement und die enge Verbindung von der Wissenschaft mit der Sozialen Frage, die immer dringlicher wurde – vor allem die der Industriearbeiterfrage nach der Reichsgründung 1871. Die Ethiker trommelten ihre Gesinnungsgenossen, Gegner des Laissez-Faire-Liberalismus und des Marxismus, am 13. Juli 1872 in Halle zum *Kongreß für soziale Reform* zusammen. Hildebrand führte den Vorsitz: Es sollte das soziale Gewissen angesichts sozialer Schäden geschärft werden. Sozialpolitik habe die Aufgabe, bei Förderung des Wohlbefindens der Menschen die größtmögliche Blüte des Ganzen zu sichern. Noch im selben Jahr ging daraus der *Verein für Socialpolitik* hervor, der vom nächsten großen Sozialethiker Gustav von Schmoller jahrzehntelang geleitet wurde. Von ihren Gegnern wurden sie bald als Kathedersozialisten gehänselt, weil sie eine reine Professorengilde waren, allerdings

eine mit den besten Köpfen: Bruno Hildebrand, Gustav Schmoller, Max Weber, Werner Sombart, Paul Mombert, Lujo Brentano, Julius Wolf. Unter ihnen befand sich auch noch ein ehemaliger Pförtner Zögling, Hans von Scheel (Professor in Bern, späterer Direktor des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin), der 1871 eine *Theorie der sozialen Frage* erstellte. Sie handelte vom „Widerspruch der wirtschaftlichen Entwicklung mit dem allgemeinen Entwicklungsprinzip der Freiheit und Gleichheit“ und war somit eine Kritik am Marktmechanismus, der Konkurrenz und der Lösung der Arbeiterfrage.<sup>8</sup>

Joseph Schumpeter verdanken wir die folgende Zusammenfassung des Historismus, die den deutschen Wirtschaftsgeist plastisch hervortreten läßt:<sup>9</sup>

- (1) Da ist der schon genannte Gesichtspunkt der *Relativität*: Die Vorstellung allgemeingültiger Regeln der Wirtschaftspolitik kann es nicht geben, vielmehr entscheiden die Umstände über die Treffsicherheit einer Maßnahme.
- (2) Die Umstände sind nicht weniger als die Einheit des sozialen Lebens, der untrennbare Zusammenhang seiner Elemente: Nicht Zerpfücken, sondern *Erfassen der vollen Wirklichkeit*; sich lieber einmal im Uferlosen verirren, als den Hasen nicht ins Nachbarrevier verfolgen.
- (3) Der *Antirationalismus*: Der Historiker sieht nie klare, klarbewußte Motive von Handelnden. Unüberlegte, undiskutierbare Gebote und damit unlogische Impulse herrschen vor. Genau dieser Gesichtspunkt der Nationalökonomie macht sie anstatt zu einer theoretischen zu einer *ethischen Disziplin*.
- (4) Der *Entwicklungsgedanke*, dessen Intention heute für jedes Sozialdenken unverzichtbar ist. Dieser Blick geht auf Zustände und ihre Triebfedern zurück; wie sie ursprünglich von Karl Marx und Herbert Spencer formuliert wurden. (Kommunistisches Manifest bzw. die von Spencer entdeckte Differenzierung).
- (5) Der organische Gesichtspunkt: Nichts ist dem Historiker unsympathischer als die mechanistische Auffassung sozialer Dinge. An diesem Punkt soll keine Diskussion um Realobjekt oder Erkenntnisobjekt folgen. Wir kennen die Übertreibungen der biologischen Sichtweise auf soziale Dinge. Das Denken in Analogien mit organischen Körpern, das heute unter Rassismusverdacht steht, hat geholfen, die enge *Verzahnung aller Tätigkeiten* zu verstehen (bspw. Beschäftigung und Familienpolitik, Steuerpolitik und Alterssicherung, Zukunftsvertrauen und Investitionstätigkeit). Wäre es uns in den letzten Jahrzehnten nur gelungen, diese Beziehungen zu begreifen, hätte uns das vor Fehlleistungen und Illusionen bewahrt.

---

<sup>8</sup> Hans Gehrig, a. a. O., S. 86.

<sup>9</sup> Joseph Schumpeter: Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte, in: Grundriß der Sozialökonomik (I. Abtlg., 1. Teil). Tübingen 1924 (2. Auflg.), S. 110 ff.

- (6) Stark normativ ausgerichtet sind *Recht und Pflicht* Teil des Handelns. Der englische Utilitarismus eines Bentham (Ziel ist das größte Glück der größten Zahl) hätte den deutsche Pflichtpathos nicht verstanden. Da gibt es keine kant'schen Maximen, nur den appetitus der Akquisition. Es war das antiwestliche Deutsche, mit dem etliche Soldaten des Ersten Weltkrieges auszogen: mit Goethes Faust und Nietzsches Zarathustra im Tornister.

### **Subjektivismus contra Historismus (Methoden- und Werturteilsstreit)**

Es konnte nicht ausbleiben, daß gegen diesen Historismus bald eine Rebellion im Gange war. Der Gegenschlag wurde von Wien geführt. Der dortige Ordinarius Carl Menger problematisierte die ganzheitliche Sicht von Wirtschaft, Gesellschaft und Entwicklung. Die neukantianische Philosophie hatte sie noch gestärkt, indem sie zwischen zu erklärenden Tatsachen (analytische Methode der Naturwissenschaften) und zu verstehenden Ereignissen (kulturverstehende Methode) einen klaren Trennstrich zog, und die Historiker mit einer verwertbaren Geschichtstheorie des Sozialen ausstattete. Die stürmische Vorwärtsentwicklung des Kaiserreichs lief bald der gemächlichen Geschichtszählung vor und nach 1848 davon. Der Begriff einer ethischen Nationalökonomie initiierte die Debatte um *Sein* und *Sollen* und führte zum Werturteilsstreit: Wissenschaft und Wünschenswertes gehörten völlig getrennten Seins-Sphären an. Die Trennung von Wissenschaft und Politik gilt bis heute – vermischen sich beide, gehen sie aneinander zu Grunde. Max Weber begründete darauf seinen Begriff von Objektivität in den Sozialwissenschaften und Werner Sombart seine Trennung von theoretischer und richtender Nationalökonomie.

Der Schlag gegen den Historismus lag sicher auch in der industriellen Entwicklung selbst begründet. Das Individuum – das Wirtschaftssubjekt – wird Gegenstand der Ökonomie, seine Befindlichkeit rückt ins Bild und nicht nur das, was es äußerlich schafft. Die Mini-Max-Kombination von Nutzen und Kosten als Triebrepräsentanz des homo oeconomicus feiert als Grenznutzenlehre eine Auferstehung.<sup>10</sup> Es ist gewiß der Aufstieg des Individuums, des Wirtschaftsbürgers, der aus der historischen Kulisse austritt und dem Theorie- und Gesetzeshunger nun diene. Zwischen Berlin (Schmoller) und Wien (Menger) gehen grobe Briefe hin und her. Schmoller kritisiert, daß Abstraktionen ums Individuum, „... schemenhafte Phantome und geträumte Robinsonaden“ keineswegs zu wissenschaftlichen Wahrheiten würden. Robinsonade hieß die Karikatur auf das allein mit sich beschäftigte und herumrechnende Wirtschaftssubjekt. Die Marxisten

---

<sup>10</sup> Als ihr Erfinder gilt Heinrich Gossen, nach Sombart ein „genialer Idiot“. (Werner Sombart: Die drei Nationalökonomien. Berlin 1930).

sprachen sogar von der Rentnerökonomie (Nikolai Bucharin) oder der Ökonomie des Spießers (Georg Lukács).

Der ökonomische Subjektivismus der Wiener haftete dem akademischen Geist lange an, weil sie ihn wie die Angelsachsen mit ihrer naturalistischen Psychologie wissenschaftlich erklären konnten. Die Idee der Sättigung und der Indifferenzkurven scheint jedoch direkt den Rattenkäfigen entnommen. Es sind die Werke von Mengers Kollegen (Böhm-Bawerk, Friedrich von Wieser) zu Wirtschaftsmacht und staatlicher Ordnung. Doch ließen sie alle die soziale Frage außen vor. Gustav Schmoller blieb demgegenüber unbeirrter Sozialpolitiker:

„Wir verlangen vom Staat – einen immer größeren Teil unseres Volkes zur Teilnahme an allen höheren Gütern der Kultur, an Bildung und Wohlstand zu berufen.“<sup>11</sup>

In diesem Sinne gehört die *soziale Versicherung* nicht mehr in den Bereich der Armenfürsorge, sondern müsse als öffentlich-rechtliche *Hilfscassenzwang* der Erziehung zur Selbstverantwortlichkeit und Geldwirtschaft dienen. Wir entdecken schon bei Wilhelm Roscher den gleichen Gedanken. Er hielt wahre Bildung und Bildung des Charakters für

„... das einzige und wirkliche Vorbeugungs- und Heilmittel der socialen Noth.“<sup>12</sup>

Wie sieht nun die österreichische Grenznutzenschule zum Sozialen aus? Ich greife hier aus der zweiten Generation der österreichischen Schule, den zum Universalgelehrten mutierten *Friedrich von Hayek* (1889-1992) heraus, der alle namhaften Professorenstellen besetzte: Cambridge (unter Keynes, der dann sein Widersacher wurde), London School of Economics, Chicago, ohne Chicago-Boy wie Milton Friedman oder Gary Becker zu werden, um schließlich den Lehrstuhl von Walter Eucken in Freiburg zu übernehmen. Sein Werk ist gigantisch breit, er machte Ausflüge in die Nachbarwissenschaften (Psychologie, Sozialphilosophie und Evolutionstheorie), wie man es nur den ganzheitlichen Historikern zutraut. Hier leistet er sogar eine Art Re-Historisierung des geschichtslosen Ökonomismus.

Von Hayek enttäuscht allerdings jeden, der in ihm nur den Neo-Liberalen sehen will. Er ist für Fürsorge und Unterstützung derjenigen, die nicht mitkommen, aber nur in einer freien Marktgesellschaft, denn sie allein macht eine solche Unterstützung dauerhaft möglich. Eine Theorie der Freiheit und Gerechtigkeit, die ihren ethischen Gehalt in einer Absage an Ethik findet. Nach von Hayek kann nur menschliches Verhalten (wie Preisabsprachen in einem Marktsystem) und seine Folgen in Organisation und Staat als gerecht oder ungerecht bezeichnet werden. Ungültig wäre die Anwendung eines Ge-

---

11 Vgl. *Erich Schneider*: Einführung in die Wirtschaftstheorie, IV. Teil, ausgewählte Kapitel der Geschichte der Wirtschaftstheorie, Bd. 1. Tübingen 1962, S. 299.

12 Vgl. *Birger P. Priddat*: Die andere Ökonomie – Eine neue Einschätzung von Gustav Schmollers Versuch einer ethisch-historischen Nationalökonomie im 19. Jahrhundert. Marburg 1995, S. 219.

rechtheitsurteils auf sogenannte spontane, erweiterte Ordnungen (z. B. Marktwirtschaft), denn dort waltet kein einzelner Wille, da gibt es kein beabsichtigtes Ziel!

Es sei bei Antikapitalisten und Antiglobalisten Mode geworden, den Marktmechanismus verantwortlich zu machen, daß er soziale Gerechtigkeit als *Verteilungsgerechtigkeit* zwischen arm und reich nicht herstellt. Gerechtigkeit heißt, alle nach den selben Regeln zu behandeln und heißt nicht, sich um erwünschte Ergebnisse zu kümmern, die durch eine Handlung hervorgerufen werden. Demokratie darf nicht mehr sein als eine Verhaltensregel und keine gerechten Verteilungsergebnisse durchsetzen wollen, weil Individuen und Gruppen dann auf einem erkennbaren Schema der Verteilungsgerechtigkeit der Regierung bestehen. Wenn sich Staat und Regierung darauf einlassen, müssen sie die Standpunkte der Individuen und Gruppen ihrer Kontrolle unterwerfen, was in totale Staatsmacht mündet. Da in einer freien Marktwirtschaft jeder seine Tätigkeit frei wählen und sein Wissen dafür einsetzen kann, hat niemand die Macht oder die Pflicht, erwünschte Ergebnisse einer Wirtschaftstätigkeit durchzusetzen.

Das Soziale wird nur dann möglich, wenn es von der Konstruktion der freien Gesellschaft ferngehalten und der freien kulturellen Evolution überlassen wird und wenn keine Eingriffe von außen bzw. von oben erfolgen, sei es durch

- (1) eine totalitäre Avantgarde – im Sinne des Naturrechts (Humanismus) oder
- (2) durch willentliche Konstruktion eines menschlichen Geistes – im Sinne totaler Vernunft (Kommunismus).

Humanismus und Kommunismus, beide im oben genannten Sinn angewandt, fundieren eine intellektuelle Priesterherrschaft und folglich das Ende der Freiheit.<sup>13</sup>

## Soziale Marktwirtschaft – Gestern wie heute?

Im Jahre 1944 schlich Ludwig Erhard zu Carl Friedrich Goerdeler, Reichspreiskommis­sar und Oberbürgermeister von Leipzig, mit einer Tasche voller Denkschriften für die Zeit nach dem Nationalsozialismus. Der später noch hingerichtete Goerdeler beschwor Erhard, die Schriftstücke sofort verschwinden zu lassen. Ein Kenner des Vorgangs (Wilfried Böhm, MdB a. D.), nach dem Inhalt befragt, sagte: „Diese Denkschriften waren reine deutsche Historische Schule“.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> *Friedrich August von Hayek*: Der Weg zur Knechtschaft (urspr. 1944), soll Margret Thatcher die Augen geöffnet haben; *Hardy Bouillon*: Ordnung, Evolution und Erkenntnis. Hayeks Sozialphilosophie und ihre erkenntnistheoretische Grundlage. Walter Eucken Institut, Freiburg, Bd. 28. Tübingen 1991.

<sup>14</sup> Nach Gustav Schmoller, der noch ein großes Werk, betitelt Die soziale Frage, hinterließ. *Gustav Schmoller*: Die soziale Frage – Klassenbildung, Arbeiterfrage, Klassenkampf. München 1918.

Nach 1945 ist die Saat aufgegangen: Unternehmer arbeiten für Arbeitnehmer und Arbeitnehmer für Unternehmer – während die „westlichen“ Ökonomen Klassenkampf propagierten und Streikkultur in England (Labor I), Italien und Frankreich erzeugten.

Ein Blick auf die Misere der Gegenwart zeigt uns, daß wir nicht aus unserer Haut können und noch weniger aus der Haut, unserer zweiten Natur, fahren sollten. Für Ludwig Erhard lag das Soziale gleich auf mit der wirtschaftlichen Dynamik – im Fokus das Sozialstaatsgebot, nicht die Armutsbekämpfung. Aus unserer heutigen Perspektive ergibt sich stringenterweise die Problematik der adäquaten Organisationsform, um der demographischen Entwicklung, des zunehmenden gesellschaftlichen Alterungsprozesses entgegen zu treten.

Erschwerend wirkt sich zudem die nachfolgende organisationale Verschiebung aus, da sie die Komplexität erhöht. Von der überschaubaren Existenzsicherung der Großfamilie, deren Grundlage für ihre Dauerhaftigkeit in der ausreichenden Anzahl überlebender Kinder bestand, ausgehend, sprechen wir heute von der individuellen Wohlstandsoptimierung. Maximale Vermeidung von langfristigen Verpflichtungen, weil unter deren Zwängen die eigene Wohlstandssicherung leidet, charakterisieren dieses egozentrische Optimierungskalkül (individuelle Flexibilisierung). Der Liberalismus stand immer am Scheidewege: soll er einem parasitären Individualismus freien Lauf lassen in der Hoffnung, daß er sich in der Summe hinterrücks lohnt oder soll er sich im Sinne von Müller-Armack, Wilhelm Röpke und Ludwig Erhard als Wirtschaftsmodell begreifen, das zur Freiheit erzieht – und nicht bloß Freiheit verspricht – sich in der Kunst übt, Leistungsprinzip und Solidargemeinschaft und gleich hohem Stand zu halten. Nur so realisieren sich Menschenwürde und sozialgebundene Existenz.<sup>15</sup>

Die Aufmerksamkeit, die von Hayek in seinen letzten Lebensjahren genoß, und ihm 1985 den Hanns Martin Schleyer-Preis brachte, kam und kommt bis heute vom Überziehen des Sozialen in der Marktwirtschaft. Die Diagnose trifft sich mit der Feststellung des großen Sozialpolitikers Oswald von Nell-Breuning, daß der erste Grundsatz der Sozialpolitik die Anerkennung der wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten sei. Nur so ist Menschenwürde zu wahren, der Irrtum des Sozialen zu vermeiden und Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.

---

<sup>15</sup> *Alfred Müller-Armack*: Diagnose unserer Gegenwart. Gütersloh 1949; *Wilhelm Röpke*: Das Kulturideal des Liberalismus. Frankfurt/M. 1947.

## Was macht Ökonomie so grausam?

*Prof. Dr. Rudolf Hickel\**

Als ich zusammen mit Herrn Prof. Jan Prieue das Buch *Preis der Einheit* schrieb, welches 1991 veröffentlicht wurde, war ich sehr erstaunt, daß es auch ins Koreanische übersetzt wurde. Ich wußte nie warum, weil sich das Einigungsproblem in Korea völlig anders darstellt. Von diesen Irrungen einmal abgesehen, war ich schon damals davon überzeugt, daß Ostdeutschland dringend ein wirtschaftswissenschaftliches Institut benötigt – insbesondere unter den gegebenen politischen Konstellationen. Das IWH in Halle hat nunmehr seit 1992 seine Arbeit aufgenommen, was ich als eine ganz, ganz große und wichtige konstitutive Entscheidung empfand und empfinde. Bei einem Blick auf die komparativen Vorteile der in Deutschland vorhandenen Wirtschaftsinstitute, gelangt man schnell zu der Feststellung: Wer in irgendeiner Art und Weise über die ostdeutsche Wirtschaft und Sozialentwicklung forscht, der kommt an Ihrem Institut nicht vorbei.

Kein Entrinnen gab es auch für Mankiw, dem Berater des US-Präsidenten Georg W. Bush, als er sich im letzten Jahr der provokanten These, ob die Freihandelstheorie noch applikativ sei, seines Lehrers Samuelson gegenüber sah. Samuelson provozierte die amerikanische Öffentlichkeit, es muß angemerkt werden, nicht nur die amerikanische, indem er die These vertrat, die ich für völlig richtig halte, daß die Freihandelstheorie ein interessantes, theoretisch-intellektuelles Phänomen ist, aber mit der Erklärung der realen Prozesse unter dem Regime der Globalisierung wenig gemein hat. Die darauf einsetzende erbitterte Diskussion schätze ich sehr an der amerikanischen Ökonomik – das wünsche ich mir auch ein bißchen in Deutschland. Deshalb freue ich mich, daß Sie, Herr Prof. Blum und Herr Prof. Oberreuter, mit der Organisation dieser Veranstaltung dazu beitragen, den Geist einer verbesserten deutschen Streitkultur, eines diskursiven Betreibens von Wissenschaft wieder beleben wollen. Der Status quo der Nationalökonomie in Deutschland ist leider vom Elend der Abschottung gekennzeichnet – der Abschottung nach dem Kastendenken der jeweiligen Ökonomik-Schulen. Lassen Sie mich diesen Umstand etwas salopp und überspitzt formuliert Ihnen näher bringen: Wenn der Bofinger was zum besten gibt, kann es nur von einem Idioten stammen, da er das Sakrileg begeht, das Wort Nachfrage in den Mund zu nehmen. Sagt der Hickel was, dann ist es irgendwie marxologisch verbrämt – ebenfalls hochgradig gefährlich! Spricht die gelehrte Öffentlichkeit von der Rettung des Abendlandes, befindet man sich unweigerlich auf *Sinn*-haften Spuren. Sie sehen, in Deutschland gibt es keine echte Konfrontation der Schulbildung, was ich sehr bedauere, um so mehr bin ich erfreut darüber, daß Sie hier in den Versuch unternehmen, unter der zentralen Frage nach einer menschenwürdigen Wirtschaftsordnung die gängigen Denkwelten zusammenzubringen, wozu ich mit mei-

---

\* Direktor des Europäischen Instituts für Wirtschaft, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

nem Thema – „Ist die Ökonomie grausam?“ – was selbstredend provokant formuliert ist, einen interessanten Beitrag leisten möchte.

Beim Lesen meiner Themenwahl könnte man natürlich sofort fragen: Ist die Ökonomie vielleicht doch nicht so grausam, ist demgegenüber die Politik eher grausamer? Was ist das für eine Kategorisierung? Die Frage ist natürlich, wie bewerten wir Ökonomie? Meine These ist, daß Ökonomie aus sich heraus zu Grausamkeiten neigt, aber dieser Umstand selbstverständlich keinen Anlaß gibt, sie abzuschaffen, sondern eher den unweigerlichen Versuch initiiert, sie einigermaßen in einen humanitären Alltag einzubetten. Bei diesem Gedankengang fiel mir unweigerlich der Bestseller von Vivian Forrester, *Der Terror der Ökonomie*, ein. In diesem spuckt uns die großartige, alte, französische Dame in die Suppe der Ökonomie, obwohl sie in ihrer „Gouvernante Babett“ oftmals ökonomischen Nonsense begeht. Aus dem Buch habe ich einige prägnante Charakterisierungen von Ökonomie, oder besser: vernichtende Bewertungen, herausgefiltert, um diese im Kontext unseres Themas zu diskutieren:

- Die Ökonomie ist grausam. Genauer gesagt, ist die kapitalistische Ökonomie wegen der Gleichgültigkeiten gegenüber den bekannten Fehlentwicklungen grausam,
- Ökonomie ist nicht nur ungerecht –, sondern auf grausamer Weise – auch noch absurd,
- sie ist herzlos, wegen erzeugter Gleichgültigkeit gegenüber sozialer Not,
- sie ist ein Schwindel, sie produziert Grausamkeit durch ein schwindelerregendes soziales Gefälle,
- sie ist gnadenlos brutal gegenüber der Natur,
- sie ist unmoralisch, weil Unternehmen für Fehlleistung nicht nur nicht bestraft, sondern noch honoriert werden.
- sie ist perspektivlos für die Jugend und
- sie ist auch, obwohl ich dieses Bild leider nicht verstehe, gefühllos.

Ich weiß nicht, was ihr bei letztgenanntem eingefallen ist, denn die Straße ist weniger gefühllos als die Ökonomie. Man sieht also in dieser Litanei von Grausamkeiten, daß wir im Grunde gar nicht über dieses Thema zu reden brauchen, wir müssen vielmehr sofort dazu übergehen, über einen alternativen Entwurf der Ökonomie nachzudenken. Einen Entwurf, der nicht grausam ist, der nicht die Natur brutal unterdrückt bzw. ausbeutet. Also das, was wir benötigen, ist ein Konzept – im Grunde genommen ein Leitbild – für die Wirtschaftsordnung. Diesbezüglich müssen wir uns die Fragen stellen, was die gesellschaftlichen Ziele sind und unter welchen institutionellen Bedingungen sich diese gesellschaftliche Ziele organisieren lassen.

Dabei steht insbesondere die Zukunftsfähigkeit der Ökonomie-Systeme im Vordergrund. Wenn heute über die Zukunftsfähigkeit der Ökonomie debattiert wird, dann wünsche ich mir, daß die Umwelt, vor allem unter generativen Aspekten, als die entschei-

dende Basis der Lebensweise und Lebensbedingungen der künftigen Generationen, mehr Berücksichtigung findet.

Ich interpretiere nunmehr mein Thema des Referates in der Art, daß ich „Grausamkeit“ in ökonomische Fragestellungen transformiere:

- (1) Was nutzt, was taugt ein so geartetes kapitalistisches Wirtschaftssystem?
- (2) Was sind immanente endogene Fehlentwicklungen bzw. was sind Defizite, die ein solches System produziert?
- (3) Wie kann man ordnungspolitisch vernünftig mit der Kompensation bzw. der Überwindung von solchen Defiziten umgehen?

Marktwirtschaften haben hervorragendes Effizienzpotential. Sie sind Systeme, mit denen soziale Effizienz generiert werden kann. Es ist übrigens Karl Marx gewesen, ein Umstand, den viele bei der Lektüre der marx'schen Werke nicht sehen oder sehen wollten, der von der zivilisatorischen Kraft des Kapitalismus redete. Gleichzeitig sprach er aber auch von der destruktiven Kraft. Wichtig an dieser Stelle ist jedoch die zivilisatorische Kraft, um dann die Frage zu stellen, wo die Fehlentwicklungen liegen.

Das Basisinstitut einer (kapitalistischen) Marktwirtschaft ist im Grunde genommen das privatwirtschaftliche Eigentum. Wir wissen in der Ökonomie, daß Eigentum an sich nicht entscheidend ist, von Relevanz ist das Verfügungsrecht. Die angesprochene Unterscheidung fußt auf der Theorie der Property Rights. Die Basis einer Privatwirtschaft ist damit das private Eigentum mit soweit wie möglich definierten und ausgeprägten Verfügungsrechten, die fungibel sind und auf der Grundlage der angenommenen freien Preisbildung via Angebot und Nachfrage entsprechend bewertet werden.

Entscheidend sind jedoch noch zwei andere Fakten, die leider oftmals völlig übersehen werden. Wenn Sie sich die neoklassische Debatte anschauen, wenn Sie sich das Buch von Herrn Sinn zu Gemüte führen – über den „Untergang des Abendlandes“, vor allem Deutschlands –, dann geraten Sie zu der Feststellung, es kommt nicht ein einziges Mal das Problem der ökonomischen Machtbildung, der ökonomischen Konzentration und der damit einhergehenden tendenziellen Aushebelung von Wettbewerbsbedingungen vor. Des weiteren bleibt zumeist die notwendige Kritik über Mißmanagement außen vor, deren aktuelle Beispiele zu einer Art von Geburtsstunde der ethischen Reinkarnation der Wirtschaft beitragen. Von daher ist es wichtig, daß wir sehen, daß unser gängiges Wettbewerbsmodell immer als ein System ohne ökonomische Machtzusammenballung, ohne ökonomische Konzentrationen konzipiert ist, und das im Grunde genommen, die einzelnen Unternehmensakteure Mengenanpasser darstellen, die ihre ökonomischen Handlungsweisen am Preis, der sich quasi hinter ihrem Rücken am Markt herausbildet, anpassen.

Die Annahmen der zu Grunde liegenden Gleichgewichtstheorie sind allseits bekannt, unter anderen:

- (1) vollständige Informationen,
- (2) ökonomisches Handeln ist nur im Gleichgewicht möglich,
- (3) die unendlich schnelle Anpassungsgeschwindigkeit bzw. Preisreagibilität und
- (4) unbeschränkte Faktormobilität.

Im übrigen werden diese Modelle heute nur noch selten gelehrt, weil wir Ökonomen diese Disziplin an die Mathematiker übergeben haben, da wir das alleine nicht mehr beherrschen. Trotzdem sei an dieser Stelle nochmals an die Klassiker Wallras, Pareto und Samuelson erinnert. Letzterer verfaßte das berühmte „Economics“, eins der besten Lehrbücher, das 2004 erfreulicherweise zum wiederholten Male neu aufgelegt wurde. Und der zweite Klassiker, seine „Foundation of Economics“, das im Grunde genommen zeigt, wie ein Wettbewerbssystem optimal funktioniert.

Wenn man den vornehmen ökonomischen Sprachgebrauch der letztgenannten Annahme etwas detaillierter betrachtet, dann bedeutet diese vor allem Mobilität des so genannten Faktors Arbeitskraft. Und aus dieser beispielhaften Perspektive entstehen aus den Modellen der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie durchaus Grausamkeiten.

Bei einer voreiligen Interpretation meines bisherigen Vortrages könnten Sie nun zu dem Schluß gelangen, daß was ich Ihnen versuche zu suggerieren, wäre im Grunde genommen eine Art von Glasperlenspiel bzw. ein Beispiel von Modellschreinerei, da die realitätsfernen Annahmen der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie unsere existierende Welt nicht tangieren. Aber wir haben bereits gestern bei der Debatte über den homo oeconomicus bemerkt, dieses Modell des vollkommenen Wettbewerbs ist die Folie der heutigen Neoklassik – also insoweit hochrelevant. Lassen Sie mich einen aktuellen Bezug herstellen, wenn Sie sich z. B. die Zeit gönnen, in eine Bundestagsdebatte – beispielsweise über die Ursachen der Arbeitslosigkeit – hineinzuhören, vorausgesetzt es findet überhaupt eine Form von Debatte statt, entdecken Sie sehr schnell, daß zur Erklärung der Arbeitslosigkeit vor allem neoklassische Bilder in den Raum geworfen werden. Unter anderem können Sie Schlagwörter, wie „Preisflexibilität“, oder Phrasen, wie „Angebot und Nachfrage regeln den Preis“, vernehmen. Was nichts anderes bedeutet als, daß Arbeitsmärkte eine identische Behandlung wie Gütermärkte erfahren.

Bei eventueller Kritik an der derzeitigen ökonomischen Entwicklung hören Sie gleichzeitig etwas von „Entfesselung der Marktkräfte“ oder von „Privatisierung öffentlicher Aufgaben“. Was ich Ihnen damit sagen möchte, ist die Tatsache, daß die abstrakte Allgemeine Gleichgewichtstheorie – über den Umweg der Neoklassik – sehr stark das Denken beherrscht. Deshalb will ich Ihnen schrittweise zeigen (bzw. dies versuchen), was

an diesem Modell nicht funktioniert und was daraus resultiert, wenn man die Diskfunktionalität bzw. die Defizite nicht thematisiert.

Eine Anmerkung muß ich aber noch vorab treffen. Wenn man von Grausamkeit in der Ökonomie redet, neigt man sehr stark dazu, sich auf die sozialen Auswirkungen zu konzentrieren: Welche soziale Bedeutung besitzt es für Rentner und Rentnerinnen oder für Beschäftigte im Niedriglohnsektor und vieles mehr. Wir müssen uns jedoch vergegenwärtigen, daß das ökonomische System des Wettbewerbsmodells in sich schon Kräfte besitzt, die zu Ineffizienzen führen. Mit der Folge, daß das optimal Erreichbare, da spielt etwas Keynesianismus eine Rolle, unmöglich wird, was ich Ihnen versuchen werde, mit meinem folgenden Diskurs über die Allgemeine Gleichgewichtstheorie, deren Annahmen und systemimmanenten Schwächen, zu erörtern:

### ***Erster Punkt***

Die Aufhebung der Thesen von der *vollkommenen Konkurrenz* läßt im Grunde genommen das Modell in sich zusammenbrechen. Wenn wir von der Realität ausgehen, vom Phänomen der asymmetrischen Informationsverteilung sprechen und uns dem Thema der Informationsgewinnung und Informationskosten unter Moral Hazard widmen, sehen wir sehr schnell, daß der Markt um die in der Realität vorkommenden Informationsdefizite ergänzt werden muß. Die Nobelpreisesträger George A. Akerlof, A. Michael Spence und Joseph Stiglitz lösten in ihren Arbeiten diese Funktionsstörungen der Märkte. Die drei Ökonomen zeigten die unterschiedliche Verteilung von Informationen, aus denen ökonomische Machtpositionen entstehen und letztlich Marktversagen resultiert. Das klassische Beispiel beschreibt die sogenannte Zitronenökonomie: Der Anbieter eines Gebrauchtwagens kennt den PKW genau, während der Käufer unter unzureichender Information entscheiden muß. Streng genommen dürfte es daher einen Gebrauchtwagenmarkt eigentlich nicht geben. Aber eine Lösung wird angeboten: Durch das rechtliche Arrangement einer Garantie für den Gebrauchtwagen wird das Dilemma überwunden.

### ***Zweiter Punkt***

Die Preise reagieren in der Realität nicht so schnell, wie das Modell annimmt. Und wenn wir nur ein einziges Mal in dem System des vollkommenen Wettbewerbs unterstellen, daß Preise fix sind, daß sie nicht sofort reagieren, liefert dieser reale Effekt zugleich die theoretische Begründung des keynesianischen Systems, da Mengenumgleichgewichte entstehen. Trotzdem können wir dann in einer Welt leben, die von makroökonomischer Stabilität gekennzeichnet ist – aber dann (leider) bei Unterbeschäftigung und Unterauslastung der Produktionsmöglichkeiten. Es handelt sich demnach um eine ineffiziente Ökonomie. Die unterstellte *imperfekte Reagibilität* von Preisen, die Nachfrage- oder Angebotsüberhänge zur Folge hat, kulminiert in einer Kollektivillusion über die vermeintlichen Produktionsmöglichkeiten: Die einzelwirtschaftenden Akteure wähen ihre ökonomischen Aktivitäten am Limit.

### *Dritter Punkt*

Dieser ist ganz entscheidend, denn es betrifft ein uns allen bekanntes Alltagsproblem mit weitreichenden makroökonomischen Folgen.

Ich bin der Meinung, daß wir, die Ökonomen, und die gesamte Ökonomie sich in einer tiefen Krise befinden, die nicht durch mangelnde Denkfähigkeit der Ökonominen und Ökonomen verschuldet worden ist, sondern die etwas mit den fundamentalen Realitäten des Systems zu tun haben, die uns immer mehr Schwierigkeiten bereiten, ökonomische Theorien aufzustellen. Das ist das Phänomen der *Unsicherheit* und die daraus folgende Instabilität. Unsicherheit in dem Sinne, so wie es John Maynard Keynes einmal in einem kleinen Aufsatz geschrieben hat, nämlich:

„Die Unsicherheit ist so, daß sie nicht einmal mehr mathematisch mit Wahrscheinlichkeiten kalkulierbar ist.“

Wenn Sie sich heute die Finanzwelt anschauen, exakter formuliert, die Instabilität in der Finanzwelt, dann sehen Sie sehr genau die Bedeutung von Spekulation. Wenn Sie die Spekulationskasse bei Keynes zu Rate ziehen und nach den Bedingungen fragen, wann wir Geld halten, wann wir Bonds kaufen sollen, dann läßt sich festhalten, daß praktisch keine diesbezügliche Theoriebildung mehr möglich ist. Das Spekulative, das nicht mehr Kalkulierbare mutiert zu der wesentlichen Herausforderung unseres Systems. Ein Fazit, welches ich Ihnen hier ungern präsentiere, weil es meinen Job weitaus schwieriger gestaltet.

Wir kommen auf Grund dieser, aus der Unsicherheit resultierenden Instabilitäten und dem dieses Phänomen phalanxierenden Bedeutungsgewinn von Spekulationen in immer größere Schwierigkeiten, ökonomische Gesetzmäßigkeiten aufzustellen. Wir leben alle in der täglichen Kontroverse, Gesetze über die Preisbildung an Märkten, über die Preisbildung an Finanzmärkten u. v. m. aufzustellen, müssen jedoch ernüchert resümieren, daß der Determinismus, den wir u. a. gebrauchen: Senke den Zinssatz, dann steigen die Investitionen, seine Stringenz verloren hat. Die Investitionen steigen eben nicht, weil viele Marktakteure Unwägbarkeiten und Unsicherheiten eingehen.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals unterstreichen, daß die Problematik Ökonomie unter Unsicherheit eine große Herausforderung an die ökonomische Theoriebildung darstellt, weil wir gelegentlich mit unseren Aussagen in arroganter Weise in sehr unsichere Fahrwasser geraten, zumal wir derzeit noch nicht in der Lage sind, drei Preise zu erklären.<sup>1</sup>

Das sind erstens die Wechselkurse. Alles was wir an Wechselkurstheorie aufstellten, besitzt nur noch einen geringen Erklärungsgehalt für die Instabilität bzw. die Volatilität.

---

<sup>1</sup> Wer Ihnen sagt, er kann sie erklären, dem hören Sie genau zu.

Bspw. würde die Anwendung der Theorie der Fundamentaldaten auf die US-Ökonomie, eine starke Abwertungsdynamik des amerikanischen Dollars implizieren – er tut es aber nicht, weil es offensichtlich Gegenbewegungen gibt, aus welchen Motiven heraus auch immer. Die zweite Preisnotierung, die wir mit unseren derzeitigen Erklärungsmustern nicht nachvollziehen können, sind die der (Kapitalmarkt-)Zinssätze, da im wesentlichen künftige und damit unsichere Erwartungen den Preisbildungsmechanismus der Kapitalmärkte prägen. Die dritte „Unbekannte“, die auch einige unter uns kennenlernten, als sie dachten, die Profiteure des Aktienbooms des beginnenden neuen Jahrtausends zu sein, aber später mit dem Verliererstatus vorlieb nehmen mußten, sind die Aktienkurse.

Dieses Themengebiet möchte ich mit einem Bild von Keynes, welches sich in der Diskussion um ihn herausbildete und welches ich heute für sehr wichtig erachte, abschließen: dem Bild vom kaleidoskopischen Keynesianismus. Wenn Sie hier auf den Jahrmarkt gehen und sich ein Kaleidoskop kaufen, dann können Sie am besten sehen, was die ökonomische Gesetzmäßigkeit bzw. Nichtgesetzmäßigkeit bedeutet. Sie schauen in das Kaleidoskop, Ihnen offenbart sich ein wunderschönes Bild, geben Sie jedoch dem Kaleidoskop einen exogenen Schock in der Form, daß Sie mit dem Daumen dagegen schlagen, ändert sich sofort das Bild, und jetzt kommt das spannende ökonomische Problem: Wer ist in der Lage, Ihnen genau zu erklären, wie Sie von einem Bild zu dem anderen Bild kommen? Wir kennen nur noch die Maserung des Systems und das finde ich, ist eine ganz wichtige Botschaft an alle ökonomisch Gelehrten.

#### ***Vierter Punkt***

Mit Punkt vier sind wir wieder zurück auf dem Boden der Diskussion, jedenfalls auf dem, der aktuell diskutiert wird. Marktsystemen bzw. Marktpreissystemen haftet immer, nicht weil sie bössartig sind, sondern aus ihrer inneren konzeptionellen Logik heraus, das Problem der *Kurzfristigkeit* an. Die Crux vom Deutsche-Bank-Vorstandsvorsitzenden Josef Ackermann und von vielen anderen Unternehmensvorständen ist, daß sie sich in der Orientierung des Unternehmensziels immer stark temporär aufstellen. Und im System greift jetzt eine tiefgreifende Veränderung, die ich sehr ernst nehme und gleichzeitig für falsch halte: Die Tendenz zur Unternehmenspolitik durch die Shareholder. Die Shareholder sind nicht süße, kleine Volksaktionäre, sondern große Pensionsfonds, die unter größtem Druck stehen, Renditen zu erzielen, wodurch das System kurzfristig und kurzatmig lebt.

Marktpreissysteme sind, und das ist eine Neuentwicklung, die sich verschärft hat, sehr stark kurzfristig ausgerichtet und demzufolge nicht in der Lage langfristige Perspektiven zur Substanzsicherung eines Unternehmens zu ermöglichen. Stellt sich somit die Frage, wie wir einem solchen ökonomischen System – unter den allgegenwärtigen massiven Zwängen – wieder ein Stück mittelfristige Perspektive hinsichtlich von Standortsicherung, und Stärkung des Unternehmens einhauchen.

An dieser Stelle sei trotzdem angemerkt, daß Hedgefonds und private-equity-Fonds auch segenreiche Arbeit abliefern, aber wir haben eine neue Wendung im System, eine neue

Drehung in der Beschleunigung. Das Bild des Turbo-Kapitalismus – in Anlehnung an das berühmte Werk von Luttwak – ist insofern richtig, daß der Maschinerie Kapitalismus in Form der sehr kurzfristig, spekulativ ausgerichteten private-equity-Fonds ein neuer Turbo eingebaut worden ist. Ein klassisches deutsches Beispiel liefert Grohe, das in der Zwischenzeit Gefahr läuft, in den Fittichen der beiden private-equity-Gesellschaften zu erodieren, da das Spekulationskapital zunehmend die ureigentliche Wertschöpfungsentwicklung bestimmt.

Einer der Wenigen, der diese große Fehlentwicklung erkannt hat, ist Allan Greenspan. Vor einigen Woche war in der Welt ein Artikel zu lesen, in dem er mit den Worten zitiert wurde:

„Leute, Leute, laßt das nicht zu! Wir brauchen in dem Bereich, um im Markt das System nicht zu gefährden, erheblich mehr an Regulierung.“

Eine Forderung, die z. Z. in Großbritannien intensive Diskussionen initiierte. Auch im Umfeld der Bankenaufsicht für Finanzdienstleistung wird in Deutschland eine ähnliche Debatte über die stärkere Regulierung der Hedgefonds geführt. Diese Fehlentwicklungen stellen selbstredend keine Argumente für die Abschaffung des Kapitalismus dar. Vielmehr besteht in einigen Bereichen ein vermehrter Bedarf an Regulatorik, um auch die Reparaturfähigkeit des Systems zu erhöhen und Fehlentwicklungen besser begegnen zu können.

### ***Fünfter Punkt***

Das fünfte Argument ist allseits bekannt, muß aber immer wieder in Erinnerung gerufen werden. Preisregulierte Marktsysteme besitzen die immanente Eigenschaft einer begrenzten informationellen Verarbeitungskapazität. Tendenziell nehmen aktuelle Bepreisungen zukünftige negative Folgen – insbesondere im Bereich der Ökologie – nicht wahr. Wenn Sie sich beispielsweise nachher ins Auto setzten und von Tutzing wegfahren, dann wissen Sie selber als aufgeklärte Menschen, daß Sie einerseits private Kosten für die Automobilnutzung aufbringen müssen und andererseits gesellschaftliche Kosten verursachen, die sich nur zu einem Bruchteil im eigenen Geldbeutel bemerkbar machen. Es handelt sich damit um eine Diskrepanz zwischen der Allokation auf privatwirtschaftlicher Basis und der Allokation auf der Basis der Berücksichtigung der gesamtgesellschaftlichen Kosten.

Ernst-Ullrich v. Weizsäcker formuliert es richtig: Dem Preissystem muß die ökologische Wahrheit eingebläut werden. Die eigentliche theoretische Thematisierung dieses Problems geht auf A. S. Pigou zurück, ein ganz treuer, guter Theoretiker des allgemeinen Marktgleichgewichts. Dieser entdeckte, daß es auf der Basis von einzelwirtschaftlicher Preisbildung bzw. Kostenrenditeüberlegungen zu ökologischen Fehlallokationen kommt. Als Lösung lieferte er die berühmte Pigou-Steuer. Wie auch immer der Einzelne diese Lösung bewerten mag, mir ist vor allem das theoretische Bild wichtig, daß die *Di-*

*vergenz zwischen privatwirtschaftlichen Kosten, die praktisch am Fabrikator enden, und gesamtwirtschaftlichen Kosten internalisiert werden muß.*

Ich bedaure es in diesem Zusammenhang sehr, daß Rechnungen, wie die des DIW in den 80-ziger Jahren über die gesellschaftlichen Kosten des Verkehrssystems und über die gesellschaftlichen Kosten der Energiewirtschaft, zu wenig durchgeführt werden. Ihre implizite Erkenntnis besteht in einer Unterstützung des Preissystems: Dem Marktpreissystem muß, um es mit den Worten Weizsäckers zu formulieren, die ökologische Wahrheit eingehaucht werden.

### ***Sechster Punkt***

Mit dem sechsten Aspekt beschäftigte sich z. B. Herman Kahn, der renommierte Zukunftsforscher. Eine Marktwirtschaft fundiert sich auf einem System, das von Einzelakteuren und deren Handlungen getragen wird und in einer *Tyrannie der kleinen Entscheidungen* kulminiert.

Damit befinde ich mich schon mitten im eigentlichen Problemkomplex, in dem sich die Neoklassik und der Neoliberalismus zutiefst versündigen: Wozu benötigen wir eigentlich eine politische Gestaltungsebene? Beispielsweise zur Eindämmung der Tyrannie der kleinen Entscheidungen. Dies möchte ich Ihnen mit folgendem Bild illustrieren. Wenn Sie sich in einen PKW setzen und Ihre individuelle Entscheidungsfreiheit mit dem Drücken des Gashebels ausleben, so bleibt am Ende die Summe der Einzelakteursentscheidungen irgendwann urplötzlich im Stau stecken. Das ist die Tyrannie der kleinen Entscheidungen. Indem sich alle in dieser Form individuell verhalten, erzeugen sie einen Stau, einen kollektiven Unfug.

Stellen Sie sich vor, daß hier in Starnberg im November der Winter ausbricht. Wenn Sie, Herr Hampe oder Herr Oberreuter, zufälligerweise hier zugegen sind, kommen Sie plötzlich mit Ihrem PKW nicht mehr von dannen. Die Nebelbänke und Eisbahnen lassen Ihre optionale Nachfrage, die Sie nur einmal im Jahr artikulieren, entstehen, nämlich die nach dem öffentlichen Nahverkehr. Sie beiden sind zwei sehr rationale Menschen. Aber andere, die weniger über den Tellerrand hinausschauen, würden zu dem sofortigen Schluß gelangen, der öffentliche Personennahverkehr in Deutschland ist eine Katastrophe. Warum? Weil die Kapazitätsvorsorge für die optionale Nachfrage disponiert werden muß, sich die optionale Nachfrage aber nur an einem einzigen Tag, nämlich bei Nebelbänken und Eisbahnen, artikuliert. Was daraus folgt, ist nicht die Abschaffung des Marktsystems, sondern die Erkenntnis, daß über Marktsteuerung und Marktallokation bestimmte wichtige Bereiche, die öffentlich organisiert sind, in dem System mit produziert werden, um der Tyrannie der kleinen Entscheidungen entgegenzuwirken.

### ***Siebter Punkt***

Das kann ich im voraus in einem Satz formulieren: Es handelt sich um die Kritik, daß gesellschaftliche Wohlfahrt ausschließlich darauf reduziert wird, was über einen Marktpreis evaluierbar ist. Mit den Worten von Oskar Wilde formuliert:

„Die Ökonomen haben das Problem, daß sie von allem den Preis kennen, aber von Nichts den Wert.“

Oder aus einer anderen Perspektive betrachtet: Ein privatwirtschaftliches System, das durchaus seine Effizienzen besitzt, benachteiligt strukturell *öffentliche Güter*, da sie politisch organisiert werden müssen. Dies kann nach Adam Smith wie folgt untermauert werden:

„Die Pflicht des Herrschers ist, solche Anstalten zu treffen und solche Werke herzustellen und zu unterhalten, die, wenn sie auch für eine große Gesellschaft höchstvorteilhaft sind, doch niemals einen solchen Profit abwerfen, daß sie einem Einzelnen oder einer kleinen Anzahl von Personen die Kosten ersetzen.“

Und das ist zweifelsfrei die Begründung der Existenz von öffentlichen Gütern – geprägt durch Nicht-Ausschließbarkeit und Nicht-Rivalität. Die Definition eines öffentlichen Gutes in provozierender Art auf die Thematik Studiengebühren angewandt, bin ich der Meinung, daß die Grundausbildung an den Universitäten den Charakter eines öffentlichen Gutes besitzt, weil die Externalitäten dessen, was sich der Einzelne während seines Studiums aneignet, über die Zeit an der alma mater hinausgehen und für die Umwelt, für die Familie und für die Gesellschaft positiv, aber nicht mit Marktpreisen zu bewerten sind.

### ***Achter Punkt***

Hier geht es um die Frage, in welchem Grad produzieren Marktsysteme (Wettbewerbssysteme) aus sich heraus soziale Gerechtigkeit. Die Antwort, die wir vorab diesbezüglich fanden, daß Marktsysteme diese Frage gar nicht zulassen, empfinde ich als sehr richtig.

Wir müssen eher fragen, inwieweit Marktsysteme immanente soziale Risiken produzieren, die erstens der Betroffene nicht verschuldet hat und zweitens der Betroffene allein nicht in der Lage ist, sie zu verarbeiten. Dadurch sind wir mitten im System der sozialen Marktwirtschaft gelandet.

In diesem Kontext werde ich mich beim nächsten Allgemeinen Fakultätentag dafür einsetzen, daß drei Texte Pflichtlektüre im Grundstudium an allen Universitäten dieser Welt sein sollten: Adam Smith's *Welfare of the Nations*, *Soziale Marktwirtschaft* von Müller-Armack – ein Handwörterbuch für Sozialwissenschaft – und die *Globalsteuerung* von Karl Schiller.

Beim Studium dieser drei Werke wäre auch der didaktische Nutzen für die Lehrenden mit der Erkenntnis, daß der eine oder andere, der sich heute auf die soziale Marktwirtschaft beruft, wohl eher eine *lohnzentrierte Gesellschaft* im Sinn hat, nicht von der Hand zu weisen, eine gesellschaftliche Realität, in der die Mehrheit der Menschen in ihrer Lebensentfaltung von Erwerbseinkünften abhängig ist und somit strukturelle Machtungleichgewichte auf der Tagesordnung stehen. In einer lohnzentrierten Gesellschaft ist das Leben eines Individuums geprägt vom Vorhandensein:

- (1) eines Arbeitsplatzes,
- (2) eines adäquaten Arbeitseinkommens, wovon seine Existenz abhängt.

Dieses erzeugt systembedingtes Streben, da das Dasein des Individuums darauf beruht, in einem eiskalten Wettbewerb um soziale Risiken, z. B. dem Risiko der Arbeitslosigkeit, dem Risiko im Alter keine Erwerbsbezüge mehr zu erhalten und schließlich des Risikos krank zu werden, zu bestehen. Darauf müssen soziale Sicherungssysteme abgebildet sein.

### ***Neunter Punkt***

Das vorletzte Argument zeigt sich in einer etwas komplexeren Natur. Die allgemeine Gleichgewichtstheorie oder das Wettbewerbsmodell birgt den Kardinalsfehler in sich, daß es alle Märkte gleichermaßen behandelt.

Meine These, im Kern eine keynesianische, geht auf Ostland, einem großen österreichischen Keynesianer, zurück und besagt, daß *Märkte untereinander hierarchisiert* sind. Das bedeutet nichts anderes, als daß Bewegungen im Arbeitsmarkt – vor allem die Struktur der Nachfrage nach Arbeitskräften – maßgeblich von den Unternehmensstrategien auf den Kapital- und Gütermärkten determiniert sind. Wir können ein induktives Gefälle erkennen.

Die Neoklassik begeht einen schwerwiegenden Fehler, indem sie versucht, im Arbeitsmarkt – aus der Angebotsfunktion der Arbeit – Gründe für die Arbeitslosigkeit abzuleiten. Und ich gehe noch einen Schritt weiter, indem ich Ihnen sage: Die neoklassische Angebotsfunktion von Arbeit in Abhängigkeit von Lohn ist absoluter Unfug, da sie vollkommen realitätsfern ist, wie die folgenden Ausführungen sogleich beweisen. Die Arbeitsangebotsfunktion würde paradiesische Verhältnisse implizieren. Warum? Der Stahlarbeiter oder der Werftarbeiter besäße zum Beispiel ein über alle Maßen komfortables Entscheidungsmodell, er könnte sich die Frage, ob er Arbeit anbietet, in Abhängigkeit der Höhe des Lohns selber beantworten. Ist ihm der Lohn zu niedrig, bietet er keine Arbeit an, erscheint ihm der Lohn zu hoch, bietet er mehr an. Die normale Arbeitswelt ist allerdings dadurch gekennzeichnet, daß die Angebotsfunktion, etwas übertrieben gesprochen, voll lohnelastisch ist – es wird zu jedem Lohn angeboten. Diese Tatsache sehen Sie übrigens auch bei der allgemeinen Dämpfung des Lohnzuwachses in Deutsch-

land, bei der trotzdem das Angebot an Arbeit nicht abnimmt. Klugerweise erkannte diese Tatsache bereits vor mir ein großer, sehr liberaler Ökonom. Es war Wolfgang Stützel. Er sprach von der Anomalität des Angebotes. Am Arbeitsmarkt ist es so, daß bei weniger Lohn die Arbeitskräfte gezwungen sind, mehr anzubieten, um zu überleben.

Der Schluß, daß die Arbeitsnachfrage entscheidend von Kapitalstrategien determiniert wird, ist sicherlich keynesianisch angehaucht, aber läßt uns den vergangenen deutschen Weg gut erklären. Wir stellten bereits in einer vorangegangenen Debatte fest, daß Deutschland die niedrigsten Lohnstückkostenzuwächse hatte. Die Arbeitnehmer nahmen sogar Nettoeinkommenverluste von insgesamt fünf Prozent über die letzten zehn Jahre in Kauf, und dennoch stieg die Zahl der Arbeitsplätze nicht an, weil offensichtlich die Unternehmensstrategien von ganz anderen Überlegungen ausgehen.

### **Zehnter Punkt**

Jetzt komme ich endgültig zur zehnten und letzten These. Der Soziologe Klaus Offe formulierte diese einmal vortrefflich. (Soziologen neigen sowieso manchmal dazu, uns Ökonomen in punkto Scharfsinnigkeit des Analysierens überlegen zu sein.) Er sagte:

„Marktsysteme neigen zu einer selbstnegatorische Tendenz.“

Anders ausgedrückt, Wettbewerbssysteme demontieren ihre eigene Grundlage, den Wettbewerb, indem sie in *ökonomischer Machtkonzentration* enden. Die Folge liegt auf der Hand. Wir müssen als Ökonomen, wenn wir die Marktforschung ernstnehmen, Machtkonzentration und daraus folgendes Fehlverhalten zu Lasten der Wirtschaft und der Wohlfahrt viel intensiver in den wissenschaftlichen Fokus stellen.

Mit diesen Worten beende ich meine Ausführungen und danke Ihnen.

## Menschenwürde und Arbeitsgesellschaft

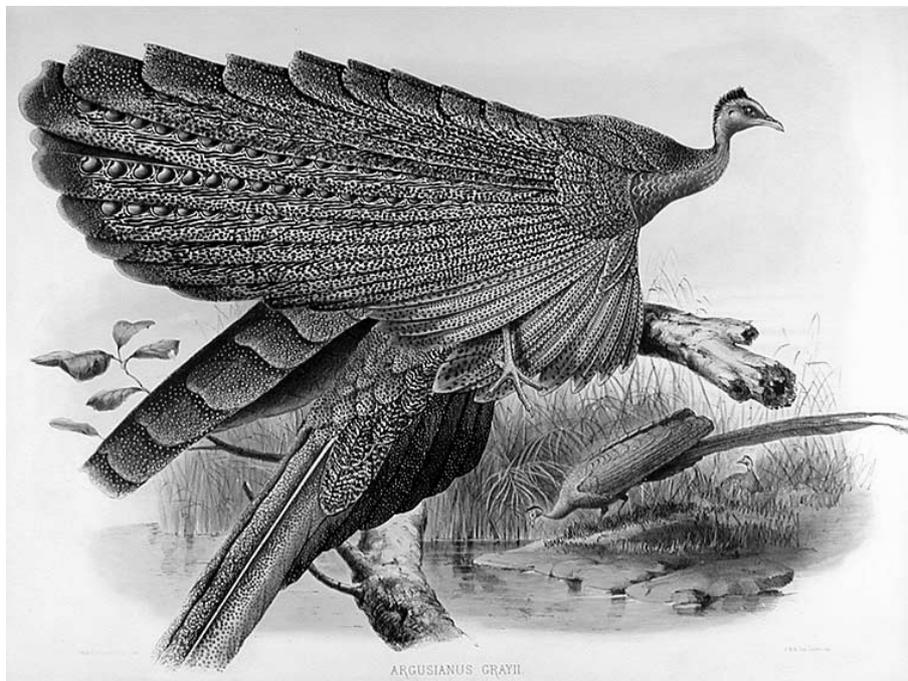
*Prof. Dr. Michael Aßländer\**

Zunächst einmal darf ich mich ganz herzlich für die Einladung bedanken. Ich habe mich bis vor kurzem hier noch als eine Art Exot gefühlt, als jemand, der nun der erste sein wird, der im Rahmen dieser Tagung einen Ausflug in die klassische Politische Ökonomie zu unternehmen gedenkt. Nun fühle ich mich angenehm überrascht durch die Tatsache, daß ich wohl nicht der erste bin, der das Thema Politische Ökonomie heute hier aufgreift. Gleichwohl steige ich vermutlich etwas früher in die politische Ökonomie ein, als dies mein Vorredner tat, aber das werden die nun folgenden Ausführungen zeigen.

In seinem Buch, „Das sogenannte Böse“ schreibt Konrad Lorenz, ein Autor, der sich ansonsten nicht unbedingt mit „Arbeit“ beschäftigt, auch etwas zu diesem Thema. Er schreibt:

„Neben den Schwingen des Argusfasans ist das Arbeitstempo des westlichen Zivilisationsmenschen das dümmste Produkt intraspezifischer Selektion.“<sup>1</sup>

Nun kann man sich wahrscheinlich unter einem Argusfasan relativ wenig vorstellen, darum habe ich Ihnen das folgende Foto mitgebracht.



---

\* Universität Kassel.

<sup>1</sup> Konrad Lorenz: Das sogenannte Böse. München 1985, S. 137.

Wie man hier sieht, taugen die Flügel des Argusfasans in der Hauptsache dazu, der weiblichen Populationshälfte zu imponieren, aber natürlich nicht mehr zum Fliegen. Und genau das ist es, was Konrad Lorenz meinte. Unsere Umgangsweise mit Arbeit ist hypertrophiert, sie taugt eigentlich nicht mehr zu dem Zweck, zu dem sie ursprünglich einmal gedacht war.

Was ich im folgenden mit Ihnen unternehmen möchte, ist ein kurzer Ausflug in die Geschichte. Ich möchte Ihnen dabei die historische Entwicklung des Arbeitsverständnisses von der Antike über das Mittelalter bis hin zur Neuzeit vor Auge führen. Welche Vorstellungen existierten? Was waren die sozialen Normen? Ich möchte hieraus schlußfolgernd Arbeit als Kulturbegriff definieren. Meine These lautet, daß das jeweilige Arbeitsverständnis einer bestimmten Gesellschaft immer an den sozialen und den historischen Kontext der jeweiligen Kultur und Epoche gebunden ist. Hieran anschließend möchte ich dann auf einige Probleme im modernen Umgang mit Arbeit eingehen und am Schluß versuchen, eine normative Theorie der Arbeit thesenartig vorzustellen.

Das Arbeitsverständnis der Antike ist im weitesten Sinne durch drei fundamentale einfache Annahmen geprägt:

- (1) Arbeit ist eines freien Menschen unwürdig,
- (2) wenn man schon arbeiten muß, gibt es eine klare Hierarchie moralisch besserer und schlechterer Tätigkeiten, und
- (3) Arbeit verdirbt den Charakter.

Schauen wir uns das im einzelnen etwas näher an. Die Vorstellung der Antike basiert darauf, daß es einem freien Menschen möglich sein sollte, in Anstand und Würde von seinen Einkünften zu leben, ohne dabei direkt auf Arbeit, insbesondere auf körperliche Arbeit, angewiesen zu sein. Das Ideal war der freie Mensch. Er konnte sich frei um die Belange der Polis oder des Staates kümmern. Er war verantwortungsvoll in der Rechtsprechung, in der Politik und bei der Gestaltung des Gemeinwesens tätig. Frei bedeutete dabei nicht nur frei von materiellen Sorgen, sondern auch frei von der Vormundschaft anderer. In der Sicht der Antike bedeutete dies, daß derjenige, der für einen anderen arbeitete auch dessen Befehl unterlag, mithin kein freier Mensch mehr sein konnte.

Aristoteles schreibt:

„Auch das ist schöner, was einem alleine gehört, denn es bleibt eher in gutem Andenken. Weiterhin Besitz, der keinen Gewinn bringt, denn er ist eher Zeichen eines Unabhängigen (...). Weiterhin keinerlei Handwerk zu betreiben; denn es ist Kennzeichen eines unabhängigen Mannes, nicht in Abhängigkeit von anderen zu leben“.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> *Aristoteles: Rhetorik*, Franz G. Sievke (Hrsg.). München 1993. S. 50 [1367 a 25 ff.].

Was macht also jemand, der frei von materiellen Zwängen lebt? Womit beschäftigt er sich?

Im Prinzip standen dem römischen oder griechischen Bürger drei Tätigkeitsfelder offen, jenseits des Militärdienstes natürlich. Das war die Betätigung als Politiker, daß hieß im alten Athen, man wurde per Los zu einem Amt bestimmt und mußte dieses Amt dann eine bestimmte Zeit ausüben. Im Prinzip traf es jeden irgendwann. In Rom wurde die „bürgerliche Selbstverwaltung“ dann als *cursus honorum*, also als klassische Ämterlaufbahn, institutionalisiert. Es gab weiterhin die Betätigung als Redner, wobei nicht so ganz klar war, was ein Redner ist. Heute würden wir wahrscheinlich Demagoge dazu sagen, da es jemand war, der auf dem Forum Romanum für Stimmung sorgte. Und schließlich gab es die Betätigung als Rechtsberater, was sich jedoch sehr von unserem heutigen Verständnis eines Rechtsberaters unterschied, denn der damalige Rechtsberater durfte, so das klinkische Gesetz von 460 vor Christus, kein Honorarium nehmen. Das war auch nicht so schlimm, denn letztendlich standen einem guten Rechtsberater, wie beispielsweise Cicero, so oder so die ganzen Einkünfte seiner Klienten zur Verfügung. Es war selbst Bürgern in Rom verboten, ein Handwerk auszuüben, wenn sie im Militärdienst oder im Staatsdienst tätig werden wollten. Gleiches forderten Plato und Xenophon in Athen und Sparta für die ständige Rechtsprechung.

Wenn man aber nun schon arbeiten mußte, gab es eine klare Vorstellung davon, was besser und was schlechter ist. An oberster Stelle steht die Landwirtschaft. Das tut sie aus zwei Gründen: Zum einen kommt die Landwirtschaft – aus subsistenzwirtschaftlichen Gesichtspunkten – dem Ideal der Autarkie am nächsten, was wiederum die Unabhängigkeit des freien Mannes symbolisiert. Und zum zweiten dient die Landwirtschaft der Vervollkommnung der militärischen und der staatsbürgerlichen Tugenden, d. h. sie härtet ab, sie stählt den Körper, sie bereitet ihn für den Wehrdienst vor, denn man übernachtet im Freien, muß in einer Gemeinschaft arbeiten usw. Und natürlich hat derjenige der Grund und Boden besitzt, ein naturgegebenes Eigeninteresse daran, das Vaterland zu verteidigen. Der Grundbesitzer ist demnach viel zuverlässiger als ein Handwerker, der sein Köfferchen nimmt und in die nächste Stadt zieht. Schließlich fördert die Landwirtschaft auch die politischen Tugenden, sie erzieht zur Gastfreundschaft, zu Beistand und sie hält zum Verkehr mit Freunden an.

Handwerk, Handel, insbesondere Kleinhandel, Geldgeschäfte, Wucher, Zolleintreiber u. ä., diese Tätigkeiten werden als moralisch absolut minderwertig verachtet. Ein Zitat über Cato dem Älteren, von Cicero kolportiert, lautet:

„Als man ihn fragte, was am meisten beim Vermögen vorteilhaft ist, antwortete er ‚tüchtig Viehzucht zu treiben‘, was das zweitbeste sei, ‚genügend tüchtig Viehzucht zu treiben‘, was das drittbeste, ‚schlecht Viehzucht zu treiben‘, was das viertbeste, ‚zu pflügen‘.

Und als jener, der ihn fragte, sagte: ‚Wie steht es mit dem Geldverleihen?‘, da erwiderte Cato: ‚Wie steht es mit Mord an einem Menschen?‘<sup>3</sup>

Die Hierarchie geht ungefähr folgendermaßen (womit ich Cicero zusammenfasse): An unterster Stelle stehen der Geldverleih und die Kreditgeschäfte, an zweiter Stelle stehen die Tagelöhner, denn sie müssen sich den Befehlen anderen unterordnen, an dritter Stelle die Kleinhändler, denn, so Cicero, sie können nichts voranbringen ohne tüchtig zu lügen. In der Vorstellung der Antike richtet sich der Warenwert nach dem gerechten Preis, der sich aus den Mühen für die Erstellung einer Leistung, aus den Kosten der benötigten Rohstoffe, den Anforderungen eines standesgemäßen Lebens des Handwerkers usw. zusammensetzt. Der Kleinhändler muß nun entweder den Lieferanten betrügen, von dem er zu einem geringeren Preises einkauft, um die Ware dann zum „gerechten Preis“ weiterverkaufen zu können, oder er muß seine Kunden übervorteilen, indem er Ihnen die Ware zu überteuerten Preisen anbietet. In der logischen Vorstellung der Antike ist der Kleinhändler somit prinzipiell gezwungen zu lügen und zu betrügen, also de facto ein schlechter Mensch zu sein.

An vierter Stelle stehen Berufe, die Dienerinnen von Genüssen sind, also Schauspieler, Tänzer, Theaterleute u. ä. In der darauffolgenden Hierarchie-Ebene darf ich mich dann, so glaube ich, selbst einsortieren – Unterrichten in ehrenwerten Dingen, gemeint ist natürlich die Philosophie, aber auch die Medizin. Schließlich der Seehandel, der deswegen etwas höher in der Wertigkeitsskala rangiert, da er mit Gefahr zu tun hat, da er sozusagen auf Abenteuer ausgeht, militärische Tugenden erfordert und der Gemeinschaft dient. Und schließlich steht an oberster Stelle, ganz klar, die Landwirtschaft.

Arbeit, insbesondere minderwertige Arbeit, so die dritte Annahme, verdirbt den Charakter, d. h. man geht davon aus, daß derjenige, der gezwungen ist, eine niedrige Tätigkeit auszuüben, z. B. Geldgeschäfte zu betreiben, damit automatisch auch zum minderwertigen Menschen wird. Was Cato folgendermaßen formulierte:

„Unsere Vorfahren haben es so gehalten und so in den Gesetzen niedergelegt: den Dieb mit dem Doppelten bestrafen, den Geldverleiher mit dem Vierfachen. Hieraus kann man ersehen, für einen wieviel schlechteren Bürger sie einen Wucherer gehalten haben als einen Dieb.“<sup>4</sup>

Platon fordert entsprechende gesetzliche Maßnahmen gegen Handwerk und Handel, um die Moral der Bürger aufrecht zu erhalten. Wer als ehrenwerter Bürger beispielsweise Handel betreibt, der soll von den Tugendrichtern der Stadt verklagt werden, und wenn er für schuldig befunden wird, dann so Platon, soll er eine einjährige Haftstrafe verbüßen. Diese Haftstrafe ist bei jeder weiteren Verfehlung zu verdoppeln. Ausschließlich frei-

---

3 Cicero, *Markus Tullius*: De officiis – Vom pflichtgemäßen Handeln. Stuttgart 1995, S. 223 [II, 89]).

4 Cato, *Marcus Porcius*: Belehrung über die Landwirtschaft, Paul Thielscher (Hrsg.). Berlin 1963, S. 31.

gelassene Sklaven oder Metöken, im heutigen Sprachgebrauch könnte man sie als Gastarbeiter bezeichnen, sollte es erlaubt sein, Handel zu betreiben. Noch deutlicher wird diese Einstellung bei Xenophon, denn in seinen Augen führt Handwerk zu Verweichlichung, da es zum Stubenhocken zwingt, und wenn der Körper verweichlicht, leidet letztlich auch die Seele. Außerdem hat derjenige, der ein Handwerk betreibt, natürlich keine Zeit, sich um den Staat zu kümmern und er ist damit per se ein schlechter Bürger. Zudem, was ich schon erwähnte, besitzen Handwerker natürlich kein Interesse an der Landesverteidigung. Sie sind nur am Geld interessiert und können ihr Geldgeschäft letztlich überall betreiben, ein Umstand, den wir heute als Mobilität bezeichnen würden. Wohnt der handwerklichen Betätigung also lediglich der Zweck des Gelderwerbs inne, so gilt sie als entartet – Aristoteles bezeichnet diese Form des Wirtschaftens abfällig als Chrematistik. Ziel des Handwerks, eine ganz interessante Perspektive, ist nicht der Gewinn, sondern die Handwerkskunst an sich. Was den Schluß zuläßt, daß Gelderwerb durch Arbeit als soziales Identifikationsmerkmal unvorstellbar ist. Der Handwerker, und das kann ich an dieser Stelle gar nicht ausführlich genug darstellen, ist ein umso besserer Mensch, je exponierter seine handwerklichen Fähigkeiten ausgeprägt sind. Die Arete, die Tüchtigkeit, die ihn als Menschen definiert, ergibt sich somit aus seiner Kunstfertigkeit, ohne jedweden Zwang zum Geldverdienen. Wenn er sein Handwerk zum Gelderwerb mißbraucht, entartet es und verliert auch qualitativ an eben jener moralischen Grundsubstanz, die ihn zum Menschen hätte werden lassen.

Ein sozialer Aufstieg durch erfolgreiche Arbeit widerspricht der antiken Vorstellung von Ehre und Moral vollständig. Zur Arbeit gezwungen zu sein, deutet die Antike somit als moralischen Mangel. Demgegenüber sind wir heute gewohnt, Freizeit als die Zeit zu definieren, in der wir nicht arbeiten müssen. Der Römer sah es reziprok. Der Römer sprach von negotium, die Zeit, in der ich Geschäfte mache, die Zeit, wo ich nicht Zeit zur Muse habe, in der ich gezwungen bin, etwas für meinen Lebensunterhalt zu tun. Diese durchweg skeptische Perspektive in Bezug auf Arbeit hält sich bis ins späte Mittelalter, teilweise sogar bis in die Feudalgesellschaft. Noch im Ancien Régime war es dem Adligen bei Verlust seines Adelspatentes verboten, kaufmännische Tätigkeiten auszuüben.

Allerdings kommt es im fünften Jahrhundert durch das Christentum zu einer allmählichen Umbewertung der Arbeit. Entsprechend der jüdisch-christlichen Tradition des alten Testaments wird Arbeit nun als kumulative Sühneleistung des Menschengeschlechts für den Sündenfall interpretiert. Als Strafe Gottes ist der Mensch jetzt dazu verdammt, sein täglich Brot im Schweiß seines Angesichts zu verdienen.

Die entsprechenden Textstellen sind ja bekannt. In Genesis 3, 17 ff. heißt es:

„... verflucht sei der Erdboden um deinetwillen. Unter Mühsal sollst du dich von ihm ernähren, alle Tage deines Lebens. Dornen und Disteln soll er dir wachsen lassen. Das Kraut des Feldes mußt du essen. Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen, bis du wieder zu Erde werdest, davon du genommen bist.“

Noch etwas drastischer formulierte es Paulus in seinem zweiten Thessalonicherbrief. Der Hintergrund ist relativ simpel, die Thessalonicher hatten beschlossen, nach der Auferstehung Jesu auf das nahende Reich Gottes zu warten, was sie dann auch taten. Allerdings erwies sich dieses Verhalten auf Dauer unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten als relativ ungesund. Entsprechend schreibt Paulus einen bösen Brief und der lautet (2. Thess. 3, 10-12):

„Wir haben euch ja, als wir bei euch waren, diesen Grundsatz eingeschärft: wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen. Wir haben nämlich gehört, daß einige unter euch, einen faulen Lebenswandel führen, nichts arbeiten, sondern sich unnützlich machen. Denen, die es angeht, gebieten und befehlen wir im Herrn Jesus Christus, daß sie in Ruhe ihre Arbeit tun und ihr eigen Brot essen.“

Das war der Punkt, der natürlich auf Dauer eine gewisse Entstigmatisierung der Arbeit zur Folge hatte. Wenn Arbeit eine göttliche Strafe ist, die alle Menschen betrifft, dann hat das nichts mehr mit einer moralischen Stigmatisierung zu tun, sondern es betrifft als Sühneleistung alle Menschen. Ein Schicksal, was prinzipiell jedermanns Schicksal ist, mag zwar bedauerlich sein, aber es bedeutet keine moralische Schande mehr. Das heißt nun nicht, daß das Arbeitsleid damit im Einzelfalle erträglicher geworden wäre, aber es ist nun nicht mehr mit dem Stigma moralischer Minderwertigkeit behaftet.

Die frühmittelalterliche Ständegesellschaft, deren Formulierung erst im zwölften Jahrhundert abgeschlossen ist, versteht sich als irdisches Abbild der göttlichen Ordnung. Es gibt drei Stände, die *aratores* (auch *laboratores* = Arbeiter), das sind die ganz Unteren, die müssen pflügen. Es gibt die *bellatores* (also die Ritter), die müssen Kriege führen, sie garantieren die innere Ordnung. Und es gab die *oratores* (den Klerus), die fürs Beten zuständig waren, also für das Seelenheil der Gemeinde. Arbeit wird von all diesen Ständen als Dienst gesehen, den der Einzelne je nach Standeszugehörigkeit in dieser Gemeinschaft zu leisten hat. Man spricht demnach vom Frondienst, Herrendienst und Gottesdienst – separiert nach den einzelnen hierarchischen Ständen. Es ist dem Einzelnen allerdings nicht möglich, trotz gewissenhaftester Arbeit, in irgendeiner Form gesellschaftliche Schranken zu überwinden. Diese Vorstellung hält sich bis zu Martin Luther. Johannes Tauler, der berühmte Mystiker, schreibt dazu:

„... es ist ein Leib und dieser Leib hat viele Glieder und viele Sinne, und jeder Teil dieser Glieder hat sein besonderes Amt [...den Begriff Beruf kennen wir noch nicht...] und Werk, wie das Auge, das Ohr, der Mund, die Hand, der Fuß, und keines maßt sich an, das andere zu sein, oder etwas anderes, als Gott ihm bestimmt hat. (...) Kinder, der Fuß und die Hand sollen nicht das Auge sein wollen. Ein jeder soll sein Amt tun, das Gott ihm zugefügt hat, wie grob es auch sei. ...“<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> *Johannes Tauler: Predigten*, in: Seuse, Heinrich und Tauler, Johannes (Hrsg.), *Mystische Schriften*. München 1993, S. 251 f.

Arbeit ist nach klösterlichem Vorbild organisiert, und insbesondere in der klösterlichen Tradition dient Arbeit, so Thomas von Aquin, einem vierfachen Zweck:<sup>6</sup>

- (1) Arbeit soll die zum Leben notwendigen Güter verschaffen,
- (2) sie soll, die Ursache so vieler Laster, den Müßiggang vertreiben,
- (3) sie soll durch Kasteiung des Leibes die Fleischeslust zügeln, und schließlich
- (4) erlaubt sie es, aus dem Überschuß Almosen zu spenden.

Klösterliche Arbeit wird zum allgemeinen Vorbild. Die gemeinsame Arbeit und das gemeinsame Leben der Mönche führt zu materiellem Reichtum und wird dann auch zum Ideal fast aller frühneuzeitlicher Utopien – von Thomas Morus Utopia über Tommaso Campanellas Sonnenstaat bis hin zu Francis Bacons „Neu-Atlantis“. Dennoch bleibt in den Klöstern die *vita contemplativa* (die Gottesschau, das meditative Leben, die geistige Meditation) der *vita activa* (das tätige Leben) vorgeordnet. Thomas von Aquin schreibt als Pragmatiker:

„Der Weisheit leben ist besser als dem Erwerb, aber für den Notleidenden ist erwerben besser.“<sup>7</sup>

Ein Zitat, in welchem sich zum ersten Mal eine Anmerkung dazu finden läßt, daß man sich von dem antiken Ideal der Nicht-Arbeit tatsächlich trennt.

Arbeit als ein Instrument, Reichtum zu erwerben, erscheint den mittelalterlichen Menschen aber ähnlich suspekt wie den antiken Menschen. Die mittelalterliche Diskussion um den gerechten Preis und natürlich damit einhergehend um das kanonische Zinsverbot, sind nicht, wie man häufig meint, Ausdruck einer ökonomiefeindlichen statischen Gesellschaftsordnung, sondern letztlich die logische Konsequenz einer geistigen Grundhaltung, die Arbeit als eines der Instrumente sieht, mit deren Hilfe man Gottes Schöpfungswerk zu verherrlichen hat. Arbeit dient entsprechend nicht der Anhäufung von Reichtum, sondern sie ist Ausdruck einer zutiefst empfundenen Religiosität. Und wenn wir das kanonische Zinsverbot auch unter marktlichen Gesichtspunkten – Konsumentenrente, Produktionsrente u. ä. – anschauen, gelangen wir zu hochgradig spannenden Ergebnissen.

Mit der zunehmenden Stadtentwicklung am Ende des Mittelalters, dem Stillstand der Völkerwanderung u. ä., vollzieht sich ab dem 13. Jahrhundert eine gesellschaftliche Veränderung, die unter dem Begriff der „Kommerziellen Revolution“ subsumiert wird.

---

<sup>6</sup> *Thomas von Aquin*: Summe der Theologie in 3 Bänden. Joseph Bernhardt (Hrsg.). Stuttgart 1985, Bd. 3, S. 592 [2 II 188, 2].

<sup>7</sup> *Thomas von Aquin*: Summe der Theologie in 3 Bänden. Joseph Bernhardt (Hrsg.). Stuttgart 1985, Bd. 2, S. 340 [1 II, 57, 1].

Die skeptische Grundhaltung der Arbeit und dem Gewinn gegenüber beginnt sich allmählich zu verändern. Es gab diesbezüglich verschiedene Auslöser. Einer der Gründe war die Stadtentwicklung, diese hat die ökonomischen Bedingungen des Mittelalters stark geprägt. Wir haben nun einen permanenten Markt, wir können arbeitsteilig produzieren, das ländliche Umland beginnt die Stadt zu versorgen, sowohl mit Nahrungsmitteln als auch mit landwirtschaftlichen Rohstoffen. Es entsteht ein relativ komplexes wirtschaftliches Gefüge. Des Weiteren folgt eine allmähliche politische Entmachtung des feudalen Adels, was bei Norbert Elias sehr gut nachzulesen ist. Ein wesentliches Merkmal dieser Zeit stellt das Fegefeuer, das Purgatorium, der katholischen Kirche dar, in dessen Konsequenz, Reichtum nicht mehr per se mit absoluter Verdammnis bestraft wird. Entsprechend ist Reichtum nicht mehr von vorneherein stigmatisiert. Aaron Gurjewitsch bringt die Sache auf den Punkt, wenn er schreibt:

„Mit Gott verkehrte man wie mit einem Mitglied der Handelsgenossenschaft, und seine Anteile hingen von der Größe des Gewinns ab, den die Genossenschaft erzielte. Auf diese Weise muß Gott selbst daran interessiert sein, daß der Unternehmer einen möglichst großen Profit erzielte!“<sup>8</sup>

Man hatte Gott als stillen Partner in seiner Handelsgesellschaft, es gab Gotteskonten, Gott wurde somit auch de facto als stiller Teilhaber geführt und alle Almosen wurden auf diese Gotteskonten verbucht. Diese Religiosität der Kaufleute des ausgehenden Mittelalters war rein materialistisch geprägt. Testamentarisch hatte man die Anzahl der Messen verfügt, die für das Seelenheil des Kaufmanns zu lesen waren. Die Ablaßbriefe lagen entsprechend im Kontor verwahrt, und die Buchführung hielt auf den Gotteskonten peinlich genau jede Spende fest, die man in irgendeiner Form zu wohltätigem Zwecke getätigt hatte. Trotz der offiziellen Verdammnis von Wucher und Spekulation sind Warenhandwerk und Handel weitgehend soziale Realität geworden, und trotz offizieller religiöser Bedenken waren die Kirchenoberen mit involviert. Besonders interessant scheint dabei der Fall des Alaunmonopols. Die katholische Kirche hatte dabei das Alaunvorkommen in Amalfi unter kirchliches Monopol gestellt, die Verwaltung dem Hause Medici übertragen und, damit das Monopol auch wirklich geschützt war, jedem der woanders einkaufte mit der kirchlichen Exkommunikation gedroht. So lassen sich Monopole also auch schützen.

Der Kaufmann wird nun zum neuen Ethos, und das Eigentum entwickelt sich allmählich zum Aushängeschild eines jeden. Dem Vorzug der Geburt setzt man nun eben die eigene Begabung entgegen. Der Kaufmann wird letztendlich jetzt zum Selfmademan, er kann soziale Schranken überwinden. Luther wettert zwar noch am ausgehenden Mittelalter heftigst gegen diese Mentalität der Kaufleute, von denen er sagt, daß sie es als ihr vermeintliches Recht ansähen, so viel Geld zu nehmen, wie sie irgend könnten, sich da-

---

<sup>8</sup> Aaron J. Gurjewitsch: Der Kaufmann, in Le Goff, Jacques (Hrsg.), Der Mensch des Mittelalters. Frankfurt am Main 1997, S. 298.

bei aber nicht um das Wohl ihrer Nächsten kümmerten. Dennoch ist die Figur des Kaufmanns tatsächlich Realität. Die bürgerliche Erwerbsgesellschaft keimt genau in dieser Figur, genauso wie sich die technische Revolution letztendlich in der Figur des Müllers und des Handwerkers vorbereitet.

An die Stelle kirchlicher Lehranstalten, die die Arithmetik hauptsächlich zu Kalenderberechnungen verwendeten, treten nun Stadtschulen, die den Kindern der Kaufleute praktisches Wissen vermitteln – also Buchführung, Fremdsprachen und Warenkunde. Obwohl das moralische Urteil über den Reichtum weiterhin an den untadeligen Erwerb des Reichtums gebunden bleibt, gilt der ehrenhaft erworbene Reichtum nun nicht mehr als minderwertig.

Damit stehen wir sozusagen am Beginn der Neuzeit, und hier kommt es erneut zu einigen fundamentalen Neubewertungen, Neueinschätzungen, die sich auch im Verhältnis des Menschen zur Ökonomie widerspiegeln. Zunächst ermöglicht es die Aufklärung, daß ein bestimmtes politisches und gesellschaftliches Selbstbewußtsein des Bürgertums entsteht. Liberalismus und Individualismus sind die beiden beherrschenden Doktrinen zu Beginn der Neuzeit. Zum zweiten beginnt die Frage nach dem Wohlstand der Nationen wissenschaftliches Interesse zu wecken. Es geht hier nicht mehr darum, wie sich die Kassen des jeweiligen Landesherrn füllen lassen, sondern es geht um die Frage, wie Ökonomie als gesellschaftliches Subsystem eigentlich „funktioniert“. Drittens kommt es natürlich zu einer Erosion der Ständeordnung und des Feudalsystems. Diese Entwicklung eröffnet neue Chancen, es entsteht das, was wir heute als bürgerliche Gesellschaft bezeichnen.

Schauen wir uns zunächst Liberalismus und Individualismus näher an. Mit der Aufklärung wird die Gesellschaft als vertraglicher, freiwilliger Zusammenschluß gleichberechtigter Bürger verstanden. Die Ideen des Individualismus und des Liberalismus führen zur klassischen Definition der Bürgerrechte, Gleichheitsrechte u. ä. mehr. Spätestens mit den Napoleonischen Kriegen entsteht die Idee der Nation. Wir haben nun eine gemeinsame Fahne, wir haben nun ein Bürgerheer, wir haben nun ein gemeinsames Staatsideal und das löst das dynastische Herrscherideal – die dynastische Staatsidee – ab. Wenn wir vom Bürgerheer sprechen, muß man anmerken, daß es bis zur 48er Revolution in Deutschland als ein Recht galt, in eine Bürgerarmee eintreten zu dürfen, ein Recht, um das die Bürger kämpften, weil dies nämlich als ein legitimierender Ausweis für einen vollwertigen Bürgerstatus angesehen wurde. Es war also nicht unbedingt eine Pflicht, es war ein Recht, dem Land als Soldat dienen zu dürfen.

Der Bürger ist nun in der Lage, sich selbst zu verwirklichen. Erfolg oder Mißerfolg hängen vom persönlichen Geschick und eigenem Fleiß ab. Klaus Peter Hansen, ein Historiker, der das schöne Büchlein „Die Mentalität des Erwerbs“ geschrieben hat, meint zu diesem Thema:

„Der Sohn des mittelalterlichen Schornsteinfegers wurde Schornsteinfeger und dachte die Gedanken der Schornsteinfegermentalität; der Sohn des Schornsteinfegers im 18. Jahrhundert konnte alles werden und alles denken. In einer offenen Gesellschaft muß sich das Individuum aktiv bewähren, und daher bekommen berufliche Arbeit und berufliche Leistung einen hohen Stellenwert. Mit dem Verfall des Ständestaates wird somit das Leistungsprinzip geboren, und seit dieser Zeit predigen Eltern ihren Kindern Fleiß und Können, woran sich bis heute nichts geändert hat.“<sup>9</sup>

Damit gewinnt nun die individuelle Lebensführung an Bedeutung. Die klassischen Sekundärtugenden Sparsamkeit, Fleiß, Enthaltbarkeit, Pünktlichkeit werden zum Credo und zu den herausragenden Kennzeichnungen der bürgerlichen Gesellschaft. In zahlreichen Erbauungsschriften (Poor Richard's Almanach, The Spectator, usw.) wird das den zumeist armen Lesern beständig von den Autoren eingebläut. Die Tugenden der Mittelklasse gelten als der klassische Weg zu wirtschaftlichem Erfolg. Es entsteht jene Erwerbsmentalität, wie sie auch Max Weber aufgreift, die die geistige Grundlage der Industriegesellschaft bildet. Die Ökonomie etabliert sich als Wissenschaft. Die mit dem Denken der Aufklärung verbundene Trennung von Staat und Gesellschaft erlaubt es jetzt, einzelne gesellschaftliche Prozesse zum Gegenstand eigener philosophischer Betrachtungen zu machen. Die Frage nach dem Wohlstand der Nationen gewinnt an Interesse. Ökonomie wird nicht länger als Instrument der Politik gesehen, sondern als gesellschaftliches Subsystem begriffen. Handel, Handwerk und Industrie werden nicht mehr als Bereiche individuellen Handelns betrachtet, sondern als Austauschbeziehungen, als System analysiert. Der Mensch hört auf, per Bestimmung als „zoon politikon“ oder Gottes Ebenbild definiert zu sein, sondern er wird jetzt funktional in seiner Eigenschaft als Wirtschaftssubjekt betrachtet. Per definitionem zeichnen ihn dabei zwei wesentliche Charakterzüge aus, nämlich Faulheit und Raffgier. Der Mensch wird zu einem Bündel bestimmter Eigenschaften, und diese Eigenschaften kann man nun anerkennen; der Mensch ist steuerbar geworden. Die Locke'sche Idee der Arbeitshäuser ist diesbezüglich eine extreme Interpretation. Interessanterweise hießen diese Arbeitshäuser im Englischen „Houses of Correction“, stehen also für die Annahme, man könne die jungen Leute dahin biegen, daß sie sich gesellschaftlich konform verhielten; ihr Verhalten erhält in diesen Häusern eine Korrektur.

Diese Neubedeutung der Arbeit führt dazu, daß Arbeit zum Schlüssel für nahezu alle gesellschaftlichen Funktionen wird. Arbeit bildet die Grundlage der Eigentumsakkumulation bzw. legitimiert Eigentum. Arbeit schafft die Grundlage für gesellschaftlichen Erfolg, für individuellen Fortschritt. Selbst Rousseau, der im Eigentum eigentlich den Sündenfall der Menschheitsgeschichte sieht, kommt nicht ganz umhin, der Arbeit einen positiven Stellenwert zuzubilligen, er schreibt:

„Derjenige, der in Müßigkeit ißt, was er nicht selbst verdient hat, stiehlt es, und in meinen Augen gibt es kaum einen Unterschied zwischen einem Rentier, den der Staat für

---

<sup>9</sup> Klaus P. Hansen: Die Mentalität des Erwerbs. München 1995, S. 45.

sein Nichtstun bezahlt, und einem Straßenräuber, der auf Kosten der Vorüberreisenden lebt. Lebt der Mensch isoliert außerhalb der Gesellschaft, so ist er niemandem verpflichtet und hat das Recht zu leben, wie es ihm gefällt; innerhalb der Gesellschaft aber, wo er notwendigerweise auf Kosten der anderen lebt, schuldet er ihnen durch seine Arbeit den Preis für seinen Unterhalt – da gibt es keine Ausnahme. Ob reich oder arm, stark oder schwach – jeder müßiggehende Bürger ist ein Betrüger.“<sup>10</sup>

Es entsteht die bürgerliche Gesellschaft und für das Bürgertum gilt das Primat der Ökonomie. Der Adel legte Wert auf demonstrativen Konsum, er legte Wert darauf, Geld aus dem Fenster zu werfen. Es gibt eine wunderschöne Geschichte, die davon erzählt, wie Kardinal Richelieu von seinem Neffen besucht wurde, aber leider keine Zeit für ihn hatte. Er drückte seinem Neffen eine große, prallgefüllte Geldbörse in die Hand und meinte, er solle sich damit einen lustigen Nachmittag in Paris machen. Als der Neffe zurückkam, war die Geldbörse immer noch voll, weil der Neffe nur in Versailles spazieren gegangen war. Richelieu war entsetzt. Er beschimpfte seinen Neffen und meinte, wenn dieser schon keine Verwendung für sein Geld hätte, die Straßenkehrer von Paris hätten es sicher, und warf mit diesen Worten die Geldbörse aus dem Fenster. Daher kommt dieser Ausdruck. Demonstrative Geldverschwendung ist ein Zeichen des Adligen. Für den Bürger ist das natürlich nicht machbar. Der Bürger muß Ausgaben und Einnahmen zumindest in der Balance halten, am Besten ist natürlich mehr einzunehmen als auszugeben. Entsprechend wird Geld beim Bürger gezielt angelegt. Der pragmatische Sinn des Bürgers strebt einerseits nach adligem Lebensstil, aber das bitte zu moderaten Kosten. Das heißt, daß der Bürger ins Restaurant geht, weil er da einen Koch nutzen kann, ohne ihn selbst ständig bezahlen zu müssen. An die Stelle des Hauslehrers tritt natürlich die Erziehungsanstalt, weil es viel kostengünstiger ist, einen Lehrer für mehrere Schüler einzustellen. Und an die Stelle der eigenen Kunstsammlung tritt das Museum, in dem Kunst gemeinsam angeschafft und gemeinsam betrachtet wird. All das entwickelte sich de facto in dieser Zeit. Noch einmal Klaus Peter Hansen:

„Man lebt, um zu arbeiten und zu erwerben, und man erwirbt nicht, um davon zu leben. Das Geld wird nicht angehäuft, um sich Gegenstände zu kaufen, sondern es wird angelegt, zu weiterem Erwerb. [Karl Marx nannte das dann später einmal „Kapitalakkumulation“.] Die Gemälde, die sich der Adelige leistete, wurden als ästhetische Objekte besessen; der kunstsammelnde Bürger hingegen denkt an ihren ökonomischen Wert.“<sup>11</sup>

Der ökonomische Erfolg, d. h. durch eigene Hände Arbeit, durch Fleiß und durch Umsicht Vermögen zu erwerben, wird nun zum sozialen Stratifikationsmerkmal. Nicht mehr Geburtsrecht, Stand, Herkunft oder die Kenntnis bestimmter Maniervorschriften sind fortan entscheidend, sondern der ökonomische Erfolg. Arbeit dient nicht mehr der Befriedigung der Grundbedürfnisse eines bestimmten Haushaltes, im Sinne eines Oikos oder der antiken Oikonomie, sondern der planvollen Vermögensmehrung einer neuen

---

<sup>10</sup> *Jean Jacques Rousseau*: Emile oder über die Erziehung. Stuttgart 1998, S. 411.

<sup>11</sup> *Klaus P. Hansen*: Die Mentalität des Erwerbs. München 1995, S. 28.

bürgerlichen Klasse. Damit hat sich ein komplett neues Verständnis von Arbeit herausgebildet. Arbeit ist nicht mehr konotiert mit Arbeitsleid oder der moralischen Minderwertigkeit des Arbeitenden. Im Gegenteil, erfolgreiche Berufsarbeit ist nun nahezu die Voraussetzung für die soziale Zugehörigkeit zum Bürgertum. Nichtarbeit ist Sünde, gegen diese Sünder muß sich die Gesellschaft schützen, sie muß den Nichtarbeitenden in Arbeitshäuser zwingen. Während der verarmte Adelige weiterhin Adelig bleibt, da sein Stand durch die Geburt bestimmt ist, verliert der mittellose Bourgeois seine Klassenzugehörigkeit. Arbeit wird somit zur Voraussetzung der gelungenen Lebensführung und definiert soziale, aber auch politische Mitspracherechte (Stichwort: Zensuswahlrecht).

Was ich in diesem kurzen historischen Exkurs deutlich machen wollte, ist, daß wir Arbeit eigentlich immer nur im historischen sozialkulturellen Kontext betrachten können. Um sich tatsächlich eine Vorstellung von der sozialen und ökonomischen Funktion, von Arbeit in verschiedenen Gesellschaften machen zu können, gilt es, die kulturelle Gebundenheit der jeweiligen Arbeitsvorstellungen zu verstehen. Die Beschreibung von Arbeit allein an Hand von quantifizierbaren Kategorien – also Grad der Arbeitsteilung, Mechanisierungsgrad und viele mehr – gibt keinerlei Auskunft über die soziale Bedeutung von Arbeit. Erst das Arbeitsverständnis der Neuzeit, wie wir es heute kennen, schafft die sozialen moralphilosophischen und kulturellen Voraussetzungen, auf die die Industriegesellschaft angewiesen ist, nämlich sich selbst zur Arbeit zu motivieren und umgekehrt aber auch gesellschaftlich dafür belohnt zu werden. Ich plädiere deshalb dafür, Arbeit ein Stückweit als Kulturbegriff zu sehen, da sich nur so die grundsätzlich unterschiedlichen Auffassungen von Arbeit im historischen oder kulturellen Kontext überhaupt begreifen lassen. Ich möchte versuchen, dies schlaglichtartig an drei Bereichen dieses Wandels festzumachen.

### **(1) Definition Arbeit – Nichtarbeit**

Im Laufe der Zeit verschiebt sich die Trennlinie zwischen Arbeit und Nichtarbeit. Der römische Rhetor verstand das, was er tat, nicht als Arbeit, es war Ausdruck seiner Lebensführung. Heute lassen wir uns als Ghostwriter für das Schreiben von Diplomarbeiten bezahlen. Zunehmend werden immer mehr Tätigkeiten als Arbeit betrachtet, die früher zum eigentlichen Amt, zur eigentlichen Lebensführung, zur eigentlichen sozialen Selbstwahrnehmung zählten.

### **(2) Motivation von Arbeit**

Galt Arbeit in der Antike als Privatangelegenheit, etwas was man im Oikos, in der Hauswirtschaft machte, was aber niemanden zu interessieren brauchte, und galt Muse als die Zeit, in der man die *vita activa* pflegte, also sich um die öffentliche Sache kümmern

konnte, um so der *res publica*, dem Staat zu dienen, wird im Bürgertum die Arbeit öffentlich. Dies gipfelt schließlich in der bürgerlichen Gesellschaft der Neuzeit in einer völligen Umkehrung des ursprünglichen Verhältnisses und des Verständnisses von Lebenszeit als Freizeit und Lebenszeit als Arbeitszeit. Die Motivation zur Arbeit hat sich verändert, es kommt zu einer Veränderung dessen, was als gesellschaftliche Legitimation von Arbeit angesehen wird. Galt in der Antike eine Tätigkeit moralisch um so mehr, je ungezwungener sie erfolgte, wird nun der Gelderwerb zum Motiv. Der antike Adelige konnte es sich selbstverständlich leisten, hinter seinem eigenen Pflug herzulaufen, Odysseus ist stolz darauf, sein Ehebett selbst gezimmert zu haben, aber man tat all dies freiwillig und schon gar nicht zum Zwecke des Gelderwerbs. Rechtsberatung wird nun in der Neuzeit als Beruf und nicht mehr im Sinne eines Patronats ausgeübt; das Honorarium wird zum Motiv für Arbeit, und diese ist nicht mehr getragen vom Selbstverständnis des Patriziers, der im Interesse seines Klienten oder Kolonen tätig wird. Hier hat sich die Grenze dessen, was als Arbeit und was als Nicht-Arbeit gesehen wird, verschoben.

### **(3) Soziale Bedeutung der Erwerbsarbeit**

Die soziale Bedeutung der Erwerbsarbeit hat sich natürlich auch geändert. Weder für die Antike noch für das Mittelalter verband sich mit Arbeit irgendein sozialer Status, der soziale Status verbot vielmehr die Arbeit in bestimmten Branchen. Für die antiken Menschen waren die Erwerbsmöglichkeiten durch den sozialen Stand begrenzt. Jetzt beginnen die Erwerbsmöglichkeit den sozialen Status selbst zu definieren und zu bestimmen. Was sind Sie von Beruf? Zahnarzt! Klingt gut, so jemanden kann man sich schon mal als Schwiegersohn vorstellen. Das sind die gesellschaftlichen Vorstellungen. Im Laufe der Zeit hat sich diese Einschätzung jedoch noch einmal in Richtung auf eine stärkere Betonung der beruflichen Tätigkeit verschoben. Im 19. Jahrhundert konnte man noch auf den Erfolg selbst verweisen. Wenn Sie in Wien einmal auf den Zentralfriedhof gehen, dann achten Sie einmal auf die Grabsteine. Dort werden Sie nette Berufsbezeichnungen finden, die eigentlich gar keine sind: Privatier oder Realitätenbesitzer, das heißt so viel wie „ich habe mein Geld gemacht, ich besitze drei Mietskasernen, das langt mir für mein Auskommen“. Wenn Sie heute sagen ich bin Privatgelehrter, dann würde man sofort vermuten, daß sie jemand sind, der damit nur kaschieren will, daß er eigentlich der Sozialkasse zur Last fällt. In der bürgerlichen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts schließlich werden Berufsarbeit und die eigene Leistung zu den legitimierenden Erfolgsfaktoren schlechthin. Sie begründen den sozialen Status und die entsprechenden politischen Mitspracherechte.

Was heißt es, wenn wir Arbeit als Kulturbegriff definieren? Schauen wir uns einmal die Kennzeichen unserer bürgerlichen Arbeitsvorstellung an. Arbeit ist definiert durch öffentliche Anerkennung, entweder in Form von Lohn oder Prestige. Adam Smith schreibt, daß das Prestige für einen Hochschulprofessor schon ein Teil seines Lohns ist. Nicht-

entlohnte Tätigkeit dagegen wird zur Privatangelegenheit – Ehrenamt oder Hobby. Arbeit wird zum zweiten legitimiert durch das Streben des Einzelnen nach Verbesserung seiner sozialen Lage. Das ist der klassische Motor den über Maltus bis hin zu John Stuart Mill alle klassischen Ökonomen annehmen. Das bedeutet aber im Umkehrschluß – und jetzt wird es haarig –, daß jeder für seine soziale Situation nun auch selbst verantwortlich ist. Erwerbsarbeit ist zum dritten die Voraussetzung für die Zugehörigkeit zur bürgerlichen Gesellschaft; die bürgerlichen Sekundärtugenden – Fleiß, Pünktlichkeit, Arbeitseifer – werden zum Indikator des guten Bürgers. Die bürgerliche Gesellschaft hat Armut durch Arbeitslosigkeit ersetzt. Armut wird jetzt zum selbstverschuldeten Unglück, denn ich könnte ja arbeiten. Damit steht die bürgerliche Gesellschaft vor einem kleinen Problem, denn sie muß nun das Recht des Armen auf die Almosen des Reichen auch konsequenterweise durch das Recht des Arbeitslosen auf Arbeit ersetzen. Ein Problem, dem sich Adam Smith und John Stuart Mill durchaus noch stellten. John Stuart Mill schreibt:

„Allgemeine Gefühle sehen es als eine Pflicht der Reichen oder des Staates an, für alle Armen Arbeit zu finden. Wenn der moralische Einfluß der öffentlichen Meinung die Reichen nicht veranlassen kann, von ihrem Verbrauch soviel zu sparen, um allen Armen zu einem gerechten Lohn Arbeit zu verschaffen, gilt es als Pflicht des Staates, entweder durch lokale Abgaben oder durch Bewilligung öffentlicher Geldsummen, Steuern zu diesem Zweck zu erheben.“<sup>12</sup>

So viel zum Thema Liberalismus. Diese Forderung betrifft nun die Grundlagen der Marktwirtschaft. Wenn die Marktwirtschaft dieses Versprechen nicht einlösen kann, gefährdet sie ihre eigenen normativen Grundlagen. Innerhalb der modernen ökonomischen Theorie steht der Warencharakter der Arbeit im Vordergrund. Wir gehen davon aus, daß Arbeit beliebig fragmentierbar, beliebig substituierbar ist, daß wir uns im Prinzip den Wert der Arbeit und das Grenzprodukt ausrechnen können. Dieser Arbeitsbegriff stellt aber genau das dar, was Lorenz mit seiner Hypertrophie gemeint hat. Er hat nichts mehr mit der sozialen Funktion oder der gesellschaftlichen Realität von Arbeit zu tun, sondern ist einfach zur Rechengröße degeneriert. Diese rein ökonomische Interpretation verkennt, historisch gesehen, die kulturellen Eigenheiten des Arbeitsverständnisses. Ich möchte daher jetzt abschließend in aller gebotenen Kürze auf drei Irrtümer in diesem Zusammenhang hinweisen.

### ***Arbeitsmotivation***

Arbeit ist entweder intrinsisch motiviert (Eigenarbeit) oder inzitativ, also durch Lohn motiviert. Der nötige inzitative Anreiz richtet sich nach dem als Kompensation für das Arbeitsleid erwarteten Lohn, man könnte auch Opportunitätskosten ansetzen. Der Ver-

---

12 *John Stuart Mill: Grundsätze der politischen Ökonomie – mit einigen ihrer Anwendungen auf die Sozialphilosophie*, Bd. 1, in: Waentig, H. (Hrsg.), *Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister*, Bd. 17. Jena 1924, S. 535.

such Niedriglohngruppen schaffen zu wollen, um so Arbeit als Ware zu billigen Preisen auf den Markt zu bringen, scheidet an den erwarteten Kompensationszahlungen, denn diese Arbeit ist letztendlich weder intrinsisch noch inzitativ motiviert. Entweder gilt es, Arbeit so auszugestalten, daß sie eine bestimmte Befriedigung verschafft – dann ist der einzelne auch bereit, sie zu niedrigeren Löhnen auszuüben – oder sie muß mit entsprechenden Kompensationsleistungen versehen werden. Deswegen glaube ich, daß jeder Versuch, Billiglohngruppen zu schaffen, letztendlich genau hieran scheitern wird.

### ***Sinnstiftung***

Das bürgerliche Konzept der Erwerbsarbeit sieht Arbeit als sinnvolles Tätigsein. Industriearbeit erwies sich dabei aber historisch nur in zwei Phasen überhaupt als erfolgreiches Modell, und zwar in der frühen Industrialisierung und in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. In beiden Fällen war man bereit, ein Versprechen auf eine bessere Zukunft zu akzeptieren. Man war bereit, Arbeitsleistung gegen die Kompensation des Versprechens auf zukünftig bessere Verhältnisse zu akzeptieren, sei es für die Einzelperson oder für die ganze Arbeitergruppe. Dieses Versprechen wurde über lange Jahre hinweg eingelöst. Der heute so oft konstatierte Wertewandel, Stichwort: Freizeitgesellschaft, Spaßgesellschaft oder ähnliches, ist mithin Stückweit nichts anderes als die Folge des Entzugs der motivationalen Grundlage der Arbeit, denn das Versprechen auf die bessere Zukunft glaubt niemand mehr. Intrinsisch motiviert wird vom einzelnen die Freizeit der Arbeit vorgezogen – und das nicht nur in der Antike.

### ***Herausforderer an die Unternehmen***

Wenn Erwerbsarbeit weder die Möglichkeit zur Befriedigung intrinsischer Motive taugt, noch die Sicherung dauerhafter Erwerbseinkommen bietet, dann müssen sich logischerweise neue Arbeitsmuster etablieren. Ob diese dann allerdings zwangsläufig den Erfordernissen industriell abhängiger Beschäftigung entsprechen, mag dahingestellt sein. Gelingt es nicht, extrinsisch zur Arbeit zu motivieren, dann müssen Unternehmen Arbeitsplätze bereitstellen, die es erlauben, Arbeit als sinnstiftende Tätigkeit zu erfahren. Zukünftige Arbeitsverhältnisse werden darauf entscheidend Rücksicht nehmen müssen.

Ich möchte mein Referat daher mit fünf Thesen für eine menschenwürdige Arbeitsgesellschaft abschließen.

### ***These 1: Arbeit will belohnt sein***

In diesem kurzen Abriß der historischen Entwicklung ist deutlich geworden, daß Arbeit belohnt sein will. Im Konzept der Erwerbsgesellschaft gilt Arbeit als Schlüssel zu individuellem und gesamtgesellschaftlichem Wohlstand. Nur durch eigene Arbeit legitim erworbener Reichtum gilt als gesellschaftlich wünschenswert. Arbeit eröffnet die Möglichkeit, Wohlstand zu mehren und das eigene materielle Fortkommen zu sichern. Ar-

beit und Belohnung sind miteinander verknüpft. Der Versuch, wie es von einigen Soziologen propagiert wird, Arbeit und Entlohnung zu trennen (negative Einkommenssteuer, Bürgergeld usw.), widerspricht der gesellschaftlichen Bedeutung von Arbeit. Niemand wird rein eigenmotiviert dauerhaft bereit sein, karitativ tätig zu werden – das funktioniert nicht.

### ***These 2: Arbeit ist eigenmotiviert***

Arbeit ist auf der anderen Seite mehr als eine entlohnte Tätigkeit. Arbeit ist stets final auf die Entstehung eines Werkes, auf das man stolz sein will, gerichtet. Arbeit ist damit Selbstbestätigung und vermittelt Kompetenz – das ganze Problem, das wir mit der Entfremdungstheorie u. ä. haben. Dieser Aspekt tritt in der Vorstellung zu Tage, daß der Mensch durch Arbeit Kultur schafft. Robinson Crusoes Worte:

„... daß all dies mir gehörte, daß ich der unanfechtbare König und Herr über das gesamte Land war und das Recht auf seinen Besitz hatte. ...“<sup>13</sup>

sind durchaus nicht ironisch gemeint. Was macht Robinson? Er schafft sich selbst eine eigene Kultur – durch seiner eigenen Hände Arbeit. Das ist der Schlüsselroman zum Verständnis des neuzeitlichen Arbeitsverständnisses. Arbeit wird zum Kennzeichen des Menschseins. Arbeit dient nicht nur der individuellen Daseinsvorsorge, sondern auch dem Schaffen von Kultur. Jeder Versuch, Arbeit ausschließlich in Form von Erwerbsarbeit in rudimentärsten Wortsinn ausgestalten zu wollen, zerstört langfristig die Werte, auf denen die bürgerliche Gesellschaft letztlich aufruht.

### ***These 3: Arbeit ist die Chance zum gesellschaftlichen Aufstieg***

Das ist das Versprechen der bürgerlichen Gesellschaft. Die Wertschätzung der Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft ist mit der Möglichkeit, soziale Chancen wahrnehmen zu können, verknüpft. Interessant ist, daß Arbeit ähnlich funktioniert wie Demokratie. Demokratie hat den Vorteil, daß ich, wenn ich mit meiner Meinung keine Mehrheit finde und scheitere, nun von vorne anfangen kann. Wenn ich mit meinem Handwerk scheitere, keinen Erfolg habe, dann kann ich auch von vorne anfangen. Das ist ein großer Vorteil dieser Vorstellung von bürgerlicher Erwerbsarbeit: Ich bin nicht in eine Kaste hineingeprüßt, ich bin nicht sozial determiniert, ich kann es immer wieder von Neuem wagen. Das bedeutet nicht, daß wir mit Arbeit nicht scheitern können. Die Chance, die mir die Erwerbsgesellschaft gibt, bedeutet auch das Risiko, scheitern zu können. Problematisch wird dieses Versprechen aber dann, wenn ein ganzer Teil der Bevölkerung bereits von vorneherein der Chancen beraubt wird, sich überhaupt durch Arbeit beweisen zu können. Das heißt, der Ausstieg der Unternehmen aus der Verantwortung der betrieblichen

---

13 *Daniel Defoe*: Das Leben und die höchst merkwürdigen Abenteuer des Robinson Crusoe aus York. München 1981, S. 184.

Ausbildung weist in meinen Augen in eine ziemlich gefährliche Richtung. Wenn Sie einer ganzen Generation von 16 bis 17-jährigen Schulabgängern erklären, wir brauchen eure Arbeit nicht, wir wollen euch gar nicht ausbilden, wir brauchen euch sowieso nicht, dann haben Sie dieses Versprechen nicht eingelöst mit entsprechenden Frustrationsfolgen.

#### ***These 4: Arbeit ist Berufsarbeit***

In der gesamten bürgerlichen Gesellschaft wird Arbeit als Berufsarbeit definiert. Dies geht zurück bis ins Mittelalter und die Handwerkszünfte. Berufsarbeit definiert Schichtzugehörigkeit, ich bin eben Lehrer oder Handwerker oder Selbständiger oder Beamter. Das definiert meinen Bekanntenkreis, meine soziale Zugehörigkeit, meine Einkommensmöglichkeiten bis hin zu der Art und Weise wann und wo ich Ferien mache. Allerdings erfordert das natürlich keine lebenslange Zugehörigkeit zu einem Unternehmen. Trotzdem, wenn sich die Beschäftigungsverhältnisse immer schneller verändern, dann gewinnt auch lebenslanges Lernen im Rahmen beruflicher Weiterbildung zunehmend an Bedeutung. Damit aber wächst auch die unternehmerische Verantwortung. Oswald von Nell-Bräuning hat dies in den 70er Jahren ganz drastisch formuliert:

„Den Arbeitnehmer an einem Platz festhalten, an dem er in Wahrheit nutzlose Arbeit verrichtet, mag den Anschein eines Werkes der Barmherzigkeit haben; in Wirklichkeit heißt es, den Menschen entwürdigen ...“<sup>14</sup>

Die Menschenwürde verlangt es, dem Arbeitnehmer eine sinnvolle Tätigkeit zuzuweisen. Rechtzeitige Anpassung an eine veränderte Marktsituation oder rechtzeitige Umorientierung in der Produktion sind nicht nur Anforderungen einer dynamisch-expansiven Wirtschaft, sondern sie dienen auch dem Menschen. Das heißt, Unternehmen stehen hier durchaus in der Verantwortung: Wenn das Beschäftigungsrisiko der Mitarbeiter steigt, dann fordert es ein Prinzip der Gerechtigkeit, das Risiko auch gleichmäßig zu verteilen.

#### ***These 5: Arbeit ist vertraglich geregelte Arbeit***

Zentralisiert erbrachte Arbeit basiert wesentlich auf vertraglicher Vereinbarung, sei es implizit oder sei es explizit. Erst die Erwartung hinreichend stabiler Arbeitsverhältnisse läßt die Berufsausbildung im klassischen Sinne überhaupt als persönliche Vorleistung sinnvoll erscheinen und macht eine loyale Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehung möglich. Wenn von den Unternehmen zunehmend auf der einen Seite zwar Loyalität gefordert wird, sichere Arbeitsverhältnisse aber nicht mehr garantiert sind und Arbeitnehmer in prekäre Beschäftigungsverhältnisse hineingezwungen werden, dann widerspricht das

---

<sup>14</sup> Oswald von Nell-Breuning: Der Mensch in der heutigen Wirtschaftsgesellschaft. München 1975, S. 71.

diesem impliziten Vertrag. Dann müssen wir andere Verträge schließen, dann darf ich keine Loyalität mehr fordern, dann habe ich aber auch eine andere Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

# Ökonomische Transformation und Menschenwürde

*Prof. Dr. Kajo Schommer\**

Sehr geehrter Herr Blum, meine Damen und Herren, herzlichen Dank. Ich danke auch für die einführenden Worte von Herrn Prof. Blum. Ich glaube, wir haben alle richtig verstanden, daß der Freistaat eine gute Politik gemacht hat und daß er gute Berater hatte.

Es muß anstelle „Von Sachsen lernen?“ „Von Sachsen lernen!“ heißen. Natürlich sind wir das Land mit der besten Hauhaltslage in den neuen Bundesländern. Wir haben nach Bayern die zweitniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung, bei den anderen liegt sie mehr als doppelt so hoch wie bei uns. Um sich eine Vorstellung zu machen, was das bedeutet, sage ich es in DM, dann klingt es noch etwas gewaltiger: Hätten wir die gleiche Pro-Kopf-Verschuldung gehabt, wie Brandenburg oder Sachsen-Anhalt, hätten wir im Jahre 2001 rund 1,4 Mrd. DM mehr an Zinsen zahlen müssen. Das ist Geld, das wir in Politikfelder, und zwar die richtigen, einsetzen konnten.

Ich bin am 8. November 1990 vereidigt worden und war bis Mai 2002 für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr verantwortlich. Ich bin dann zurückgetreten, nachdem Kurt Biedenkopf auch erklärt hat, daß er aufhört.

Zum Thema selbst: „Ökonomische Transformation und Menschenwürde“.

Die Frage ist, was ich eigentlich mache, wenn ich die Arbeitsplätze von Millionen Menschen abwickeln muß, wenn ich ganze Volkswirtschaften umgestalten soll. Endlich stellt einmal einer die Frage nach den Menschen und nicht immer nur nach dem human capital oder nach den Synergieeffekten. Ich glaube, das ist einer der Kernpunkte. Wenn ich mich mit Attac auseinandersetze, dann genügt es nicht zu sagen, das sind wilde Kritiker. Sie thematisieren bekanntlich etwas, nämlich die Frage nach dem Sinn von permanentem Wachstum. In den 70er Jahren haben wir in „die Hände gespuckt für das Bruttosozialprodukt“. Warum eigentlich? Ich muß den Menschen erklären, warum ich Wachstum will.

Oder wenn ich jetzt das Heuschreckenthema aufnehmen will und die Frage der Equity-Gesellschaft, die z. B. Grohe in Hemer übernommen hat und andere auch, die nichts anders tun als Riesenkaufpreise zahlen, die nur zu einem Viertel aus Eigenkapital finanziert werden und für den Rest lassen sie das Unternehmen Schulden aufnehmen. Dann muß das Unternehmen sparen, um die Schulden wieder abzutragen und dann wird es weiterverkauft. Sparen heißt Menschen einsparen. Das ist eine fatale Entwicklung. Und daß da die Leute auf die Barrikaden gehen, ist verständlich.

---

\* Sächsischer Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit a. D., Dresden.

Wie ist es damals 1990 mit der deutschen Einheit gewesen, als wir eine ganze Volkswirtschaft transformiert haben? Ein spannendes und gutes Thema, ich rede jetzt nämlich über ökonomische Transformation und Menschenwürde. Hier kurz meine Definition: Tennessee greift auf das zurück, was Herr Piper gesagt hat, nämlich Ordnungspolitik muß dafür sorgen, daß Kapitalismus und Marktwirtschaft sich entwickeln können und der Staat muß eine menschenwürdige Ordnung schaffen und er leitet da drei Thesen ab, die auch Handlungsmaxime unserer Politik waren, nämlich Ordnung muß Autonomie zulassen, das heißt Freiheit. Jeder muß menschenwürdig leben können und menschenwürdige Ordnung muß fehlertolerant sein.

Für uns hat Menschenwürde in diesem Sinne immer eine ganz wichtige Rolle gespielt. Wenn ich jetzt etwas zu Sachsen und unserer Politik sage, möchte ich aber noch vor die Zeit der Deutschen Einheit und vor den Beginn der Regierungszeit in Sachsen gehen, weil ich nämlich nicht nur enttäuscht, sondern frustriert bin, daß das Thema Deutsche Einheit fast ausschließlich unter fiskalischen Aspekten gesehen wird. Man vergißt völlig, welche fundamentalen Veränderungen sich in der Welt durch den Fall der Mauer und die Demonstrationen der Sachsen ergeben haben. Der hat zum Zusammenbruch des ganzen sozialistischen Systems des Ostblocks, zum Zusammenbruch der Sowjetunion und der mittel- und osteuropäischen Länder geführt. Natürlich haben die Perestroika und Ungarn auch eine wichtige Rolle gespielt, aber der Mauerfall war ein ganz entscheidender Faktor.

Wenn wir heute wieder zurückkehren zum Europa in den alten, abendländischen Grenzen und damit Demokratie und Marktwirtschaft, also Menschenwürde, in allen Staaten haben, dann ist das ein Ergebnis der Deutschen Einheit. Das heißt, die Sachsen und die Menschen in den neuen Ländern haben einen dramatischen Beitrag geleistet, anders als die Westdeutschen, die Bayern oder die Nordrheinwestfalen, wo ich herkomme, die daraus ihren Nutzen gezogen haben. Sie haben für Freiheit gekämpft, eben für Werte und Menschenwürde, und das ist das Ergebnis, das wir heute haben. Das ist eine epochale Entwicklung, hervorgerufen durch den Fall der Mauer und die Demonstrationen. Die Deutsche Einheit wird Geschichte machen und hat Geschichte gemacht, das werden später andere noch sehen.

Was war eigentlich der Unterschied zu 1949? Es heißt doch, nun haben wir die Einheit und das Geld und nun gibt es genauso ein Wirtschaftswunder wie das nach dem Zweiten Weltkrieg. Nein, es war nicht so. Es war fundamental anders als 1949. In Deutschland gab es immer Eigentum, es gab die Rechtsprechung, das HGB, das BGB, es gab Kalkulationen, Bilanzen, das alles gab es, aber nicht in der DDR. Dort gab es kein Eigentum. Es gab den bevormundenden Staat, es gab den RGW, worin auch die DDR-Wirtschaft integriert war, so daß sie sich nicht eigenständig entwickeln konnte, und es gab in dem Sinne kein Unternehmertum, mit all den Facetten, die dafür erforderlich sind.

Und, auch das muß man wissen, über die Hälfte der lebenden Sachsen ist im Sozialismus geboren und erzogen worden. Und jeder weiß, wie ich als Kind in den ersten Le-

bensjahren beeinflusst werde, das bestimmt mein Denken und mein Handeln ein ganzes Leben lang. Da kann ich nicht einfach sagen, jetzt seid ihr frei, nun arbeitet mal und seid Marktwirtschaftler. Man mußte akzeptieren, daß die Menschen anders waren, daß sie nicht so sein konnten, wie wir es sind. Drei Bereiche standen durch die Deutsche Einheit im Mittelpunkt:

- Einmal der Staat. Es hat eine komplette Transformation von einem zentralistischen Arbeiter- und Bauernstaat in einen föderalen Bundesstaat stattgefunden und dann noch in Europa. Für die Menschen war es der Wechsel von der Bevormundung hin zur Forderung nach mehr Eigenverantwortung. Man muß sich das vorstellen, auf einmal mußten die Menschen für sich selber sorgen, was ihnen vorher alles der Staat abgenommen hat. Wer für sich selber sorgen mußte, der lief Gefahr, daß das nicht gut ging. Und auch mental: Bei uns war es so, daß sich die älteren Menschen um die jüngeren gekümmert haben, wenn sie arbeitslos wurden, daß sie einen Job bekamen. Jetzt war es umgekehrt, die Jungen hatten einen Job und die Alten wurden arbeitslos. Was das für die Psyche, für das Mentale bedeutet! Der dritte Bereich ist der Wirtschaftsbereich, die Transformation von einem in den Ostblock integrierten Staat, von einer Planwirtschaft hin zu einer Marktwirtschaft, und das über Nacht, dem 1. Juli 1990, dem Beitritt zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, mit den Folgen einer über 400-prozentigen Aufwertung des Geldes, mit dem Wegfall sämtlicher Schutzmauern. Die Produkte und Dienstleistungen mußten sich messen mit denen der Franzosen, der Italiener, der Briten, der Westdeutschen – über Nacht. Das ist eine dramatische Herausforderung gewesen und diese Transformation hat den Menschen viel abgefordert.
- Aber es kommt noch ein Zweites dazu, was nie angesprochen wird und dessen Ursachen und Bedeutung auch hier in diesem Saal nur in der Zukunftskommission thematisiert worden ist, nämlich die Wissensgesellschaft. Wissensgesellschaft möchte ich mit drei Begriffen definieren: Wissensgesellschaft heißt, nicht mehr Erwerbsarbeit ist der entscheidende Produktionsfaktor, sondern Wissen und Kapital. Was ändert sich? Nie hat sich die Kumulation von Wissen so schnell entwickelt wie jetzt. Wir haben das Problem der Globalisierung, das heißt nicht das Problem der internationalen Arbeitsteilung. Globalisierung heißt, daß weltweit etwa mehr als eine Milliarde Menschen in der Lage sind, Industrieprodukte herzustellen und Dienstleistungen zu erbringen, die eben jahrhundertlang nur die Industriestaaten herstellen konnten. Und das zu ganz anderen Konditionen, weil sie einen wesentlich niedrigeren Lebensstandard haben und ihre eigenen Produkte nicht kaufen können. Das Zweite ist die Fähigkeit, den technischen Fortschritt zu standardisieren. Wenn ich Arbeit standardisieren kann, kann ich Menschen durch Maschinen ersetzen. Das nimmt dramatische Ausmaße an. Gerade die sächsischen Maschinenbauer als Erfinder sind stolz, daß sie Maschinen haben, die 24 Stunden ohne menschliches Zutun komplizierte Produkte fräsen,

bearbeiten und herstellen können. Menschen werden immer weniger gebraucht, zumindest in diesem Bereich.

- Und das Dritte ist die Informations- und Kommunikationstechnologie, die Wissen für jedermann zu jedem Zeitpunkt an jedem Ort verfügbar machen kann. Das heißt, die Welt hat sich grundlegend geändert. Zu diesem Strukturwandel kam nun noch die Transformation, nämlich der Wechsel von einem sozialistischen in ein marktwirtschaftliches System. Eine doppelte Belastung mit entsprechenden dramatischen Eingriffen.

Dies nur, um zu verstehen, was eigentlich in den letzten fünfzehn Jahren passiert ist.

Was waren die Voraussetzungen für die Akzeptanz solch dramatischer, persönlicher und auch gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Veränderungen durch die Menschen? Was mußten unter dem Aspekt Menschenwürde Schwerpunkte für die Politik sein? Es ist das große Verdienst von Kurt Biedenkopf, der genau diese Schwerpunkte gesetzt hat. Wir haben es nicht so definiert, aber wenn ich Ihnen die Schwerpunkte nenne und sie mit dem Begriff Menschenwürde vergleiche, wie Sie ihn definiert haben, dann paßt das. Der große Denker Kurt Biedenkopf hat genau das formuliert und zur Politik gemacht, worüber wir heute hier diskutieren. Aber man hat das nur bei uns in Sachsen und nicht woanders getan.

Der erste wichtige Punkt ist die Selbstachtung. Es ist verheerend gewesen, wie man versucht hat, den ehemaligen DDR-Bürgern ihre Vergangenheit zu nehmen. Man sagte, ihr seid Kommunisten, ihr seid schlecht gewesen. Ein Mensch ohne Vergangenheit ist nicht fähig, Zukunft zu gestalten. Und es gab vieles Positives und Gutes in der DDR. Also hören wir endlich auf, zu sagen, die DDR war die SED. Die Menschen in der DDR haben nicht nur für uns den 2. Weltkrieg verloren, sie haben enorme Leistungen vollbracht, und das muß man anerkennen und darf nicht von den Parteigenossen auf die Menschen der DDR schließen. Das war ein wichtiger Punkt, den wir unserer Politik vorangestellt haben.

Wir haben den Menschen erklärt, was Freiheit und Eigenverantwortung heißt und versucht, sie dorthin zu führen. Das muß man lernen. Man nennt es in der Tierwelt auswildern, wenn man die Tiere im Käfig hatte und in die freie Wildbahn entläßt. So mußten es die Menschen lernen. Wir mußten ihnen sagen, wofür sie Eigentum brauchen und was damit gemacht wird. Das war ein zweiter wichtiger Punkt, um ihnen den Wandel zu ermöglichen.

Der dritte war, und das ist ohnehin das größte Defizit der deutschen Politik, nämlich den Menschen die Wahrheit zu sagen. Zu sagen, was tatsächlich ist, das Ziel, wo man hinwill erklären und auch den Weg, begründen, warum was geschieht.

Ich will das an den Kernthemen dreier Landtagswahlkämpfe erklären. 1990 ist Kurt Biedenkopf in den Wahlkampf gezogen und hat gesagt: Leute, ihr jubelt mir alle zu.

Wenn ihr mich wählt, müßt ihr alle arbeitslos werden, damit es euch besser geht. Eure Arbeitsplätze sind nicht wettbewerbsfähig. Wir brauchen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und die werden völlig anders sein als die, die ihr jetzt habt.

1994 hat das Kabinett einen Haushalt ins Parlament eingebracht, wo zum ersten Mal die Neuverschuldung zurückgefahren wurde. Wir haben den Bürgern vor der Wahl gesagt, daß wir die Verschuldung stoppen müssen, weil wir sonst nicht mehr handlungs- und politikfähig sein werden. Wir haben gesagt, Leute, ihr wißt selber, wenn ihr als Unternehmer tätig seid, wenn ihr zuviel Kapital aufnehmt, wenn ihr zuviel Schulden macht, geht ihr in den Konkurs. Laßt uns auf das Notwendigste konzentrieren, das Schöne kommt später, wenn die anderen schon keine Luft mehr zum Atmen haben. Wir sind wiedergewählt worden.

1999 habe ich im Wahlkampf den Hinweis auf die Wissensgesellschaft angebracht. Wir müssen aufhören, von Wirtschaftswachstum zur Lösung der Arbeitsplatzprobleme zu reden. Mit Wirtschaftswachstum allein schafft man keine Arbeitsplätze. Es ist vor hundert Jahren nachgewiesen worden, daß Wirtschaftswachstum zu weniger anstatt zu mehr Arbeitsplätzen führt. Ich brauche Wirtschaftswachstum, aber nicht, um das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen. Das hat andere Gründe.

Aber derjenige, der älter als 50 Jahre und länger als zwölf Monate arbeitslos ist, das waren fast alle, die da saßen, der wird nie mehr eine Chance haben, einen regulären Arbeitsplatz zu bekommen. Trennt euch davon, besinnt euch auf ein vernünftiges Leben und stellt euch nicht unter den Druck, jede Umschulung mitzumachen. Wir helfen euch. Wir haben Programme geschaffen. Wenn ihr euch in der „Aktion 55“ engagiert, wer in der Kirche tätig wird, wer etwas in der Kommune macht, der bekommt netto 150,- DM und war damit wieder integriert. Stellt euch darauf ein. Wir haben ihnen gesagt, wie es kommen wird und nichts Falsches versprochen. Bei allen drei Landtagswahlen ist die Christliche Union mit absoluter Mehrheit gewählt worden, und zwar von allen Wahlkreisen direkt. Das hat es nie in Deutschland gegeben, auch in Bayern nicht. Man muß die Menschen auf die Dinge aufmerksam machen und sie hinführen, dann wird es funktionieren.

Außerdem haben wir uns die Frage gestellt, was ist für die Menschen wichtig, die solche enormen Anpassungsleistungen zu vollbringen haben? Das ist ein Arbeitsplatz, und zwar ein wettbewerbsfähiger, ein eigenes Einkommen und soziale Sicherung, vor allen Dingen auch im Alter, und ein Dach über dem Kopf. Das haben wir gemacht. Das hat auch die Bundesregierung durch die Sozialtransfers sichergestellt. Das war der einzig richtige Weg.

In Rußland hat man das nicht getan. Das Ergebnis war, daß die Nomenklatura die neuen Beherrscher der Ressourcen wurden und das Volk verarmte. Nun muß Putin das alles mit Macht zurückdrehen, um dieses Land langsam nach oben zu bringen.

Es geht immer um Menschen. Wenn ich den Menschen die Sicherheit gebe, daß sie nicht ins soziale Nichts fallen, wenn sie verstehen, warum etwas geschieht, werden sie jeden Wandel mitmachen. Das gilt auch, wenn es nach der nächsten Bundestagswahl wirklich zu Änderungen des Steuersystems, des Sozialsystems und der Wirtschaftspolitik kommen sollte.

Was gehört denn nicht zu einer Politik, in der Menschenwürde im Vordergrund stand und die Transformation ermöglichte? Natürlich muß man der guten Form halber sagen, daß die sehr leichtfertige Äußerung, es wird alles sehr schnell gehen, blühende Landschaften werden entstehen und es kostet nichts, falsche Erwartungen auf beiden Seiten, in Ost und West, geweckt hat. Sie war falsch.

Kurt Biedenkopf, der im November 1990 gesagt hat, wir brauchen einen Solidarzuschlag, wir brauchen zusätzliches Geld, um dies alles zu finanzieren, ist böse von Kohl, Blüm und anderen angegriffen worden. So etwas konnten wir nicht brauchen. Auch keine Geldtransfers aus dem Westen zur Beruhigung des eigenen Gewissens, nach dem Motto: So nun habt ihr Geld und arbeitet und tut mal was. Ihr kriegt zuviel Geld, ihr kostet uns zuviel. Eine fatale Einstellung. Das dramatischste, was uns die Transformation erschwert hat, war aber das westdeutsche Besitzstandsdenken. Die Politik wollte keinen Wettbewerb. Wir reden immer von Föderalismus. Zum Beispiel das Tarifkartell: die Anpassung der Löhne im Osten an den Westen, war verheerend. Um das klarzustellen, natürlich ging das nicht bei einer Produktivität von 33 Prozent, aber nachdem sie Zweidrittel erreicht hatte, hätte man andere Wege gehen müssen. Wer hat das verhindert? Es waren westdeutsche Gewerkschaftler und westdeutsche Unternehmer, die den Wettbewerb natürlich auch über Lohnpreise fürchteten und deshalb den Leuten eingeredet haben, daß sie sehr schnell eine Anpassung brauchen. Menschenwürdigeres Verhalten wäre gewesen, wenn man uns hätte machen lassen. Dann wäre die Alternative in Sachsen zum Beispiel auch gewesen, wer Westgehalt haben will, 100 Prozent, kann es bekommen. Aber dafür muß er entsprechend mehr Zeit investieren, länger arbeiten, so daß dies kostenneutral geblieben wäre.

Das gleiche galt für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Diese sind ein Instrument aus den 70er Jahren in Westdeutschland. Als es in einigen Regionen anfang zu kriseln, wurde eine staatlich finanzierte Arbeitsmarktpolitik nach Tariflöhnen eingeführt. Mit einer verheerenden Auswirkung für uns. Denn in der DDR waren alle Arbeitnehmer in Kombinat organisiert. Diese Kombinate fielen nach der Wende in den Einflußbereich der IG-Metall; die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bedeuteten folglich, daß die Menschen gesetzlich vorgeschrieben Tariflohn, IG-Metall-Tariflohn, bekamen. Natürlich hat sich jeder ökonomisch richtig verhalten und sich gesagt, dann arbeite ich nicht als Kellner in einer Kneipe oder gehe in die Küche, sondern ich mache ABM. Das hat dazu geführt, daß wahnsinnig viel Geld verschleudert wurde und daß man die Leute daran gewöhnt hat, diese Droge der staatlichen Arbeitsmarktpolitik zu nehmen, bis sie nicht mehr davon lassen konnten. Wir haben vorgeschlagen, einen sogenannten Struktur-

passungssatz zu zahlen. Das heißt, jeder bekommt 400 DM oder was auch immer, und wer dann zusätzlich arbeitet, kann mehr bekommen. Aber die 400 DM bekommt er jeden Monat ohne jegliche Kontrolle überwiesen, ohne Bürokratie. Es wäre anders gegangen, aber man wollte es nicht.

Das gleiche betrifft die Umschulungen. Es ist menschenverachtend, wenn man sagt, Du mußt Dich umschulen lassen, damit Du einen Job bekommst, und dann sind zwölf oder 24 Monate vorbei und derjenige findet wieder keinen Job. Dann soll er etwas anderes lernen. Das macht er dann zwei-, dreimal. Davon haben nur westdeutsche Fortbildungseinrichtungen profitiert und die Menschen bei uns wurden frustriert. Das war menschenunwürdig. Gut gemeint ist manchmal auch das Gegenteil von gut.

Das Entscheidende war für uns die Verwaltungsbürokratie, die wir eins zu eins übernehmen mußten. Eine in vierzig Jahren gewachsene und perfektionierte Verwaltungsbürokratie für den Wohlstand in Westdeutschland mußte auf eine Bevölkerungsgruppe angewendet werden, die bei Null anfang. 1992 war Stoiber Innenminister und für Verkehr zuständig. Damals haben wir für das sogenannte Verkehrsplanungsbeschleunigungsgesetz gekämpft. Wir wollten beim Bau von Straßen und Eisenbahnlinien nicht die dreifachen Genehmigungsverfahren haben, die in Westdeutschland üblich waren. Ein Verfahren genügt doch! Dagegen hat sich der Westen gewehrt und es hat einen Eklat gegeben. Herr Stoiber bestand darauf, daß es entweder für alle gelten muß, und da wir das nicht durchsetzen konnten, sollte es keiner haben. Die Meinung war: Warum soll es euch besser gehen, ihr habt sowieso schon unsere guten Straßenbauer. Wir helfen euch doch. Wir wollten aber die Freiheit haben, es besser zu machen. Wir haben es dann doch durchgesetzt. Jetzt zum Jahresende läuft es aus. Anstatt zu sagen, wir machen das überall ... nein, die Angst vor föderalem Wettbewerb hemmt die Leute. Helmut Schmidt hat gesagt, schafft alle gesetzlichen Regelungen ab. Jedes Land soll selbst definieren, was es braucht und nach fünf Jahren wird überprüft. Wir hätten den ganzen Wahnwitz weggeworfen. Der Fortfall der Ermessensentscheidung von Verwaltungshandlungen war auch entscheidend. Dafür wurde dann die Einzelfallgerechtigkeit eingeführt. Das führte dazu, daß jede einzelne Verwaltungsentscheidung vor Gericht überprüft werden kann und daß man in jedem etwas strittigen Fall, wenn man sich unternehmerisch verhält, sofort die Staatsanwaltschaft am Halse hat. Da kann das Verwaltungshandeln in unternehmerischen Dingen nicht mehr funktionieren.

Das war mit einigen Worten das, was uns unsere Arbeit ermöglicht und das, was sie uns erschwert hat. In unserer Politik wurden die Schwerpunkte auf die Rahmenbedingungen gelegt. Wir haben uns auf den Ausbau der Infrastruktur, sowohl der Straßen als auch der Telekommunikation, konzentriert. Das Konzept der Leuchttürme ist ein sächsisches Bild. Wir wollten die industriellen Kerne erhalten. Wir haben uns auf die Ballungsräume, das Dreieck Leipzig, Chemnitz, Dresden konzentriert und dann erst ging die Entwicklung in die Regionen. Das haben wir auch den Menschen in der Lausitz, im Erzgebirge und im Elbtal erklärt. Wir haben ihnen gesagt, daß sie warten müssen. Das haben

sie auch akzeptiert, sie haben zwar auch gemosert, aber sie haben es akzeptiert. Anders war es in Brandenburg, dort ist das Geld überall hingeflossen mit dem Ergebnis Lausitzring, Chipfabrik, Cargolifter und anderen Fehlinvestitionen. Wir haben uns auf wenig konzentriert. Wir haben auch die Investitionsförderung und die Forschungsförderung auf innovative, nach vorne weisende Arbeitsplätze konzentriert, nicht wie andere Bundesländer (Thüringen, Sachsen-Anhalt), die jede Spedition, jeden Allerweltsarbeitsplatz gefördert haben, wenn jemand ein bißchen investiert hat. Wir haben das Handwerk gefördert und den Bau.

Jetzt will ich einen Satz zu den Sonderabschreibungen sagen. Die sind nach meiner Einschätzung die beste Entscheidung beim Aufbau Ost gewesen. 50 Prozent Sonderabschreibungen waren bei Bauinvestitionen möglich. Wenn man heute das Thema anspricht, heißt es, die Leerstände sind ja fürchterlich. Nein, die Leerstände sind menschenfreundlich. Warum? Erstens, weil in den vergangenen zehn Jahren Zehntausende gearbeitet haben, einen Job hatten. Sie hätten sonst Arbeitslosengeld bekommen. Zweitens, der Städtebau und die Sanierung sind in wenigen Jahren vorangekommen. Drittens hatte durch den Leerstand, also durch das Überangebot, jeder, der nach Sachsen kam und Büroräume oder Fabriken mieten wollte, günstige Konditionen, weil die Mieten nach unten gingen. Und das Entscheidende war, die Menschen aus Sachsen konnten sich neue Häuser kaufen oder bauen oder sich neue Wohnungen mieten, weil diese bezahlbar waren. Die einzigen Verlierer dieser Aktion waren diejenigen, die das Geld gegeben haben, um Steuern zu sparen. Herren, die gar nicht wußten, wo ihre Wohnung oder ihr Haus steht. Das gehört nun mal dazu, wenn ich nur Geld ausgabe, um Steuern zu sparen, kann ich auch verlieren. Beim Zocken kann man verlieren. Ich sage das jetzt so einfach und hoffe, daß keiner unter uns ist, der viel Geld bei uns investiert hat und es abschreiben mußte.

Die Haushaltspolitik haben wir besprochen, und die Zukunftskommission Bayern-Sachsen war entscheidend, weil sie nicht nur unser Denken beeinflußt, unsere Analyse geschärft hat, sondern alles das, was heute auch thematisiert wird, ist das Ergebnis ihrer Analysen, von der Wissensgesellschaft bis hin zu den Reformen, die jetzt auch in Berlin gemacht worden sind.

Transformation und Menschenwürde, bleiben wir bei dem Stichwort Vergangenheit. Was haben wir gemacht? Wir haben nicht gesagt, ihr ward Kommunisten 40 Jahre lang. Sondern wir haben gesagt, die industrielle Revolution in Deutschland vor 200 Jahren fand in Sachsen statt. Sachsen war bis in die 30er Jahre die Region in Europa mit dem höchsten Wirtschaftswachstum und dem höchsten Einkommen. Sachsen war schon kulturell hochentwickelt, als in Baden-Württemberg viele noch ihre Kinder verkaufen mußten, um überleben zu können. Wir haben gesagt, Leute, ihr packt es, ihr schafft das. Ihr Sachsen schafft das. So einfach ist das. Wir haben es gepackt, wir haben die größten Wachstumsraten beim Verarbeitenden Gewerbe in der Industrie. Sachsen ist das europäische Zentrum der Mikroelektronik, es ist, mit Bayern zusammen, das Automobilland.

Wir haben fünf Automobilfabriken in Sachsen. Maschinenbau, Biotechnologie, Nanotechnologie, das sind alles Bereiche, die sich phantastisch entwickelt haben und dieses Land nach vorne bringen. Stolz auf die Vergangenheit wecken und Mut machen, das war die Devise.

Wir haben auch mit den SED-Kadern aufgeräumt. In den ersten Monaten mußten wir jeden Dienstag in Kabinettsitzungen entscheiden, ob sie entlassen werden oder nicht. Sie waren ja alle Staatsangestellte. Wir haben uns, und das hat uns den Widerstand der Bürgerrechtler eingebracht, im öffentlichen Dienst nur von solchen getrennt, die entweder im engen SED-Führungskader waren oder die des eigenen Nutzens willen intensiv mitgearbeitet und dabei Dritten geschadet haben. Das waren die Kriterien. Jeder sollte die Chance haben, sich zu bewähren.

Wir haben die Hochschuldichte erhalten. Und ich glaube, wir haben sie auf Erfolg getrimmt. Die sächsischen Hochschulen sind im Ranking bundesweit wirklich gut. Herr Blum, der einer der Gründungsdekane für Wirtschaftswissenschaft war, kann das bestätigen. Wir haben die Forschungs-GmbHs evaluiert. Was ist das? In der DDR gab es eine unglaublich breite angewandte Forschung. Die fand aber nicht an Instituten, sondern in den Kombinatn statt, also in den Betrieben, die dann zerschlagen und umstrukturiert worden sind. Wir hatten 42 solcher Forschungs-GmbHs und die Treuhand hat gesagt, wenn die bis Ende 1992 nicht privatisiert sind, werden sie geschlossen. Darin konzentriert war das gesamte Forscherpotential für Sachsen. Wir haben sie mit dem Landtag zusammen evaluiert, jede einzelne Gesellschaft, nur eine einzige wurde geschlossen. Alle anderen existieren heute noch. Das ist ein Grund dafür, daß es so eine forschungsintensive Landschaft in Sachsen gibt. Und eben auch, daß dann Max Planck, Fraunhofer und die Helmholtz-Gesellschaften nach Sachsen kamen.

Das Gleiche gilt für die Kultur. Ich bin immer wieder erschrocken, wie kulturlos Politik und Journaille heute sind. Wenn ich mir die Diskussion anhören muß, alle müßten sparen, auch die Kultur, halte ich das für eine fatale Aussage. Der Staat hatte noch nie so viel Geld in seinen Haushalten wie jetzt, er gibt es nur falsch aus. Man muß Prioritäten setzen. Wenn Sie sich Europa anschauen, sind dort, wo Hochkultur war, die erfolgreichen Wirtschaftsregionen. Das ist Oberitalien, das ist Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen. Wir müssen, gerade in der Wissensgesellschaft, Prioritäten setzen und Kultur fördern. Wir haben ein Kulturrahmengesetz geschaffen, nachdem jede Region vom Staat Geld bekommt. Jede Region entscheidet selbst, was an kulturellen Einrichtungen erhalten bleibt und verteilt das Geld selber. Das funktioniert, und so kommt Leben in die Kulturszene.

Das nächste war unser Schulsystem. Wir haben für das Abitur nach zwölf Jahren gekämpft. Die Dummköpfe in Sachsen-Anhalt haben es auf 13 Jahre verlängert. Wir hatten das große Problem der Auseinandersetzung mit Bayern, die wollten, daß die Sachsen eine Aufnahmeprüfung an den Bayerischen Hochschulen machen müssen. Denn die können ja nicht so gut sein wie wir nach 13 Jahren. Der Hintergedanke war schlicht und

einfach nur der, daß alle zu feige waren, einen ganzen Lehrerjahrgang zu entlassen. Das hätte nämlich zwölf Jahre Schule bedeutet. Wir haben uns durchgesetzt, und die jungen Menschen sind früher fertig und genauso gut wie andere Abiturienten. In der Pisa-Studie liegen wir weit vorn.

Wichtig für die Menschen war auch, daß sie die Freiheit hatten, sich ein eigenes Urteil zur Geschichte zu bilden. Das hat auch mit Menschenwürde zu tun. Damit ist der Bereich Vergangenheit abgearbeitet.

Nun möchte ich noch etwas zum Stichwort Zukunft sagen.

Nur ganz kurz, weil das nur zum Teil sächsische Politik ist, zur Alterssicherung. Es war eine wichtige Entscheidung, daß alle Rentner der DDR in das Rentensystem, in die gesetzliche Rentenversicherung der BRD übernommen worden sind. Die Gewinner sind die Frauen der DDR, aber die haben ja auch 40 Jahre gearbeitet. Sie mußten schuften, anders als in den westlichen Bundesländern. Deshalb gibt es auch die höhere Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern, weil die Erwerbsneigung in der DDR wesentlich höher war. In Sachsen haben 90 Prozent aller Erwerbsfähigen gearbeitet. in Bayern und anderswo in Westdeutschland liegt diese Zahl unter 70 Prozent. Sie wollten auch immer arbeiten und deshalb sind mehr Menschen arbeitslos gemeldet. Nun heißt es immer, die haben ja keine Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt. Die Rentenversicherung ist ohnehin nur umlagefinanziert, also nicht kapitalgedeckt, so daß das keine Rolle spielt. Das war die Garantie dafür, daß die Menschen diese Transformation mitgemacht haben.

Der zweite Bereich war das Gesundheitssystem, auf das wir uns konzentriert haben. Wir haben in den Krankenhäusern Betten abgebaut und modernisiert, heute besitzt Sachsen eines der führenden Gesundheitssysteme in Deutschland.

Jetzt komme ich zum letzten Punkt, der Wirtschaft. Wir haben gesagt, wir brauchen für die Transformation die „gespaltene Volkswirtschaft“. Dieser Begriff stammt von Kurt Biedenkopf. Nämlich eine Volkswirtschaft, die im Westen nach marktwirtschaftlichen Kriterien funktioniert und eine im Osten, die noch vom Staat strukturiert und gelenkt wird, aber mit der Maßgabe, daß sich der Staat nach einer gewissen Übergangszeit aus allen Bereichen zurückziehen muß. Ich habe oft über das Thema „gespaltene Volkswirtschaft“ diskutiert. Man hat mit dem Kopf geschüttelt und gemeint, es gäbe nur eine Volkswirtschaft. Nein, es gibt völlig unterschiedliche Bedingungen und genau die haben wir berücksichtigt. Und der Staat hat sich aus allen Bereichen zurückgezogen. Bei der Sanierung der Industriekerne hat der Staat überall mitgemischt. Wir waren dafür, daß Verlustausgleich gezahlt wird, aber nur zeitlich begrenzt. Und dann war Schluß. Das hat funktioniert.

Wir hatten eben nicht SKET wie Sachsen-Anhalt oder die Kalibergwerke in Thüringen, wo man das alles nicht gemacht hat. Nicht den Mut gehabt hat, einzugreifen und sich

dann zurückzuziehen. Dann kam die Entscheidung, Wirtschaft und Arbeit zusammenzulegen. Kurt Biedenkopf kam zehn Minuten bevor er mich in der Fraktion im Kabinett vorstellte, zu mir und sagte, er hätte sich entschieden, ich sollte auch Arbeitsmarktpolitik machen. Arbeitsmarktpolitik sei Wirtschaftspolitik, denn Wirtschaft ist die Kombination von Arbeit und Kapital. Unsere Crux sei, daß in Deutschland Arbeitsmarktpolitik Sozialpolitik sei. Deshalb funktioniere sie nicht und es ginge uns schlecht. Das war für mich zunächst eine verblüffende Aussage.

Doch dann haben wir uns entschieden, daß wir die Umstrukturierung, die Transformation der Wirtschaft nicht vom Staat vorgeben, sondern daß die Sozialpartner das mit uns gemeinsam machen. Das heißt, Arbeitgeber und Gewerkschaften arbeiten zusammen. Das hat mit Menschenwürde zu tun. Wir haben das Aufbauwerk Sachsen gegründet, 25 Prozent Freistaat und Treuhand, 25 Prozent Arbeitgeber, 25 Prozent Gewerkschaften, 25 Prozent Dresdner Bank. Dann haben wir mit der IG-Metall zusammen an einem Wochenende 34 000 Leute entlassen und in Beschäftigungsgesellschaften überführt und dann schon wieder entlassen. Wir haben das gemeinsam gemacht. ATLAS war das Stichwort bei der Sanierung der Treuhandbetriebe. Wir waren das einzige Land, bei dem die Treuhand akzeptiert hat, daß wir bei deren Sanierung, denn die Treuhand mußte bezahlen, mitreden konnten. Wir haben Fachleute zusammengeholt unter ATLAS, das ist die Abkürzung für „Ausgesuchte Treuhandbetriebe im Land Sachsen“. Wir kommen auch noch zu HERKULES und ZEUS, das sind auch Personen der griechischen Mythologie, sie waren einfach zu merken. Wir haben festgestellt, daß alle Restrukturierungspläne der Treuhand zu optimistisch waren. Das heißt, wir haben gemeinsam mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch einmal mehr Leute entlassen und noch radikaler saniert. Das Ergebnis ist, daß alle Betriebe heute noch existieren, wachsen und erfolgreich sind.

Bei HERKULES waren 25 Fachleute aus Westdeutschland und aus dem Osten tätig. Die haben bei der Entwicklung der Regionen, der Kommunen, der Kreise geholfen. Wenn es ein Problem mit Genehmigungsverfahren gab, wurde angerufen: „Ich brauche HERKULES!“ Die kamen dann und haben die Probleme vor Ort gelöst. ZEUS stand für die Entwicklung von Exporthilfe. Exporthilfe war man ja nicht gewöhnt, vor allem nicht in asiatische Märkte. Als Ergebnis daraus haben wir später dann die Stiftung „Innovation und Arbeit“ gegründet, eine Institution, die vom Freistaat, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern getragen wird. Es waren nicht die Arbeitgeberverbände, nicht der BDI, sondern die Arbeitgeberverbände plus Gewerkschaften. In jeder Region waren zwei Geschäftsführer, einer von den Arbeitgebern, einer von den Gewerkschaften bestellt. Herr Hickel hat da auch viel mitgemischt, er kennt das alles. Die Leute in der Region haben entschieden, wofür sie staatliches Geld ausgeben wollten. Der eine wollte einen neuen Radweg, der andere wollte ein Gewerbegebiet entwickeln, der dritte wollte eine Marketingstrategie machen. Man hat sich auf eins geeinigt und deshalb wurde, weil die Betroffenen vor Ort mitgestalten durften und nicht von oben kommandiert worden sind, diese Entwicklung in den Regionen vorangetrieben. Das war eine ganz wichtige Geschichte.

Nun noch zum Arbeitsmarkt und zur Konvergenz – das Zusammenlegen von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Es gibt sächsische Vorschläge, die in meinem Hause entwickelt worden sind, die sind genau das, was jetzt bei Hartz IV gemacht wird. Das mußte geschehen. Aber wir müssen den Leuten auch erklären, warum die Hilfen zusammengelegt werden müssen und warum jemand, der Geld vom Staat haben will, eine Gegenleistung erbringen muß.

Das Unsozialste ist unser Sozialsystem. Wenn ich nur an die Pflegeversicherung denke, die vor einigen Jahren eingeführt wurde: Sachsen ist das einzige Bundesland in Deutschland, in dem die Arbeitnehmer den Beitrag aus eigener Tasche voll bezahlen. In allen anderen Bundesländern ist es 50/50. Was soll der Unsinn? Da kann man auch in die Haftpflichtversicherung für das Auto den Arbeitgeber miteinbeziehen. Man kann alles irgendwie begründen. Wir sind verklagt worden, aber wir haben gewonnen. Dafür ist bei uns der Feiertag, der Buß- und Betttag, erhalten geblieben. Hochkompliziert war die Frage, was machen wir mit dem Sonntagsfahrverbot für LKWs? Wenn in 15 Bundesländern gearbeitet wird und nur in Sachsen Feiertag ist. Sie sehen, wenn man gegen den Stachel löckt, entstehen Schwierigkeiten, aber für die Entkopplung der Sozialsysteme vom Arbeitslohn ist hier in Sachsen der erste Schritt getan worden.

Wir haben die Entsenderichtlinien bekämpft. Die Diskussion um Mindestlöhne ist heller Wahnsinn. In Sachsen bekommt ein einfacher, unqualifizierter Bauarbeiter in der untersten Gehaltsklasse mehr als der Durchschnitt der Facharbeiter, weil die Arbeitgeber und Gewerkschaften das so haben wollten. Damals wurden die Portugiesen und die Engländer kritisiert, sie würden für Dumpinglöhne arbeiten. Dann haben die Portugiesen den vollen Lohn bekommen, haben aber in Containern gewohnt und mußten für Container und für Arbeitskleidung soviel zahlen, was die Differenz zu den ursprünglichen Löhnen ausmachte. Wir sehen hier, die Regulierung im Namen der Gerechtigkeit ist das menschenunwürdigste, was geschieht, weil man damit viele Menschen abhält, einem Job nachzugehen. Viele arbeiten bei uns bei niedrigem Gehalt, wollen es auch, aber sie dürfen es nicht. Wenn in der Lausitz oder auf dem flachen Land Radwege angelegt werden sollen, warum muß dann eigentlich immer mit Riesengerät gebaut werden? Laßt doch die Menschen zu niedrigen Löhnen arbeiten! Das würde etwas länger dauern, aber es geht nicht. Warum nicht? Weil nach den Ausschreiberichtlinien der günstigste Anbieter genommen werden muß. Wenn da einer gerade einen Bagger hat und sich bewirbt, muß er genommen werden. So sind unsere Regelungen ... Oder auf den Autobahnen: Früher stand jemand da, wenn es eine Baustelle gab, und hat gewunken. Heute steht da nur ein Schild. Hochmoderne Kehrmaschinen überall in den Städten, der technische Fortschritt führt dazu, daß wir immer mehr Arbeitslose haben.

Und damit bin ich jetzt beim letzten Punkt, der Osterweiterung. Diese protektionistischen Maßnahmen sind zum Heulen. Wir haben schon 1991 Konferenzen mit Tschechien und Polen gemacht, denn wir haben die längste EU-Außengrenze. Wir haben vorgeschlagen, daß durch joint venture die harte und intensive Lohnarbeit nach Tschechien

und Polen geht und sächsischen Firmen entwickeln und verkaufen. Das hat funktioniert. Jetzt gibt es aber Übergangsfristen von sieben Jahren, damit wird alles wieder umgangen. Es dürfen keine Leute aus den Beitrittsländern nach Deutschland kommen. Aber wir können den Strukturwandel nicht aufhalten. Bei uns sind ja nicht die Löhne zu hoch, sondern die Arbeitskosten. Solange wir es nicht schaffen, die Sozialversicherungsbeiträge von den Lohnkosten abzukoppeln, werden wir diesem Wettbewerb ausgesetzt sein. Und so schlecht ist es uns doch, wenn wir uns die Entwicklung in den anderen Bereichen ansehen, dadurch, daß es andere billiger machen, nicht gegangen. Das ist internationale Arbeitsteilung. Die kann man den Menschen begründen und erklären, dann akzeptieren sie sie. Natürlich finden sie Einzelne, die betroffen und dagegen sind. Wenn der kleine Handwerksmeister an der Grenze nun seinen Job verliert.... Es beklagt ja auch keiner Tante Emma, die von ALDI und Lidl geschluckt wird. Das nehmen wir alle hin, weil wir günstig einkaufen wollen. Aber um die Osterweiterung wird so ein Theater gemacht.

Sie sehen, wir haben eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen und Politikentscheidungen getroffen, die heute auf Bundesebene thematisiert werden und die zum Teil, zumindest als Paradigmenwechsel, umgesetzt worden sind. Wir müssen uns in der Zukunft in Deutschland auf vieles einstellen, was wir anders machen müssen als im vergangenen Jahrhundert. Wir haben es in Sachsen getestet und es geht. Die Menschen sind flexibler als wir alle glauben. Als letztes Beispiel – der grüne Pfeil, nicht nur das Ampelmännchen. 1992 fand eine Verkehrsministerkonferenz in Dortmund statt. Ich hatte den Antrag eingebracht, daß der grüne Pfeil in die Verkehrsordnung aufgenommen wird. Es gab eine harte Diskussion. Alle westlichen Verkehrsminister waren dagegen, weil es zu riskant und zu gefährlich sei, wenn man bei Rot einfach rechts abbiegen kann. Nach langer, intensiver Diskussion sagte einer, sie seien bereit dazu, man solle mal einen Modellversuch machen. Günter Krause, er war da noch Verkehrsminister, und ich sind beide explodiert, denn es war jahrzehntelang bei 16 Millionen Deutschen erfolgreich gelaufen. Da waren sie alle beschämt und haben abgestimmt und jeder hat zu Protokoll gegeben, ich stimme zu, eigentlich sollte ich dagegen sein, aber ich stimme zu. Der Antrag wurde angenommen und was geschah dann? Dann hat sich die westdeutsche Bürokratie bitter gerächt und die Anforderungen an die Anwendung des grünen Pfeils so dramatisch nach oben gesetzt, daß es wahnsinnig schwierig ist, ihn überall anzubringen. Aber wir lassen uns nicht unterkriegen!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



# Wozu Ordnungsethik?

## Normative Grundlagen der Wettbewerbsordnung

*Dr. Nils Goldschmidt\**

Mein Thema lautet: „Wozu Ordnungsethik? – Normative Grundlagen der Wettbewerbsordnung“. Es geht mir in meinem Vortrag darum, Ihnen einen allgemein verständlichen Überblick darüber zu geben, was ich unter Ordnungsethik verstehe und wie ich die Verbindung zwischen Wirtschaftsethik und Ordnungsökonomik sehe – ohne dabei in wissenschaftliche Verästelungen oder Debatten einsteigen zu wollen.

Dabei werde ich in folgenden Schritten vorgehen: Nach diesen einleitenden Worten, werde ich zunächst darstellen, was man unter Ordnungsethik verstehen kann und was der Begriff Ordnungsethik meint. In einem zweiten Schritt möchte ich dies vertiefen und die normativen Grundlagen der Wettbewerbsordnung erläutern. Hierzu schließe ich an die Ideen von Walter Eucken, dem Haupt der sogenannten Freiburger Schule und dem Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft, an. Euckens Werk läßt sich, wie ich meine, zumindest hinsichtlich seiner normativen Aspekte unter den drei Handlungsmaximen Ordnung, Freiheit und Wahrhaftigkeit zusammenzufassen. Diese Handlungsmaximen sind die Trias, die das ordnungsökonomische Denken in seinen Grundlagen ausmacht. Ich möchte anschließend überlegen, was es für die Entwicklung einer Theorie der Sozialpolitik bedeutet, wenn man den normativen Anspruch dieser Freiburger Trias berücksichtigt. In einem dritten Schritt gilt dann mein Interesse der Frage, wo im Rahmen einer solchen Ordnungspolitik der Ort der Moral ist. Im Anschluß daran möchte ich in einem kurzen Exkurs auf das Verhältnis zwischen katholischer Soziallehre und Ordnungsethik eingehen. Nicht, daß ich behaupten will, daß beide notwendigerweise zusammen gehören, aber ich will doch verdeutlichen, daß kein Widerspruch zwischen beiden Denkschulen besteht. Es läßt sich zeigen, daß es auch in der katholischen Sozialethik Überlegungen gibt, die kompatibel mit einer ordnungsethischen Konzeption sind. Mit einigen zusammenfassenden Bemerkungen möchte ich dann schließen.

### Der Begriff der Ordnungsethik

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Walter Eucken beginnen. Eucken schreibt in seinem posthum veröffentlichten Werk *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* von 1952:

---

\* Walter Eucken Institut, Freiburg.

„Es ist aber nur die eine Seite der Wettbewerbsordnung, daß sie auf die Durchsetzung der ökonomischen Sachgesetzlichkeit dringt. Ihre andere Seite besteht darin, daß sie gleichzeitig ein soziales und ethisches Ordnungswollen verwirklichen soll. Und in dieser Verbindung liegt ihre ganz besondere Stärke.“

Im Freiburger Ansatz geht es darum, Ordnungswollen sowohl als Forderung nach einer funktionsfähigen Ordnung als auch als den Anspruch zu verstehen, eine ethische, d. h. menschenwürdige Ordnung zu errichten. Das wird auch in einem weiteren Zitat, wiederum aus Euckens *Grundsätzen der Wirtschaftspolitik*, deutlich:

„Es gibt nichts, was nicht sozial wichtig wäre.“

Dies ist der bleibende Ausgangspunkt, wenn man über den Freiburger Ansatz spricht. Das zentrale Anliegen der Freiburger war die soziale Frage. Eucken hat dabei von einer neuen sozialen Frage der modernen Industriegesellschaft gesprochen. So schreibt Eucken bereits 1926:

„Das Problem besteht also darin, diese Schwierigkeit zu überwinden, die Menschen wieder Glieder einer umfassenden geistigen Lebensordnung werden zu lassen und einer solchen Lebensordnung entsprechend die Wirtschaftsform zu gestalten, die dabei aber auch ihrem äußeren Zweck entspricht.“

Was Eucken hier zum Ausdruck bringt, ist die Einsicht, daß eine sinnvolle Ordnung nur dann gestaltet werden kann, wenn man die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zusammenbindet, wenn man überlegt, was der normative Anspruch an die Gesellschaft ist. Zugleich soll die Wirtschaftsordnung auch funktionsfähig sein. Das umschreibt Eucken mit dem Begriff „äußerer Zweck“.

Was ist nun die Grundidee der Ordnungsethik? Auch hier wieder zunächst ein Eucken-Zitat:

„Die Gesamtordnung sollte so sein, daß sie den Menschen das Leben nach ethischen Prinzipien ermöglicht.“

Grundidee einer „Freiburger“ Ordnungsethik ist es also, die Wirtschaftsordnung so zu gestalten, daß ein Leben nach ethischen Prinzipien möglich wird. Das bedeutet nicht, den „moralischen Zeigefinger“ zu erheben und den Menschen vorzuschreiben, wie sie sein sollten. Es geht nicht darum, den einzelnen Menschen moralisch zu bessern, sondern es soll den Gesellschaftsmitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, daß jeder bzw. jede nach seinen bzw. ihren individuellen Überzeugungen innerhalb der Gesamtordnung leben kann. Ansatzpunkt für die Ordnungsethik ist also die Gesamtordnung, überzeugt davon, daß wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen tatsächlich auch gestaltet werden können. Scheinbaren historischen Zwangsläufigkeiten setzt der Ordnungsethiker die Gestaltbarkeit sozialer Bedingungen entgegen.

Für die Gestaltung der Gesamtordnung und deren Regeln benutzen die Freiburger den Begriff der *Spielregeln*. Man kann dies mit der Analogie zum Fußballspiel verdeutlichen: Beim Fußballspiel einigt man sich zunächst im Vorfeld auf bestimmte, allgemeine Regeln (ein Spiel dauert 90 Minuten, man darf den Ball nicht mit der Hand spielen usw.). Jedoch wird dem einzelnen Fußballspieler nicht vorgeschrieben, wie er sich innerhalb dieser Regeln in seinen *Spielzügen* zu verhalten hat, d. h. es gibt keine allgemeinen Anweisungen, wo genau er auf dem Platz stehen soll, welche Strategie er bei den Spielzügen verfolgen sollte, ob er den Ball mit dem linken oder rechten Fuß spielen soll usw. Dies ist nicht Aufgabe der Spielregeln, sondern Ziel der Überlegungen der Teams bzw. der einzelnen Akteure, um innerhalb des Spiels erfolgreich zu sein. Ähnlich wie beim Fußballspiel – so die Vorstellungen der Ordnungsethik – kann man auch die sozialen Spielregeln für die Gesellschaft gestalten, ohne dabei den einzelnen Individuen die Freiheit zu nehmen, sich innerhalb dieser Regeln selbst zu entfalten. Das bedeutet also, daß der „moralische Ansprechpartner“ der Ordnungsethik nicht der Einzelne ist, sondern die gesamtgesellschaftliche Ordnung. Dies ist die Idee einer Wirtschaftsordnungsethik, wie sie der Ökonom und Philosoph Karl Homann einmal genannt hat. Die Ethik der Gesellschaft hat ihren Platz im Rahmen der Wirtschaftsordnung.

Ich finde den *Begriff* von Karl Homann sehr stimmig und passend. Wie Homann ihn dann jedoch inhaltlich ausfüllt, seine Version der Wirtschaftsordnungsethik, erscheint mir – ohne dies hier näher ausführen zu können – eher problematisch. Nur soviel sei gesagt: Letztlich ist Homanns Wirtschaftsordnungsethik nicht mehr als eine Wirtschaftsordnungsökonomik, die in der Ökonomik die Fortsetzung der Ethik mit anderen, und aus seiner Sicht besseren Mitteln sieht. Dies ist aber ein sehr defizitäres Verständnis von Moral und Normativität und reduziert letztendlich alles auf die Ökonomie: Was ökonomisch effizient ist, ist auch ethisch wünschenswert. Damit bewegt sich Homann am Rande einer Tautologie, auch wenn für viele Ökonomen diese Variante der Ordnungsethik sehr verlockend ist, da sie genau das verkündet, was Ökonomen gerne hören wollen.

Was ist nun aus meiner Sicht ein sinnvollerer Verständnis von Ordnungsethik? Erläutern möchte ich dies mit einem Zitat aus dem Vorwort des ersten Bandes des Jahrbuches „ORDO“, begründet von Walter Eucken und dem Juristen Franz Böhm im Jahr 1948:

„Unsere Forderung beschränkt sich auf die Schaffung einer Wirtschafts- und Sozialordnung, in der wirtschaftliche Leistung und menschenwürdige Daseinsbedingung gleichermaßen gewährleistet sind. Weil der Wettbewerb diesem Ziel dienstbar gemacht werden kann, das ohne ihn sogar unerreichbar bleibt, deshalb fordern wir ihn. Er ist Mittel, nicht letzter Zweck.“

Vielmehr braucht es eigentlich nicht, um den Ansatz einer Ordnungsethik umfassend zu charakterisieren. Es geht darum, wirtschafts- und sozialpolitische Fragen immer gemeinsam und zusammen zu denken, d. h. zu überlegen, wie diese Fragen auf der Ordnungsebene gleichbedeutend behandelt werden können. Die Wirtschaftsordnung ist

nicht das Ziel unseres Handelns als Ökonomen, sondern sie ist ein Mittel, um die soziale Frage zu lösen. Aber genauso gilt: Die soziale Frage kann nur dann gelöst werden, wenn wir den Wettbewerb als Koordinationsinstrument nutzen. *Somit ist der Wettbewerb ein notwendiges Mittel, aber nicht der gesellschaftliche Zielpunkt.*

## Normative Grundlagen der Wettbewerbsordnung

In diesem Abschnitt möchte ich die normativen Grundlagen der Wettbewerbsordnung etwas ausführlicher erläutern.

Erlauben Sie mir, daß ich hierzu zunächst noch einmal kurz auf einige Stationen aus dem Leben Walter Euckens eingehe, auch wenn vielen von Ihnen dies sicherlich vertraut ist. Aus meiner Sicht sind aber ein umfassendes Verständnis von Ordnungsökonomik und das Anliegen einer „Freiburger“ Ordnungsethik nur dann möglich, wenn man deren Ursprünge berücksichtigt.

Walter Eucken stammt aus einem wissenschaftlich geprägten Elternhaus. Sein Vater Rudolf, Literaturnobelpreisträger von 1908 und einer der wichtigsten, oder zumindest einer der populärsten Philosophen des frühen 20. Jahrhunderts in Deutschland, vertrat einen „ethischen Aktivismus“. In seiner Philosophie betonte Rudolf Eucken den Willen und die Möglichkeit, gesellschaftliche Realität nach ethischen Gesichtspunkten zu gestalten. Hierbei kommt es auf den Einzelnen an und dessen aktives Tun. Die Bezüge zu Walter Euckens späterem ordnungsökonomischen Denkansatz sind offensichtlich. Der ethische Aktivismus, die Vorstellung also, daß es möglich ist, gesellschaftliche Realitäten so zu gestalten, daß sie einem ethischen Anspruch genügen, ist das Erbe, das Walter Eucken von zu Hause mitgenommen hat.

Walter Eucken studierte in Jena und Bonn, wo er auch promovierte. Nach Kriegsdienst und seiner Habilitation in Berlin erhielt er 1925 einen ersten Ruf an die Universität Tübingen und wechselte 1927 dann nach Freiburg. Dort hat er in Zusammenarbeit mit Juristen, vor allem mit dem schon genannten Franz Böhm (der dann auch in der Gründungsphase der Bundesrepublik eine wichtige Rolle gespielt hat) und dem heute eher vergessenen Hans Großmann-Doerth die sogenannte Freiburger Schule gegründet. Den Gründungsvätern der Freiburger Schule ging es im Kern darum, das Zusammenspiel, also die Interdependenz von Wirtschafts- und Sozialordnung wahrzunehmen und zu analysieren, sowie die Interdependenzen zur Rechtsordnung aufzudecken. Die drei Wissenschaftler einte die Überzeugung, daß eine sinnvolle Wirtschaftsordnung zugleich auch als ein rechtliches Konzept erfaßt werden muß.

In der persönlichen, aber auch wissenschaftlichen Entwicklung von Walter Eucken ist seine Opposition während der NS-Zeit ein bedeutendes Element. Er war eines der Kernmitglieder der sogenannten Freiburger Kreise, die sich bereits während des NS-Re-

gimes mit der Frage einer sinnvollen Nachkriegsordnung beschäftigten. Sein Verständnis von Freiheit hat sich vor allem auch in der Opposition gegen den NS-Staat entwickelt. In diesen Jahren verfaßte er auch sein erstes Hauptwerk, die *Grundlagen der Nationalökonomie*, die 1940 erschienen sind und in denen er seinen ordnungsökonomischen und ordnungsethischen Ansatz entwickelt hat.

Nach dem Krieg gehen Euckens Überlegungen in das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ein, bei dessen Etablierung er maßgeblich beteiligt war. Einerseits durch seine Mitarbeit in den wissenschaftlichen Beiräten, andererseits durch seine Schriften hat Eucken Einfluß auf die frühe Wirtschaftspolitik und die Entscheidungen von Ludwig Erhard, des späteren Bundeswirtschaftsministers, ausgeübt. Ein weiterer (indirekter) Einfluß auf Ludwig Erhard erfolgte durch Euckens Schüler. Ich erinnere hierbei nur an Leonard Miksch, der bei Eucken promovierte und habilitierte, und dann in den Jahren 1948/49 zu den engen Beratern von Ludwig Erhard gehörte. So ist es beispielsweise dem Wirken von Miksch zu verdanken, daß die Währungsreform 1948 mit der Preisfreigabe verknüpft wurde – eine Maßnahme, in der man heute einen der wesentlichen Gründe für den Erfolg der jungen Sozialen Marktwirtschaft sehen kann.

## **Die Trias des ordnungsökonomischen Denkens von Walter Eucken**

Walter Eucken ging es darum, eine Ordnung herauszubilden, die das Dilemma zwischen einem sozialen Anspruch und dem notwendigen wirtschaftlichen Handeln überbrückt. Sein Ziel war es, diesen Antagonismus – Soziales hier und Wirtschaft da – aufzulösen. Auch wenn die Terminologie sich im Laufe der Zeit etwas änderte, Euckens Anspruch blieb gleich: Es geht darum, eine Ordnung zu errichten, die die geistig-seelische Existenz des Menschen mit den sehr nüchternen Fragen der wirtschaftlichen Lenkungsmechanik verbindet. Wie kann man nun eine Wirtschaft funktionsfähig gestalten und gleichzeitig einen ethischen Anspruch erfüllen?

Dies möchte ich anhand der Begriffe Ordnung, Freiheit und Wahrhaftigkeit näher ausführen.

### ***Ordnung***

Walter Eucken griff einen Ordnungsbegriff auf, wie er sich im Mittelalter herausgebildet hatte und schon bei Augustinus zu finden ist. Es geht dabei um eine Ordnung, um eine „ordo“, die der Vernunft und der Natur des Menschen und der Dinge entspricht. Dieser Ordnungsbegriff ist *der* Zentralbegriff im Denken von Eucken.

Analysiert man den Euckenschen Ordnungsbegriff näher, fällt zudem die starke Beeinflussung durch die Phänomenologie Husserls auf. Eucken und der Philosoph Edmund Husserl standen in Freiburg in einem engen persönlichen und wissenschaftlichen Ver-

hältnis zueinander. Sie trafen sich häufig zu Diskussionen und es ist nicht ganz verfehlt, Euckens ordnungsökonomischen Ansatz als eine Art angewandte Phänomenologie zu verstehen. Der ordnungsökonomische Ansatz von Walter Eucken ist historisch gesehen ein auf der Phänomenologie beruhender Entwurf, der einfordert, sich durch wissenschaftliche Erkenntnis dem „Reich der Wahrheit“ (Edmund Husserl) anzunähern. Eucken erhoffte sich so, „unwandelbare“ Prinzipien auffinden zu können, nach denen gesellschaftliche Verhältnisse gestaltet werden sollten.

Wer nun soll diese Ordnung schaffen? Hierbei kommt im Freiburger Ansatz dem Staat eine wesentliche Rolle zu. Gemeint ist aber nicht der allmächtige Staat, der totalitäre Staat, der für alles und jedes zuständig ist und der den einzelnen Menschen eine bestimmte Ordnung im Detail aufoktroziert. Vielmehr steht der Staat *im Dienst* für eine Gesellschaftsordnung, die den Interessen der Einzelnen folgt und die freie Entfaltung der Persönlichkeit möglich macht. Dies bedeutet, daß der Staat dadurch legitimiert ist, daß er eine bestimmte Gesellschaftsordnung für die Menschen ermöglicht. Dies ist die Idee des „starken Staates“ oder besser „wirkmächtigen Staates“, wie er von den Freiburgern eingefordert wurde.

Daß der Staat stark ist, bedeutet, daß ein Staat klare Prinzipien bzw. Spielregeln vorgibt, sich aber nicht in das Leben des Einzelnen einmischt. Eucken geht es in Tradition von Husserls „Reich der Wahrheit“ um die Frage nach einer gerechten, nach einer idealen Ordnung. Eucken ist davon überzeugt, daß es möglich ist, durch Abstraktion verbunden mit Reduktion klare Prinzipien zu finden. Wenn man diese Prinzipien verwirklicht, ist es wiederum möglich, eine ideale Ordnung zu errichten. Nebenbei: Hier finden sich natürlich auch die Schwierigkeiten, die Euckensche Argumentation auch für heute „eins zu eins“ umzusetzen. Aus heutiger erkenntnistheoretischer Perspektive wird man kaum noch argumentieren, daß man wirklich eine entsprechende überzeitliche Ordnung finden kann.

In seinen Schriften versuchte Eucken nun auszuführen, wie eine solche ideale Ordnung aussehen sollte und welches die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen sind. Im folgenden Zitat, aus den *Grundlagen der Nationalökonomie* von 1940 wird dies deutlich:

„Deshalb besteht eine große Aufgabe darin, dieser neuen industrialisierten Wirtschaft mit ihrer weitgreifenden Arbeitsteilung, eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung der Wirtschaft zu geben, die dauerhaft ist und in der zugleich ein selbstverantwortliches Leben möglich sein soll. Diese Aufgabe, von deren Lösung entscheidendes abhängt, und zwar nicht nur für die wirtschaftliche Existenz der Menschen, erfordert die Schaffung einer brauchbaren Wirtschaftsverfassung, die zureichende Ordnungsgrundsätze verwirklicht. Daß sie sich im gegenwärtigen Zeitalter nicht von selbst löst, hat die Geschichte des letzten Jahrhunderts nachdrücklich gezeigt. Denkende Gestaltung der Ordnung ist nötig. Die wirtschaftlichen Einzelfragen, ob es sich nun um Fragen der Agrarpolitik, der Handelspolitik, der Kreditpolitik, der Monopolpolitik, der Steuerpolitik, des Gesellschaftsrechts oder des Konkursrechts handelt, sind Teilfragen der großen Frage, wie die

wirtschaftliche Gesamtordnung und zwar die nationale und die internationale Ordnung und ihre Spielregeln zu gestalten sind.“

Dieses Zitat ist geradezu eine Zusammenfassung des ordnungsökonomischen Ansatzes. Es geht um eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung, das Ziel ist ein selbstverantwortliches Leben. Es geht nicht um die Ordnung als solche, als abstraktes Prinzip, sondern es geht um die Errichtung einer Ordnung, die es den Menschen ermöglicht, nach ihren eigenen Vorstellungen leben können. Dazu ist die Herausbildung eines rechtlichen Rahmens – die Wirtschaftsverfassung – notwendig. Um diese Wirtschaftsverfassung, also die Spielregeln wirtschaftlichen Handelns, zu finden, ist eine denkende, aktive Gestaltung der Ordnung, und zwar der Gesamtordnung, unerlässlich.

Wie wichtig diese Gesamtperspektive ist und wie wenig sie heute eingenommen wird, lehrt uns schon ein flüchtiger Blick in die Nachrichten. Dort wird immer wieder eine Vielzahl von durchaus wichtigen Einzelfragen debattiert, z. B. wie wir bestimmte Probleme in der Rentenversicherung, in der Krankenversicherung und in anderen Wirtschaftsbereichen lösen können. Jedoch war es immer Walter Eucken Plädoyer, daß eine vernünftige Lösung nur möglich sein wird, wenn wir überlegen, wie diese einzelnen Aspekte miteinander zusammenhängen. Nur wenn wir die Gesamtordnung immer im Blick behalten und uns die Frage stellen, wie das Gesamtsystem aussieht, können wir auch zu einer Lösung der sozialen Frage kommen. Dies werde ich später noch näher verdeutlichen.

### **Freiheit**

Nun einige Überlegungen zum Thema Freiheit als eine weitere Handlungsmaxime im Euckenschen Denken. Hierzu ein weiteres Zitat aus den *Grundsätzen der Wirtschaftspolitik*:

„Alles spitzt sich damit auf die Frage zu, welche Ordnungsform gewährt Freiheit?“

Freiheit ist bei Eucken kein von der sonstigen Konzeption losgelöster Wert, denn:

„Nur innerhalb einer vorgegebenen Ordnung ist es überhaupt möglich, den Menschen Freiheit zu geben.“

Freiheit ist also nicht „naturwüchsig“, sondern sie ist bedingt durch eine zureichende Ordnung. Eucken sagte in einem 1942 (!) veröffentlichten Referat:

„Ziel der zukünftigen Ordnung muß es sein, die unabdingbaren Freiheitsrechte des Menschen zu wahren.“

Freiheit ergibt sich für Eucken daraus, daß die Möglichkeit – hier ganz in der Tradition seines Vaters – eines sich selbst bewußten Geistes besteht. Dieser sich seiner selbst bewußte Geist ist für Walter Eucken der Geist der Freiheit. Wir sind nicht Sklaven der hi-

storischen Entwicklung, sondern wir sind frei in der Entscheidung, in welcher Ordnung wir leben wollen.

### ***Wahrhaftigkeit***

Wahrhaftigkeit ist die dritte Handlungsmaxime im Euckenschen Konzept der Ordnungsethik. Lassen Sie mich auch diese Handlungsmaxime anhand eines Zitats näher erläutern. Das Zitat stammt aus einem unveröffentlichten Protokoll einer Fakultätssitzung aus dem Jahr 1936 an der Freiburger Universität. In dieser Fakultätssitzung ging es um eine Beschwerde der NS-Studentenschaft über Eucken und andere Mitglieder der Fakultät, daß sie – so der Vorwurf – verschiedentlich entgegen der Ziele des NS-Staates handeln würden. Hiergegen müsse man dringend vorgehen. Die Freiburger Fakultät war in dieser Frage gespalten. Walter Eucken sagte zu dieser Debatte:

„Es ist hier viel von Gemeinschaftsarbeit die Rede gewesen, da scheint es mir nun aber an der Zeit zu sein, eine Voraussetzung aller echten Gemeinschaftsarbeit zu betonen, wie es offenbar nicht von allen Seiten gesehen wird. Diese Grundvoraussetzung ist die Wahrhaftigkeit. Meine Herren, es handelt sich dabei um etwas sehr Ernstes, vor allem um die Wahrhaftigkeit in persönlichen Dingen. Es gibt keine Gemeinschaft, so lange es Zwischenträgerei und Stänkerei hinter dem Rücken Einzelner gibt. Ein weiteres Erfordernis der Wahrhaftigkeit besteht darin, daß man vor sich selbst darüber klar ist, was man eigentlich will. Es ist nicht wahrhaftig, wenn man sagt, man wünsche Gemeinschaft, obwohl man gleichzeitig entschlossen ist, eine wirkliche Gemeinschaft, die das ist und sich gebildet hat, zu zerstören. Es ist vielmehr eine Forderung der Wahrheit, offen auszusprechen, daß Tendenzen vorhanden sind, die Gemeinschaftsarbeit zu zerstören.“

Es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn man bei der Maxime Wahrhaftigkeit von einem sehr klaren ethischen bzw. normativen Fundament des Ordoliberalismus spricht. Diese ethische Dimension durchzieht Euckens ganzes Handeln während seiner Zeit der NS-Opposition und macht auch seine Nähe zu den Ideen der Bekennenden Kirche verständlich. In diesen Kontext ist auch die Herausbildung der schon genannten oppositionellen Freiburger Kreise zu setzen. Einer dieser Kreise war der sogenannte Freiburger Bonhoeffer-Kreis.

Dieser Bonhoeffer-Kreis entwarf 1942/43 eine Denkschrift für eine mögliche politische Gemeinschaftsordnung nach dem Krieg. Diese Denkschrift wurde um einige Anhänge ergänzt, wobei die Anlage 4 dieser Denkschrift sich dem Thema Wirtschafts- und Sozialpolitik widmete. Verfasser dieser Anlage „Wirtschafts- und Sozialordnung“ waren Walter Eucken und die beiden weiteren Mitglieder der Freiburger Fakultät Adolf Lampe, ebenfalls Professor für Volkswirtschaftslehre, und Constantin von Dietze, ein Agrarökonom, der sehr enge Verbindungen zur Bekennenden Kirche unterhielt, so auch zu Dietrich Bonhoeffer, auf dessen Initiative hin diese Denkschrift entworfen wurde.

Diese Anlage 4 kann man nun wohl ohne Frage als die „Essenz des ordoliberalen Denkens“ bezeichnen, und sie stellt zugleich eine Kurzfassung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft dar.

In der Anlage formulieren Eucken, von Dietze und Lampe das Ziel, eine Wirtschaftsordnung zu entwickeln, die es ermöglicht, ein Leben als Christen zu führen. Die Wirtschaftsordnung sollte so ausgestaltet sein, daß echte Gemeinschaft auf der Basis des christlichen Glaubens möglich wird. Liberale Ordnungsethik und christlicher Glaube sind also kein Widerspruch, sondern sie bedingen sich gegenseitig. In diesem Sinne kann man auch folgende Zeilen aus einem Brief Euckens an Alexander Rüstow deuten:

„Nicht dadurch verfiel m. E. der Liberalismus, daß er religiös-metaphysisch fundiert war. Im Gegenteil. Sobald er seinen religiös-metaphysischen Gehalt verlor, verfiel er – was sich nun ganz genau historisch und systematisch erweisen läßt.“

## Die moderne Konzeption einer Ordnungsethik

Was bedeutet das bisher Gesagte nun für eine moderne Konzeption einer Ordnungsethik? Ich möchte Ihnen einige Gedanken am Beispiel der Sozialpolitik ausführen.

Sozialpolitik sollte als ein Bestandteil der Wirtschaftsordnungspolitik verstanden werden, Sozialpolitik kann nicht von Fragen der Wirtschaftsordnung getrennt werden. Anstelle punktueller Ansätze und interventionistischer Eingriffe sollten solche sozialpolitischen Konzepte im Vordergrund stehen, die die Suche nach universellen Lösungen im Rahmen einer Gesamtordnung in den Mittelpunkt stellen. Oder mit den Worten von Walter Eucken aus den *Grundsätzen der Wirtschaftspolitik*:

„Weil es [das Anliegen einer Sozialpolitik, N. G.] so vordringlich ist, muß es für das gesamte Denken über die Wirtschaftsordnung *mitbestimmend* sein.“

Sozialpolitik ist somit weder *gegen* den Markt gerichtet, noch ist sie etwas, was *für* den Markt arbeiten soll, sondern sie ist als Sozialpolitik *mit* dem Markt zu verstehen.

Das bedeutet aber auch, daß der Forderung nach Wirtschaftsordnungskompatibilität der Sozialpolitik, also der Überlegung, daß die Sozialpolitik mit den Zielen der Wirtschaftspolitik in Einklang stehen sollte (ein Gedanke, den die meisten Ökonomen sicherlich unterstützen würden), der Grundsatz der möglichst weitgehenden Sozialordnungskompatibilität der Wirtschaftspolitik zur Seite zu stellen ist. Eine Wirtschaftsordnung, die Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik gegeneinander ausspielt, macht keinen Sinn. Es kann nicht darum gehen, Sozialpolitik nur als „Heilmittel“ gegen die scheinbar „unmenschlichen Ergebnisse“ des Marktes anzusehen, noch sollte der Markt das einzige Ziel sein, dem wir sklavisches alles Sozialpolitische unterordnen müssen. Vielmehr ist die Anerkennung und Integration beider der entscheidende Maßstab. Dieser Maßstab einer

integrativen Wirtschafts- und Sozialpolitik sollte auch der Ausgangspunkt bei der Suche nach neuen Lösungen sein.

Hierbei kann man drei Leitlinien einer modernen integrativen Sichtweise der Sozialpolitik ausmachen:

1. Die notwendige *Konformität der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung* – eine Leitlinie, die aus den bisherigen Überlegungen klar geworden sein sollte.

2. Die konsequente *Ausrichtung am Einzelnen* als Legitimationsquelle sozialer Ordnung. Sozialpolitische Entwürfe sollten nicht an der bloßen Funktionsfähigkeit der Wirtschaft gemessen werden, sondern an der „Güte“ für den Einzelnen und dessen Freiheit:

„Was eine marktliche Wettbewerbsordnung ... legitimiert, sind nicht die von ihren Befürwortern zu Recht betonten positiven Funktionseigenschaften, sondern die freiwillige Zustimmung, die sie von den unter ihr lebenden Menschen erfährt.“ (Viktor Vanberg)

Die Legitimationsquelle für eine Wettbewerbsordnung ist somit die Zustimmung derer, die durch die Regelungen der Ordnung betroffen sind.

3. Dem Staat kommt die Rolle der *Regeldurchsetzung* zu. Er ist der Garant für die Etablierung und Durchführung der wirtschafts- und sozialpolitischen Regeln. Diese Funktion für Markt und Wettbewerb legitimiert staatliches Handeln, nicht aber die Durchsetzung einer bestimmten gesellschaftspolitischen Ideologie. In dieser Rolle ist der Staat Diener für die freie Entfaltung des Einzelnen im Rahmen einer Wettbewerbsordnung.

## **Moral in der Wirtschaftsordnung**

Ein häufig vorgebrachter Kritikpunkt in der Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft ist der Einwand, daß dieses Wirtschaftssystem zur Erosion des ethischen Fundaments der Gesellschaft beigetragen habe. Insbesondere die Absicherung durch die Sozialpolitik habe eine Versorgungsmentalität hervorgebracht und freiwilliges Engagement verkümmern lassen. Es steht sicher außer Frage – und dafür gibt es eine Vielzahl von Argumenten und Beispielen –, daß sozialstaatliche Regelungen intrinsische Motivation verdrängt haben. Wenn wir eine großzügige soziale Absicherung haben, ist es für den Einzelnen nicht mehr wichtig, sich über ethische oder soziale Probleme selbst Gedanken zu machen. Folglich ist es durchaus gerechtfertigt, hier Kritik zu üben. Aber man sollte dabei auch bedenken, daß das Leben in einer Wirtschaftsordnung, die es dem Einzelnen ermöglicht, eben nicht ständig über die notwendige soziale Grundsicherung nachdenken zu müssen, sondern sich auf eine (staatliche) soziale Absicherung verlassen zu können, einen zivilisatorischen Fortschritt hin zu einer freien Entfaltung der Person darstellt.

Welches ist nun der Ort der Moral in einer Wirtschaftsordnung?

Man hört es oft – im Rahmen der Kapitalismusdebatte wurde und wird es immer wieder vorgebracht und man wird es sicherlich auch in kommenden Wahlkämpfen vernehmen: Wir haben scheinbar eine demoralisierte Gesellschaft und wir bräuchten eine „höhere“ ethische Gesinnung, um überhaupt eine zureichende Wirtschaftsordnung entwickeln zu können. Darauf kann man mit dem liberalen Sozialphilosophen Friedrich August von Hayek zustimmend antworten:

„Die Moral der kleinen Kohorte ist für die erweiterte Ordnung ungeeignet.“

Was ist damit gemeint? Von Hayek verdeutlicht damit, daß in einer modernen Gesellschaft, d. h. in einer erweiterten Ordnung mit ihren systemischen Vernetzungen, kaum eine Strategie Erfolg haben wird, die den Zeigefinger hebt und fordert: „Seid bitte wieder etwas ethischer, seid moralisch und benehmt euch, damit es uns allen gut geht“. Hingegen muß es das Ziel einer modernen Ordnungsethik sein, aufzuzeigen, wie man funktionale Zusammenhänge gestalten kann und wo der „Zugriff“ für die normative Fragestellung ist.

Aus meiner Perspektive besteht unser heutiges Problem darin, daß jeder von uns sich genau in dieser Ambivalenz vorfindet: Jeder von uns wächst in der kleinen Kohorte (in der Familie und im Freundeskreis) auf und lernt dadurch eine gewisse Moral, die aber an seine Erfahrungen in einer solchen überschaubaren Gruppe gebunden ist. Diese Erfahrungen und moralischen Lernprozesse sind aber nicht notwendigerweise kompatibel zu dem, was wir in den funktionalen Zusammenhängen erleben, auf denen Markt und Wettbewerb gründen. Moralische und ethische Besserung, so wichtig sie für den Einzelnen sein mag, ist für die Gestaltung der Wirtschaftsordnung selbst kein hinreichend systematischer Ansatzpunkt. Ich kann von der Wirtschaftsordnung nicht erwarten, daß sie moralisch ist, sondern lediglich gesellschaftlich einfordern, Zugang zu Gesellschaft und Markt zu haben, um mich frei entfalten zu können. Es geht also darum, den Menschen die Möglichkeit zu geben, am Wettbewerb teilzunehmen. Dies hat der Politikwissenschaftler Reinhard Zintl mit den folgenden Worten zum Ausdruck gebracht:

„Es geht dann darum, einerseits bestimmte Requisiten der Teilnahme am Wettbewerb zu garantieren (z. B. durch politisch orientierte Bildung), andererseits bestimmte Sorten der Ausstattung von der Teilnahme am Wettbewerb unabhängig zu machen.“

Entscheidend für eine moderne Ordnungsethik ist es, daß es Regeln für Markt und Wettbewerb gibt, die sich am Maßstab der Gerechtigkeit messen lassen. Gerechtigkeit bedeutet dabei vor allem gleiche Chancen. Ich würde so zwischen dem Anspruch einer Individualmoral („sei ein guter Mensch“) und dem Anspruch einer strukturellen Gerechtigkeit unterscheiden. Für eine Wirtschaftsordnung kommen wir mit der Individualmoral nicht besonders weit, so wichtig sie für das einzelne individuelle Leben auch ist. Aber was für eine Wirtschaftsordnung nötig ist, sind strukturelle Gerechtigkeitsgrund-

sätze, die aus meiner Sicht auch eine positive Bestimmung dessen sein können, was man unter „sozialer Gerechtigkeit“ verstehen sollte.

Gerechtigkeit ist dann sozial, wenn sie an der Struktur der Gesellschaft ansetzt. Dies bedeutet, daß es vordringlich ist, nicht den Menschen vor dem Markt zu schützen, sondern alles dafür zu tun, daß er bzw. sie die Chance hat, seine/ihre Fähigkeiten einzubringen und sie beständig zu verbessern. Das ist die eigentliche Aufgabe einer modernen Ordnungsethik und einer modernen sozialen Gerechtigkeit. Das heißt – um es etwas plakativ zu sagen –, gute Sozialpolitik muß heute vor allem bedeuten, den Menschen die Möglichkeit zu geben, am Markt teilzunehmen.

## Exkurs: Katholische Soziallehre und Ordnungsethik

Ein solches Verständnis von Ordnungsethik bzw. sozialer Gerechtigkeit ist auch kompatibel mit den Grundsätzen der katholischen Soziallehre. Dies ist nicht deshalb wichtig, weil ich meine, daß die katholische Soziallehre notwendig sei, um überhaupt Ordnungsethik betreiben zu können. Darum geht es nicht. Was ich bisher ausgeführt habe, kommt ganz gut ohne die katholische Soziallehre aus. Doch macht der Vergleich deutlich, wie sehr eine ordnungsethische Theorie mit dem im Einklang steht, was man aus der Perspektive einer modernen katholischen Sozialethik fordert.

Die Frage der Wahrhaftigkeit war immer auch ein Zentralproblem theologischen Denkens bzw. von Ansätzen der katholischen Soziallehre. In den letzten hundert Jahren hat die katholische Kirche ihr Verständnis von Sozialethik deutlich weiterentwickelt. Nicht revolutioniert, aber konsequent weiterentwickelt – eine Entwicklung von der Lehre von *Rerum Novarum* (der ersten Sozialenzyklika 1891) bis hin zu *Centesimus Annus* 1991. Man kann von einem Brückenschlag zum Markt reden, den Papst Johannes Paul II. vollbracht hat. Klar legte er dar, daß Sozialethik sowie Wettbewerb und Markt nicht unbedingt Gegensätze sein müssen.

Ich zitiere aus *Centesimus Annus*:

„Die Wirtschaft, insbesondere die Marktwirtschaft, kann sich nicht in einem institutionellen, rechtlichen und politischen Leerraum abspielen. Im Gegenteil, sie setzt die Sicherheit der individuellen Freiheit und des Eigentums sowie einer stabile Währung und leistungsfähige öffentliche Dienste voraus. Hauptaufgabe des Staates ist es darum, diese Sicherheit zu garantieren, so daß der, der arbeitet und produziert, die Früchte seiner Arbeit genießen kann und sich angespornt fühlt, seine Arbeit effizient und redlich zu vollbringen.“

Eine Aussage, die genauso gut von Walter Eucken hätte stammen können. Die engen Parallelen zwischen katholischer Sozialethik und Freiburger Ordnungsethik zeigt auch

folgendes Zitat, das der im Jahr 2003 von der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlichten Schrift *Das Soziale neu denken* entnommen ist:

„Ein integrales Verständnis von sozialer Politik bedeutet zweierlei: erstens muß alles, was gegenwärtig als Sozialpolitik verstanden wird, an seinen Folgen für die Menschen, vor allem für die Ausgeschlossenen und kommenden Generationen, gemessen werden – und nicht nur an der guten Absicht oder an der Binnenlogik der Systeme. ... Zweitens müssen alle jene Politikfelder zur Sozialpolitik in Bezug gesetzt werden, die außerhalb der traditionellen Sozialpolitik angesiedelt sind, die aber für die soziale Entwicklung entscheidender sein können als vieles, was innerhalb der Sozialpolitik mit viel Aufwand gepflegt wird.“

Auch hier wird die Notwendigkeit eines integrativen Verständnisses von Wirtschafts- und Sozialordnung betont, auch hier steht die *Konformität der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung* im Vordergrund. Einer Sozialordnung aber, deren Güte am Menschen gemessen wird, und eben weder nur an der guten Absicht noch an der reinen Funktionalität auszurichten ist.

Weiterhin ist die konsequente *Ausrichtung am Einzelnen* auch in der katholischen Soziallehre zentral. Hier ein Zitat aus der Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanums *Gaudium et Spes*:

„Die politische Gemeinschaft besteht also um dieses Gemeinwohls willen; in ihm hat sie ihre jetztgültige Rechtfertigung und ihren Sinn, aus ihm leistet sie ihr ursprüngliches Eigenrecht ab. Das Gemeinwohl aber begreift in sich die Summe aller jener Bedingungen gesellschaftlichen Lebens, die den einzelnen, den Familien und gesellschaftlichen Gruppen ihre eigene Vervollkommnung voller und ungehinderter zu erreichen gestatten.“

Die Ausrichtung am Einzelnen als Person ist die Legitimationsquelle gesellschaftlicher Gestaltung, hier verknüpft mit dem Grundgedanken einer notwendigen Solidarität der Einzelnen untereinander.

Auch im dritten Aspekt der Ordnungsethik, der *staatlichen Regeldurchsetzung* als Garant von Privilegienfreiheit, lassen sich Parallelen zur katholischen Soziallehre ziehen. Hierzu nochmals ein Zitat aus der Schrift *Das Soziale neu denken*:

„Gerade in der Beschränkung auf klar umgrenzte Aufgaben und in der Zurückgewinnung seiner Unabhängigkeit gegenüber Interessengruppen liegt der Schlüssel zu einem leistungsfähigen Staat.“

## Zusammenfassung des Vortrags

### *Erstens*

Kerngedanke der nachkriegsdeutschen Sozialen Marktwirtschaft Eucken-Erhard'scher Prägung ist deren konsequente Ausrichtung an sozialen Fragestellungen im Rahmen einer Gesamtordnung. Jede Erneuerung dieser Gedanken muß sich daran messen lassen, inwiefern sie dieser Zielsetzung verpflichtet ist. Leitlinien hierfür sind Ordnung, Freiheit und Wahrhaftigkeit.

### *Zweitens*

Zielpunkt der Sozialen Marktwirtschaft ist die Lösung sozialer Fragestellungen. Gerade einer Erneuerung der Konzeption kann weder auf eine Gegenüberstellung noch auf einen bloßen Kompromiß von ökonomischem und sozialem Anspruch reduziert werden. Es gilt eine Sozialpolitik mit dem Markt zu formulieren, die den Gegensatz zwischen ethischem Wollen und der ökonomischen Sachnotwendigkeit aufhebt und eine integrative Perspektive einnimmt.

### *Drittens*

Eine moderne Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft, die auf dem Fundament einer Ordnungsethik steht, sollte sich zumindest an den folgenden drei Prinzipien ausrichten:

- (1) Konformität von wirtschaftlicher und sozialer Ordnung,
- (2) Konsequente Ausrichtung am Einzelnen als Legitimationsquelle sozialer Ordnung,
- (3) Staatliche Regeldurchsetzung als Garant von Privilegienfreiheit.

### *Viertens*

Oberste Maxime einer zukunftsweisenden Ordnung ist nicht die moralische Besserung der Individuen, sondern die Eingliederung in eine marktliche Gesellschaft: Gebt den Menschen die Möglichkeit, am Markt teilzunehmen!

### *Fünftens*

Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft aus ordnungsökonomischer Perspektive ist kompatibel mit den Grundsätzen der katholischen Soziallehre. Beide zielen auf eine integrale soziale Politik, die ihren Ausgangspunkt beim Menschen als Person nimmt und in der Solidarität und Subsidiarität als Leitbilder dienen.

Bei einer konsequenten Ausrichtung an Ordnungsprinzipien anstelle von Ergebniszuständen ändert sich der Blickwinkel für die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Reformen müssen zunächst Strukturreformen sein, die die Inklusion jedes Einzelnen in die Gesellschaft ermöglichen. Die Integration des Einzelnen in die Gesellschaft und in den Markt, das ist die erste sozialpolitische Aufgabe. Staatliche sozialpolitische Fürsorge bleibt aber für die Fälle unerlässlich, in denen aufgrund von schwerer Krankheit o. ä. eine Marktteilnahme nicht möglich ist.

Wozu brauchen wir also Ordnungsethik?

Ordnungsethik

- (1) ... richtet den Blick auf die notwendige Zusammengehörigkeit von Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik.
- (2) ... zielt auf die Gestaltung des Ordnungsrahmens, also auf die Wirtschaftsordnungspolitik als integralen Bestandteil der Ordnungsethik.
- (3) ... verdeutlicht, daß die Strukturen der Gesellschaft nicht unabhängig von den jeweiligen normativen und somit kulturellen Prämissen sind. Es gibt immer normative Grundlagen der Wettbewerbsordnung. Ein Anspruch der Sozialen Marktwirtschaft und der Ordnungsethik ist es, den normativen und historisch-kulturellen Kontext ernst zu nehmen.
- (4) ... kann helfen, die verschiedenen Ziele der Sozialen Marktwirtschaft miteinander zu verbinden, indem nicht nur einzelne Reformen und deren Detailregelungen unabhängig voneinander diskutiert werden, sondern wieder eine umfassende Debatte über die Grundlagen und die Spielregeln der Sozialen Marktwirtschaft beginnt.

Mit einer solchen Ordnungsethik können wir die Krise unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die wir momentan erleben, auch als eine Chance wahrnehmen, als eine Möglichkeit, neu über die Spielregeln unserer Gesellschaft nachzudenken. Das möchte ich abschließend mit zwei Zitaten zusammenfassen:

„Die Krise ist ein ungemein produktiver Zustand, wenn man ihr den Beigeschmack der Katastrophe nimmt.“ (Max Frisch) und „Nicht selten sind es Notlagen, die solche grundsätzlichen Wendungen möglich machen.“ (Walter Eucken)

Institut für Wirtschaftsforschung Halle – IWH

Hausanschrift: Delitzscher Straße 118, 06116 Halle (Saale)

Postanschrift: Postfach 16 02 07, 06038 Halle (Saale)

Telefon: (03 45) 77 53 - 60, Telefax: (03 45) 77 53 820

ISBN 3-930963-85-X